rote hilfe

KAMPF
den politischen Entlassungen
und
Gewerkschaftsausschlüssen

Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht



DIE KOMMUNISTEN VERSCHMÄHEN ES, IHRE ANSICHTEN UND ABSICHTEN ZU VERHEIMLICHEN. SIE ERKLÄREN ES OFFEN, DASS IHRE ZWECKE NUR ERREICHT WERDEN KÖNNEN DURCH DEN GEWALTSAMEN UMSTURZ ALLER BISHERIGEN GESELLSCHAFTSORDNUNG. MÖGEN DIE HERRSCHENDEN KLASSEN VOR EINER KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION ZITTERN. DIE PROLETARIER HABEN NICHTS IN IHR ZU VERLIEREN ALS IHRE KETTEN. SIE HABEN EINE WELT ZU GEWINNEN.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Karl Marx, Friedrich Engels,
Manifest der Kommunistischen Partei





KAMPF den politischen Entlassungen

Immer größer wird die Zahl der politischen Entlassungen in Hamburger Großbetrieben und im ganzen Bundesgebiet. Die Kapitalisten nennen die Entlassenen "Säufer", "Bummelanten" oder "Chaoten". Und was ist die Wahrheit?

Wolfgang M., kommunistischer Jugendvertreter auf HDW. Er hat sich für 600 DM Existenzlohn eingesetzt, ist dem Kampf der Kollegen gegen den Stufenplan vorangegangen. Entlassen im 3. Lehrjahr ohne Begründung. Gewerkschaftsausschlußverfahren.
Renate S., kommunistische Vertrauensfrau bei NSI. Sie hat sich für lineare Tarifforderungen eingesetzt und öffentlich das schändliche Zusammenspiel der IG Chemie-Bonzen mit den Kapitalisten gebrandmarkt. Entlassen aus "Rationalisierungsgründen". Gewerkschaftsausschlußverfahren.

Das sind zwei Beispiele. Politische Entlassungen von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kollegen gab es auch bei Beiersdorf, HSW, Texaco, Springer, Auerdruck, Rheinstahl und für insgesamt 7 HDW-Kollegen.
Die Kapitalisten haben klassenkämpferische Kollegen gefeuert, Kollegen, die sich für die Arbeiterinteressen eingesetzt haben. Warum? Weil sie Angst haben, daß wir genau wie im letzten Herbst die Brocken hinschmeißen, weil es uns reicht mit Inflation, Lohnraubabschlüssen, verstärkter Arbeitshetze und Rationalisierungsterror. Der Hauptschlag richtet sich gegen die Kommunisten, weil sie Angst haben, daß immer mehr Kollegen erkennen: die Kommunisten haben Recht, wenn sie sagen: Wir müssen in der proletarischen Revolution den bürgerlichen Staat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichten. Denn im Sozialismus - wie China und Albanien beweisen - gibt es keine Inflation, Arbeitshetze und politische Unterdrückung. In allen kapitalistischen und sozialimperialistischen Ländern aber, ob Amerika, Rußland oder hier bei uns, herrscht die Profitgier der Kapitalisten und Bonzen.

POLITISCHE ENTLASSUNGEN - ZEICHEN IHRER ANGST

Die Angst vor dem Kampf der Arbeiterklasse und dem endgültigen Sturz der Kapitalistenklasse sitzt ihnen im Nacken. Ihre Angst ist berechtigt:
Denn überall auf der Welt, wo sie bisher ungestört investierten, um die Dollars in ihre schmutzigen Taschen zu kassieren, haben die Völker den Befreiungskampf aufgenommen gegen die rückhaltlose Ausplünderung ihrer Rohstoffe und die faschistische Unterdrückung der Massen. Ihr entschlossener Widerstand hat seinen bewußtesten Ausdruck im bewaffneten Kampf wie in Vietnam, Angola, Palästina und vielen anderen Ländern. Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung, Völker die Revolution.

Auch bei uns ist die Demagogie von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung entlarvt als Betrugsmanöver der herrschenden Klasse. Gerade im letzten Jahr haben die zahlreichen Streiks der Arbeiter gegen Lohnraub, Teuerung und Arbeitshetze der herrschenden Klasse große Angst eingejagt. Wir haben diese Kämpfe geführt gegen den entschiedenen Widerstand der arbeiterfeindlichen DGB-Führung. Militante Aktionen der Bevölkerung gegen Mietwucher und Bodenspekulation, gegen Truppenübungs- und Bombenabwurfplätze waren der entschlossene Ausdruck des Protests der arbeitenden Bevölkerung. Mit wachsendem Einfluß greifen die Kommunisten, besonders die KPD/ML in diese Kämpfe ein.

VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Politische Entlassungen sind nicht das einzige Mittel der Herrschenden in dem vergeblichen Versuch, die Arbeiterklasse ihren Interessen zu unterwerfen. Immer öfter setzen sie ihre knüppelnde Polizei gegen selbständige Streiks ein. In Frankfurt drohten sie mit dem Einsatz des Bundesgrenzschutzes gegen demonstrierende Mieter. Bundeswehreinheiten proben Häuser- und Straßenkampf und machen sogenannte Objektschutzübungen, d. h., sie proben den bewaffneten Überfall auf bestreikte Fabriken und ihre Säuberung von Kommunisten. Das zeigt, die Kapitalisten werden mit Zähnen und Klauen ihre Ausbeuterherrschaft verteidigen. Diese Herrschaft und Unterdrückung können wir nur durch bewaffneten revolutionären Kampf abschütteln.

GEWERKSCHAFTSFÜHRER UND KAPITALISTEN - HAND IN HAND

Die arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsbonzen arbeiten mit den Kapitalisten Hand in Hand. In vielen Fällen denunzieren sie die kommunistischen Kollegen bei der Geschäftsleitung oder beantragen selbst Entlassungen wegen "Störung des Betriebsfriedens". Fast überall stimmen die Betriebsräte den Entlassungen zu. Mit Gewerkschaftsausschlüssen und Unvereinbarkeitsbeschlüssen bereiten sie den Boden für politische Entlassungen vor. Hinter den Kulissen wird ausgehandelt, wer zuerst feuert: Kapital oder Gewerkschaftsführung. Aber das ist kein Wunder bei Gewerkschaften, die 1949 zur Unterdrückung klassenbewußter Organisierung und Absicherung der kapitalistischen Herrschaft gegründet wurde, die selbst zu den größten Kapitalisten zählen, bei Gewerkschaftsbonzen, die überall als gekaufte Handlanger in den Aufsichtsräten hocken. Der Kampf gegen die politischen Entlassungen muß auch gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat geführt werden.

ARBEITERVERRÄTER WIE EH UND JE - DIE D"K"P

Die D"K"P schwätzt viel vom Kampf gegen das Kapital und vom Sozialismus. Mit der Demagogie von der "Zurückdrängung der Monopole", der Demagogie vom "friedlichen Übergang zum Sozialismus" propagiert sie die Versöhnung der Klassen. Sie ist Agent des Kapitals in unseren Reihen. Das zeigt einmal mehr das Beispiel HDW. Die HDW-Lehrlinge hatten das D"K"P-Vorstandsmitglied Müller-Goldenstedt als Verräter und Abwiegler erkannt und aus der Jugendvertretung abgewählt. Die HDW-Bosse haben 2 kommunistische Jugendvertreter gefeuert und so erreicht, daß D"K"P-Mügo automatisch wieder in die Jugendvertretung nachrückt.

UNSERE WAFFE IST DIE SOLIDARITÄT!

Der Weg, vor dem Klassenfeind zu Kreuze zu kriechen, Bittschriften oder Apelle an die "Gerechtigkeit" der bürgerlichen Klassenjustiz führen nur zu Niederlagen. Die geschlossene Solidarität im Kampf für die Wiedereinstellung unserer entlassenen Kollegen! Die ROTE HILFE ruft alle Arbeiter auf: SPENDET DER ROTEN HILFE GELD FÜR DIE ENTLASSENEN KOLLEGEN! Wir brauchen dieses Geld vor allem für die anstehenden Arbeitsgerichtsprozesse.



HDW:





Schon seit längerer Zeit führten die Lehrlinge bei HDW den Kampf gegen politische Unterdrückung, gegen die Spaltung durch den Stufenplan (s. Roter Morgen), bei HDW eingeführt durch den Scheinberuf "Teilezurichter" und Blockunterricht, gegen schlechte Ausbildungsbedingungen, wie miserable Arbeitsplätze und zu wenig und ungeeignete Ausbilder. In die Bewegung griff die KPD/ML mit ihrer Jugendorganisation ROTE GARDE mit dem Ziel ein, den Nutzen und die Unausweichlichkeit der sozialistischen Revolution zu beweisen und die fortschrittlichsten Kollegen für den Kommunismus zu gewinnen. Da dies nur im Kampf geschehen kann, standen die Genossen mit den fortschrittlichsten und kämpferischten Kollegen auch im Tageskampf an vorderster Stelle.

Hier konnten sie den Kollegen zunehmend klarmachen, daß die Feinde der Revolution und des Kommunismus, allen voran die modernen Revisionisten der D"K"P als Feinde der Arbeiterklasse auch den Tageskampf verraten und sabotieren. Ein Erfolg dieser Arbeit war, daß im Oktober 1973 der D"K"P-Bonze Andreas Müller-Goldenstedt, genannt D"K"P-Mügo, von den Kollegen aus der Jugendvertretung gefeuert und eine klassenkämpferische Jugendvertretung gewählt wurde. Als Antwort stellten die DGB-Bonzen einen Tag nach der Wahl für die gesamte Jugendvertretung einen Antrag auf Gewerkschaftsausschluß. (s. Roter Morgen) D"K"P-Mügo wurde in Anerkennung seiner Leistungen im Kampf gegen die Kollegen in den Bundesvorstand der D"K"P geholt.

Die modernen Revisionisten der D"K"P haben die Aufgabe als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse unter dem Deckmantel des Kommunismus die Arbeiter an den imperialistischen Staat zu binden und den Kämpfen die revolutionäre Stoßrichtung zu nehmen. Den Drang der Arbeiterklasse zum Sozialismus sollen sie abfangen durch die Propagierung der faschistischen Diktatur in der UdSSR als sozialistischen Staat. Sie verbreiten die Illusion vom friedlichen imperialistischen Staat, den man mit friedlichen Mitteln "überwinden" könne, mit der Ideologie des Reformismus sollen sie die Arbeiterklasse politisch, ideologisch und militärisch entwaffnen. Dazu gehört natürlich auch, daß sie in den Betrieben das Vertrauen in den arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat verbreiten. Weil die modernen Revisionisten die schärfste Waffe innerhalb der Arbeiterklasse sind zur Erhaltung der kapitalistischen

der Arbeiterklasse sind zur Erhaltung des Kapitalismus, sind die Kapitalisten dann besonders betroffen, wenn der Deckmantel des Kommunismus, hinter dem die Revisionisten ihre Todfeindschaft zur Arbeiterklasse verbergen, weggerissen wird. Solange in der alten Jugendvertretung Mügo und der opportunistische Zirkel "Kommunistischer" Bund und damit der Revisionismus die Führung hatte, war die Knebelung der Kollegen gewährleistet. Sobald aber die Genossen der ROTEN GARDE den Revisionismus allseitig entlarvt hatten und er unter den Lehrlingen an Einfluß verlor, als ihr wichtigster Agent Mügo aus der Jugendvertretung flog, konnten sich die Kapitalisten und ihre Handlanger, die DGB-Bonzen nur noch mit terroristischen Maßnahmen retten: Gewerkschaftsausschlußverfahren, 8 Rausschmisse aus dem Betrieb von Kommunisten und fortschrittlichen Kollegen.

Diese verschärfte politische Unterdrückung auf HDW wie überall in der DBR ist so zu erklären, daß die Arbeiter und Angestellten den Ausweg aus diesem verrotteten System suchen und immer mehr erkennen, daß die Partei der Arbeiterklasse

rotteten System suchen und immer mehr erkennen, daß der Ausweg der Sozialismus wie in China und Albanien ist, daß die Partei der Arbeiterklasse die KPD/ML ist und daß die Diktatur des Proletariats nur mit Waffengewalt errichtet werden kann. Davor hat die Kapitalistenklasse wahnsinnige Angst und sie antwortet mit verschärfter politischer Unterdrückung. Die verschärfte politische Unterdrückung zeigt also die Stärke der wachsenden Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD/ML und die zunehmende Schwäche der untergehenden Kapitalistenklasse.

So sind auch die Rausschmisse auf HDW zu verstehen. Sie sind aus der Angst der HDW-Bosse erfolgt. Denn die Kommunisten auf der Werft erklärten ihren Kollegen täglich an vielen Beispielen den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Den Kollegen wird immer wieder erklärt, daß dieser Staat nur mit Waffengewalt zerschlagen werden kann, unter Führung der KPD/ML. Sie schildern ihren Kollegen an vielen Beispielen den Sozialismus in China und Albanien.

Jede Woche werden viele ROTE MORGEN im Betrieb verkauft und einige Kollegen konnten schon für den Kommunismus und die ROTE GARDE gewonnen werden. Die schändliche Rolle der D"K"P als Agentur des Kapitals in der Arbeiterbewegung wurde in jeder Betriebszeitung, in jedem Flugblatt der KPD/ML entlarvt.

Als von der ROTEN GARDE 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge auf der Werft gefordert wurden, sagten die HDW-Bosse klipp und klar, daß es ihnen nicht um das Geld ginge, sondern daß das Vertrauen in die Gewerkschaftsführung nicht getrübt werden dürfe. Denn der imperialistische DGB-Apparat ist ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse.

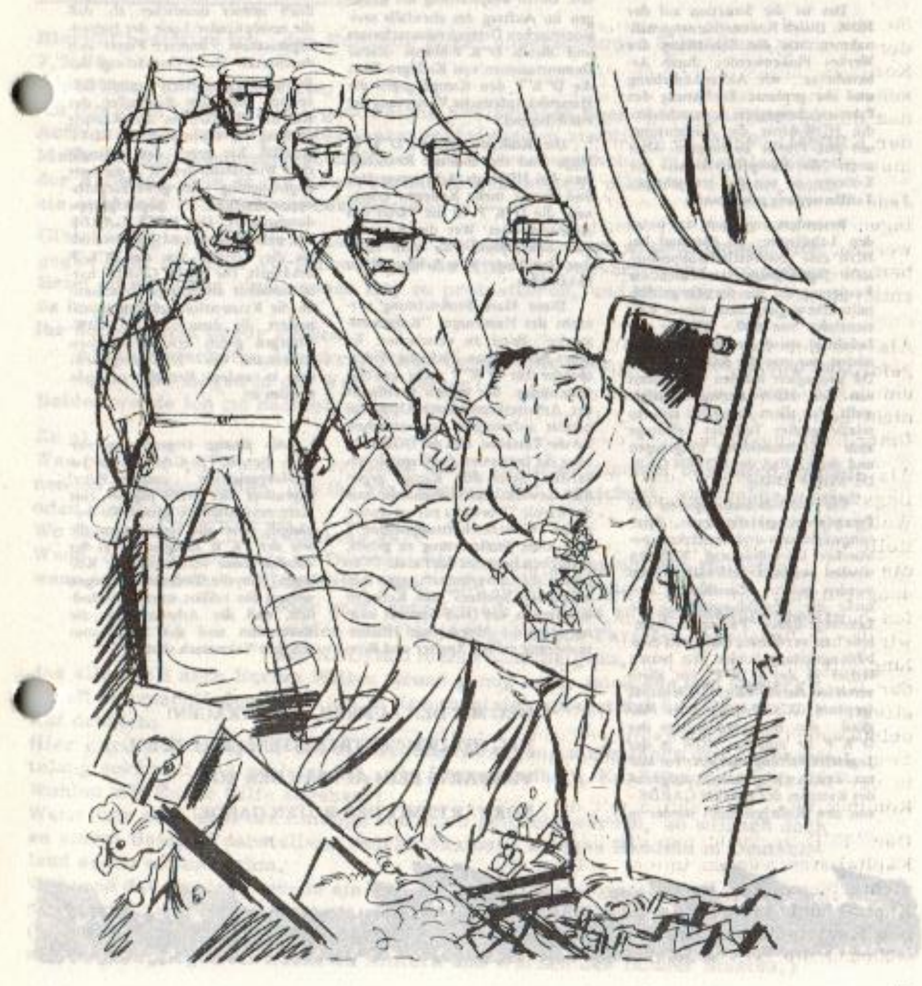
Als die HDW-Bosse zusammen mit den reaktionären Betriebsräten eine Lehrlingsversammlung beenden wollten, weil der kommunistische Jugendvertreter Wolfgang Mueller zu seinem Gewerkschaftsausschluß Stellung nahm und die Rolle des DGB-Apparates zeigte, erlitten sie Schiffbruch. Selbstständig führten die rund 150 Lehrlinge die Versammlung weiter. Aufforderungen der Ausbildungsleitung, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurden mit Pfiffen und Buh-Rufen quittiert, der Ausbildungsleiter mit Rufen wie: "Halt s Maul, heute reden wir!" und "Verschwinde hier!" rausgeschmissen. Beendet wurde die Versammlung mit einem Protestmrsch zum Betriebsratsbüro (das liegt am anderen Ende der Werft). Hier wurde entschieden gegen das Verhalten des Betriebsrats protestiert. Dies benutzten die HDW-Bosse als Anlaß, die Kommunisten wegen Rädelsführerei und Arbeitsniederlegung aus dem Betrieb zu werfen. Außer den zwei Jugendvertretern wurden noch 6 weitere fortschrittliche Kollegen, die noch in der Probezeit waren, aus dem Betrieb gefeuert. Sie sympathisierten mit dem Kommunismus und einige mit der KPD/ML. (s. Roter Morgen)

Der "K"B versucht nun die Sache auf den Kopf zu stellen. Er behauptet, die Kapitalisten würden immer stärker und die Arbeiter seien dumm und würden nichts begreifen. Er hält vom revolutionären Kampf ab und versöhnt zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Damit macht er sich zum Wasserträger des modernen Revisionismus. Die Genossen der KPD/ML bezeichnet er als Provokateure, während die D"K"P höchstens solidarisch kritisiert wird.

SOLIDARITÄT MIT DEN RAUSGESCHMISSENEN JUGENDVERTRETERN

Jetzt kommt es daruaf an, die Solidarität mit den rausgeschmissenen Jugendvertretern nochmals zu verstärken. Wir müssen den Kapitalisten deutlich machen: Ihr könnt den Kommunismus nicht unterdrücken. Dazu gehört, daß im Betrieb erneut die Diskussionen sowie Spenden- und Unterschriftensammlungen organisiert werden.

Ende Mai wird der Kampf auch vor dem bürgerlichen Klassengericht geführt. In diesem Gericht wird nicht das Recht der Arbeiter, sondern allein das Recht der Kapitalisten gesprochen. Die KPD/ML und die ROTE GARDE wird in Zusammenarbeit mit der ROTEN HILFE eine breite, kämpferische Solidarität organisieren und den Prozeß zu einer Anklage gegen den Kapitalismus und seine Handlanger selbst machen.



HDW-Hamburg

ROTER MORGEN
Nr. 6 vom 9. Februar 1974

Weg mit dem Ausschlussantrag!

4 Jugendvertreter der HDW (Howaldts Deutsche Werft) in Hamburg sollen aus der IG Metall ausgeschlossen werden. Zum Jahreswechsel erhielten sie ein Schreiben von der Verwaltungsstelle der IGM Hamburg, in dem sie aufgefordert wurden, sich von Flugblättern der ROTEN GARDE und des "K"BW zu distanzieren.

Das ist die Situation auf der HDW. Durch Rationalisierungsmaßnahmen wie die Schließung des Werkes Finkenwerder, durch Arbeitshetze wie Akkordanhebung und die geplante Einführung des Prämienlohnsystems verschärfen die HDW-Bosse die Ausbeutung, um ihre Profite zu steigern. Aber auch die Kampfbereitschaft der Kollegen ist seit der letztjährigen Tarifbewegung gewachsen.

Besonders zeigt sich das unter den Lehrlingen. So entstand bei HDW eine gewerkschaftsoppositionelle Jugendgruppe und auch die Forderung für die diesjährige Metalltarifbewegung nach einem Existenzlohn von 600,– DM für alle Lehrlinge wurde, nachdem sie zunächst nur von der ROTEN GARDE propagiert worden war, zuerst von den HDW-Lehrlingen aufgestellt. Vor allem aber fühlt sich ein relativ großer Teil der Lehrlinge zum Kommunismus hingezogen und der Einfluß der ROTEN GARDE wächst ständig.

Die HDW-Bosse reagieren mit Disziplinierungsmaßnahmen, Spaltungsversuchen und verstärkter politischer Unterdrückung. Kollegen werden bespitzelt, schwarze Listen werden geführt. Gleichzeitig versucht die Ausbildungsleitung die Lehrlinge durch "Partnerschaftsgerede" zu verwirren. Bosse und Ausbildungsleitung fanden ihre besten Helfer in der D"K"P, vor allem vertreten durch Müller-Goldenstedt (genannt D"K"P-Mügo), der Mitglied des Bundesvorstandes der D"K"P ist und bei HDW in der Jugendvertretung war, aber vor kurzer Zeit - nicht zuletzt aufgrund des Kampfes der ROTEN GARDE - von den Kollegen nicht wieder in die Jugendvertretung gewählt worden ist. Außerdem sitzen die D"K"P-Revisionisten auch in der Vertrauensleutekörperleitung und im Betriebsrat. Von den Revisionisten in der Vertrauensleutekörperleitung wurden die Ausschlußanträge gestellt. Die ständige antikommunistische Hetze der D"K"P soll den Ausschlüssen den Boden bereiten. Durch Bespitzelung der Kollegen im Auftrag des ebenfalls revisionistischen Ortsjugendausschusses und durch D"K"P-Mügos offene Denunziationen von Kollegen führt die D"K"P den Kampf gegen die klassenkämpferische Vertretung der HDW-Jugend.

Die Kollegen erleben D"K"P-Mügo und die anderen Revisionisten bei HDW als Arbeiterverräter und immer mehr Kollegen erkennen: die D"K"P ist die Partei des Arbeiterverrats. Wer die Kapitalisten bekämpfen will, muß auch ihre Handlanger vom Schlage Mügo bekämpfen.

Diese klare Stoßrichtung versucht der Hamburger "Kommunistische" Bund zu verwischen. Er redet davon, man dürfe die Widersprüche zur D"K"P nicht unnötig verschärfen. Sie wollen überhaupt der Arbeiterklasse ihren Opportunismus aufzwingen. So vertuschen sie die Tatsache, daß die DGB-Führung die Interessen der Kapitalisten vertritt. Statt dem Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse mit der Parole "Vorwärts zur revolutionären Gewerkschaftsopposition!" eine klare Stoßrichtung zu geben, versuchen sie unter der Parole "Verteidigt die Gewerkschaft gegen ihre wirklichen Spalter!" den Kollegen einzureden, der DGB-Apparat könne durch die Abwahl und Hinaussäuberung einiger Spalter und Bonzen erobert werden, der Zusammenschluß der Kollegen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition sei nicht notwendig.

Die Linie des "K"B wird von der ROTEN GARDE entschieden bekämpft. Auch wenn der quantitative Einfluß des "K"B gegenwärtig noch stärker ist als der der ROTEN GARDE, zeichnet sich doch immer deutlicher ab, daß die revolutionäre Linie der Jugendorganisation unserer Partei sich durchsetzt. Die Verschärfung des Kampfes der HDW-Jugend fällt zeitlich mit dem Eingreifen der ROTEN GARDE in die Kämpfe (Anfang 73) zusammen. Die ROTE GARDE hat gegen den anfänglichen Widerstand des "K"B die feste Organisierung der gewerkschaftsoppositionellen Jugendgruppe durchgesetzt. Die ROTE GARDE hat entschlossen und kompromißlos die Verräter von der D"K"P bekämpft. Die ROTE GARDE hatte zunächst als einzige Organisation die Existenzlohnforderung propagiert, die dann von den HDW-Kollegen gegen den anfänglichen Widerstand des "K"B aufgestellt und in andere Betriebe getragen worden ist.

Als einzige Organisation vertritt die ROTE GARDE als Jugendorganisation unserer Partei gegenüber der HDW-Jugend eine klare revolutionäre Linie. Sie bekämpft dabei alle Strömungen, die wie der "K"B Resignation in der Arbeiterklasse verbreiten, die Kollegen in die Defensive drängen wollen. Sie erklärt unmißverständlich, daß die Arbeiterklasse, die Revolution und der Sozialismus auf dem Vormarsch sind.

WEG MIT DEN AUSSCHLUSSANTRÄGEN!

WEG MIT DEM "EXTREMISTENBESCHLUSS"!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE!



OFFENER BRIEF

Hamburg den 14. 2. 74

An die
Verwaltungsstelle der
IG Metall

<u>2 Hamburg 1</u>
Besenbinderhof 57 V.

<u>OFFENER BRIEF</u>

<u>Betr. Euer Schreiben vom 7.2.74</u>

Hiermit bestätige ich den Empfang Eures unverschämten Schreibens vom 7.2.74.

Ich erkläre an dieser Stelle:
Ich bin nicht bereit, mir irgendwelche Erklärungen über meine politischen Auffassungen, bzw. Organisationszugehörigkeiten abnötigen zu lassen. Diese Methoden der Gesinnungsschnüffelei und Erpressung haben in Organisationen der Arbeiter, wie es die Gewerkschaften sein sollen, nichts zu suchen, und sie sind aufs Schärfste zu bekämpfen!

Gleichzeitig will ich diese Gelegenheit nutzen, um noch einmal entschieden gegen Euer dreistes Vorgehen gegen die HDW-Jugendvertretung, wo dieser Brief an mich nur einzuordnen ist, zu protestieren, und klar machen, worum es hier geht.

Ihr scheut nicht davor zurück,
a) die einfachsten demokratischen Grundsätze über den Haufen zu werfen,
b) bewußt Lügen in die Welt zu setzen!

Beides werde ich im nachfolgenden beweisen:

Zu a)
Was bedeutet es, wenn mir verboten wird, kommunistischen oder sich so nennenden Organisationen, die Ihr als "gegnerisch" bezeichnet, <u>anzugehören</u> oder oder sie zu <u>unterstützen</u>?
Wo fängt denn die Unterstützung an??
Wenn ich beispielsweise an Demonstrationen der Kommunisten teilnehme, wenn ich eines ihrer Flugblätter lese, eine ihrer Zeitungen kaufe -
oder gar, wenn ich am 3. März zu den Bürgerschaftswahlen nicht den bürgerlichen Parteien, sondern der KPD/ML meine Stimme gebe,
das alles soll nach Eurem Willen Grund genug sein, mich aus der Gewerkschaft auszuschließen, weil ich ja Kommunisten unterstützt habe?!

Auf deutsch:
Hier werden Rechte, für die die Arbeiterbewegung viele Jahre und Jahrzehntelang gekämpft und geblutet hat, wie Pressefreiheit, Koalitionsrecht, freie Wahlen mit Eurer Hilfe abgebaut!

Wenn hier auch erst die Anfänge von Euch gemacht werden, so will ich doch an einem Beispiel darstellen, welche Ausmaße solches Handeln in Deutschland schon einmal nahm.

Während der Nazizeit wurde ein Arbeiter wegen Unterstützung einer verbotenen Partei zum Tode verurteilt. Er hatte 20 Pf an die KPD gespendet!
(Der Nazianwalt aus diesem Prozeß war übrigens noch bis vor zwei Jahren als "Rechtspfleger" in höchsten Ämtern und Würden des Bonner Staates.)

In derselben Tradition steht heute die zunehmende politische Unterdrückung, wie Massenrausschmisse fortschrittlicher und kommunistischer Arbeiter aus Betrieb und Gewerkschaft.

zu b)
Wenn Ihr behauptet, die Politik der von Euch zu "gegnerisch" erklärten Organisationen sei gegen die Gewerkschaften gerichtet, so ist das schlicht und einfach gelogen!
Unterscheiden sich diese Gruppen durch verschiedene Programme und Richtlinien, so gilt doch für die Kommunisten unter ihnen vor allem das Eine:

kommunistische Gewerkschafter sind einzig und allein der Arbeiterbewegung und ihren Zielen verpflichtet!

Das genau unterscheidet sie auch von allen anderen Parteien. Das unterscheidet sie z. B. von der SPD, die meint, die Arbeiter könnten gut mit den Kapitalisten zusammenleben, wenn sie nur hier und da ein wenig mitbestimmen könnten, damit der Schein der Demokratie gewahrt bleibt.
Oder auch von der DKP, die meint, durch "friedliche Zurückdrängelei" und Reformen könnte man das Monopolkapital von der Bühne der Weltgeschichte letztlich abwählen.
Es ist schon so, wie die Kommunisten sagen:
Eine Gesellschafts-"ordnung", die den Arbeitern nichts zu bieten hat als ständige Preistreiberei und Inflation, Lohnabbau und ständig steigende Akkordhetze, unsichere Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen und Rationalisierungen;
Eine Gesellschafts-"ordnung", die uns Jugendlichen keine vernünftige Ausbildung in Schule und Beruf sichern kann (allein in Hamburg gibt es z. Zt. 2000 Jugendliche, die vergeblich eine Lehrstelle suchen, und noch viel mehr, die nicht zum Studium zugelassen werden, trotz Oberschul-Reife);
Eine Gesellschafts-"ordnung", die uns zu Hause mit überhöhten Mieten begegnet und durch Industrieansiedlungen in Erholungsgebieten die Luft verpestet, die Landschaft zerstört, die Seen und Flüsse verdreckt und zusätzlich die Existenz tausender von Kleinbauern vernichtet;
eine Gesellschafts-"ordnung", in der durch eine gigantischen Arzneimittelmarkt die Gesundheit der Werktätigen ruiniert, anstatt geschützt wird (erinnert sei an Contergan);
eine Gesellschafts-"ordnung", die eben auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, in der die Unterdrückung und Ausplünderung fremder Völker in Afrika, Lateinamerika und Asien; ja wo sogar das Massenmorden das größte Geschäft für einige Herren ausmacht, wie die riesige Rüstungsproduktion und zwei von den deutschen Imperialisten vom Zaune gebrochenen Kriege beweisen:

so eine menschenfeindliche Gesellschafts-"ordnung" wie sie eben der Kapitalismus darstellt, die gehört nicht irgendwie reformiert oder "zurückgedrängelt", die kann nur mit aller Gewalt von den Arbeitern bekämpft und zerschlagen werden!

Daß hier nichts mit "friedlichem Übergang" drin ist, wie es uns die DKP weismachen will, sieht man schon daran sehr deutlich, daß die herrschende Klasse in den vergangenen Jahren, in denen die Kämpfe und Streiks der Arbeiter immer stärker zunahmen und immer härter wurden, ihren Machtapparat mit Notstandsgesetzen, Polizei, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz immer mehr ausgebaut hat und z. B. bei den Streiks im vergangenen Jahr knüppelnde Polizeihorden, in einem Fall sogar mit gezückten Pistolen, auf die Streikenden

losgelassen wurden. Während also die politische Unterdrückung vom Kapital gegen die erstarkende Arbeiterbewegung immer mehr zunimmt, beweist das eben auch, daß sie nicht plötzlich "friedlich" geworden sind und nun nur noch "gezähmt" werden müßten, sondern, daß sie zu jedem Terror bereit sind, um ihre Macht aufrechtzuerhalten.
Es gilt eben nur diese eine unumstößliche Wahrheit:
Nur auf den Trümmern des Kapitalismus werden die Arbeiter ihre Gesellschaftsordnung, in der sie die Macht haben und in der sie wirklichen Frieden und wirkliche Freiheit haben, errichten können, den Sozialismus, so wie ihn sich die Arbeiter in der VR Albanien heute schon erkämpft haben!

Für diese Ziele, das bedeutet nicht gegen, sondern für starke Gewerkschaften zu kämpfen.
Sehen wir uns doch die Tatsachen bei HDW an:
Die Kommunisten unterstützen unsere Forderung nach 600 DM, die Kommunisten unterstützen unsere Forderung nach ausreichend Vertrauensleuten in allen Lehrjahren, die Kommunisten unterstützen unsere Forderung nach einer starken gewerkschaftlichen Jugendgruppe - ganz im Gegensatz dazu die Gewerkschaftsführung:
Ihr bekämpft die 600 DM Forderung als "gewerkschaftsfeindlich",
Ihr habt im Herbst 72 statt 6 gewählter, 5 nichtgewählte Kollegen zu Vertrauensleuten ernannt
und Ihr bekämpft schließlich unsere Jugendgruppe!
Wer schadet denn hier den Arbeitern und der Gewerkschaft?!

Und jetzt muß ich Euch auch ein wenig recht geben:
Was Euch Gewerkschaftsführer betrifft, Ihr müßt tatsächlich Angst vor den Kommunisten haben. Denn die Kommunisten zeigen uns auch, wenn Ihr unsere Forderungen verratet, wie z. B. Existenzlohn. Sie sagen zu dieser Tarifrunde jetzt schon:
Wenn Ihr auch heute noch groß rumtönt, daß Ihr Euch von 18 % nicht abbringen laßt, so liegt doch jetzt schon der mit den Unternehmern ausgemauschelte Beschiß in den Schubladen fest. 11 % in NRW, im Saarland und jetzt auch im öffentlichen Dienst beweisen es! Und viele meiner Kollegen sagen: Dieses Jahr muß auch mal in Hamburg gestreikt werden!
Und die Kommunisten sagen dazu: Richtig! Da braucht ihr aber nicht auf die Gewerkschaftsführer zu warten, dann könnt ihr nämlich warten, bis ihr schwarz werdet, die tun nichts für euch! Kämpft selber!

Und eben weil die Kommunisten diese Wahrheiten auch nicht verschweigen, darum haßt Ihr sie und darum müßt Ihr auch vor ihnen zittern, darum erklärt Ihr sie zu Gegnern! Ja, sie sind Eure Gegner - Gegner von "Bonzen und Bossen", wie viele Arbeiter Euch nur noch nennen!!

Zum Schluß noch einen persönlichen Rat von mir:
Heute träumt Ihr noch,
einige vom Bundestag, andere von Regierungsbänken (wie Leber, Arendt & Co), vielleicht schafft sogar der eine oder andere von Euch den Sprung in die Chefetage eines großen Industrieunternehmens, wie Scholz (HDW) oder Ruhnau (Coop); wenn nicht, werdet Ihr sicherlich auch gern Vorlieb mit einem gut dotierten Aufsichtsratsposten nehmen; es wird sich schon was finden....
Doch seid auf der Hut und beeilt Euch dabei! Auch wenn Ihr heute noch klassenkämpferische Kollegen aus der Gewerkschaft feuern könnt, so sind es doch gerade die entschiedensten Verteidiger des Kapitalismus in Staat und Gewerkschaftsführung, die Hand in Hand mit den Kapitalisten selbst ihrem sicheren Ende entgegen gehen!
Und noch eins steht fest:

Es ist die Arbeiterklasse, die dann ihren Staat ohne Ausbeutung und Krieg aufbauen wird!

Was mich betrifft, betone ich noch einmal:
Ich werde auch in Zukunft voll für die Interessen meiner Kollegen eintreten, wie ich es auch in den bald zwei Jahren als Jugendvertreter getan habe und wie es auch der Pflicht eines kommunistischen Gewerkschafters entspricht! Deswegen werde ich auch mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln einen drohenden Ausschluß bekämpfen und dazu auch die Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern, sowie anderen Kollegen suchen!

Wolfgang Mueller



Wetterleuchten

HDW - HAMBURG

Kampf dem Stufenplan!

ROTER MORGEN vom 30. März 1974

Am 1. Februar wurden bei HDW 75 neue Lehrlinge eingestellt, davon 13 als "Teilezurichter". Ein völlig neuer Ausbildungsberuf. Die Lehrzeit soll nur 2 Jahre betragen. Das Arbeitsamt hatte den 13 Kollegen vorgegaukelt, es handele sich um einen "Zukunftsberuf" mit "guten Aufstiegschancen". In Wirklichkeit ist diese sogenannte Ausbildung völlig auf HDW zugeschnitten, die Kollegen werden nach der "Lehrzeit" als "bessere Hilfsarbeiter" mit einem entsprechend niedrigen Lohn beschäftigt werden.

Hinter diesem neuen "Lehrberuf" verbirgt sich in Wirklichkeit die Absicht der HDW-Bosse, in der Lehrlingsausbildung Schritt für Schritt den im Berufsbildungsgesetz von 1969 gesetzlich eingeführten Stufenplan in der Praxis durchzusetzen. Der Stufenplan ist ein Mittel der Kapitalisten zur verschärften Ausbeutung, Unterdrückung und Spaltung der Lehrlinge. Darüber hinaus wollen die Kapitalisten mit der Durchsetzung des Stufenplanes die Ausbeutung der gesamten Arbeiterklasse verschärfen, indem der Anteil der Facharbeiter, die im Vergleich zu den Hilfsarbeitern und den Angelernten höhere Löhne haben, verringert werden soll. Nach dem Stufenplan soll nicht mehr jeder Lehrling die volle Lehrzeit zum gewählten Ausbildungsberuf durchlaufen, sondern nach jedem Lehrjahr soll eine Prüfung entscheiden, ob der Lehrling die Ausbildung fortsetzen darf. Nach einem von Krupp bereits 1966 durchgeführten Stufenplan sollen nur noch 20% der Lehrlinge zum Facharbeiter ausgebildet werden. Es ist klar, daß die Kapitalisten die Prüfungen immer so deichseln werden, daß die Masse der Lehrlinge nach dem 1. oder 2. Lehrjahr zu niedrigem Lohn voll in die Produktion müssen. Für die Ausbildung selbst haben die Kapitalisten ein weiteres Druckmittel zur Disziplinierung der Lehrlinge in der Hand: Wer nicht pariert, kommt auch nicht ins nächste Lehrjahr!

So heißt es auch in den Vereinbarungen bei HDW, daß die Kollegen nach zwei Jahren entscheiden könnten, ob sie Teilezurichter werden oder weiterlernen wollen. Gegen die Stimmen der Jugendvertretung hat der Betriebsrat der Einführung des "Ausbildungsberufs Teilezurichter" zugestimmt: "Es gibt immer etwas Dümmere - deshalb ist Teilezurichter etwas Gutes!" Gegen diesen Betrug beginnt sich der Widerstand der Lehrlinge zu formieren. 13 Teilezurichter und einige Schiffsbauer und Maschinenschlosser aus dem 1. Lehrjahr sind mit einem Jugendvertreter zur Ausbildungsleitung marschiert. Die HDW-Bosse versuchen die Lehrlinge einzuschüchtern.

Am 14.3. wurde einem Lehrling, einem Sympathisanten der Roten Garde, gekündigt. Offizielle Begründung der Ausbildungsleitung: "unentschuldigtes Fehlen und Zuspätkommen". Aber den Lehrlingen ist klar, daß dieser Kollege gefeuert worden ist, weil er sich konsequent für die Interessen der Kollegen eingesetzt und besonders den Widerstand unter den Teilezurichtern vorangetrieben hat. Inzwischen hat die Ausbildungsleitung diese Einschüchterungstaktik fortgesetzt; alle Teilezurichter wurden verwarnt, gegen einzelne besonders fortschrittliche Kollegen wurden Kündigungsdrohungen ausgesprochen.

Der Hamburger neorevisionistische Zirkel "Kommunistischer" Bund versucht Resignation und Spaltung in die Lehrlinge zu tragen. So versucht er den Kampf der Lehrlinge abzuwiegeln, indem er die Lehrlinge auf Bettelbriefe an Ausbildungs- und Geschäftsleitung festnageln will. In der gewerkschaftlichen Jugendgruppe "Stintfang" will er Kollegen zwingen, sich von Flugblättern der Roten Garde zu distanzieren, sonst würde er keine weiteren Möglichkeiten einer sinnvollen Zusammenarbeit sehen." Das ist genau die Reverse-Politik des DGB-Apparats.

Die Rote Garde stellt dazu selbstkritisch fest, daß sie den "K"B nicht entschieden genug bekämpft, die korrekte Linie der Partei nicht genügend in die Massen getragen hat. Die Genossen berichten aber, daß immer mehr Kollegen die opportunistische Politik des "K"B erkennen und zur Roten Garde tendieren. Die RG gewinnt immer mehr Vertrauen.



Zwei Jugendvertreter fristlos entlassen

Am 20. 3. erreichte der Kampf gegen den Gewerkschaftsausschluß der Jugendvertretung bei HDW in Hamburg einen Höhepunkt. Auf einer Lehrlingsversammlung solidarisieren sich die Lehrlinge mit dem Jugendvertreter Wolfgang M., den der Betriebsrat nicht zu Wort kommen lassen will, führen die Versammlung alleine weiter und marschieren schließlich mit hundert Mann zum Betriebsratsbüro.

Eine Woche später bestätigt der gesamte Betriebsrat die fristlose Entlassung von Wolfgang M. und einem anderen Jugendvertreter. Kapitalisten und DGB-Bonzen können jetzt den freigewordenen Platz in der Jugendvertretung mit einem Mitglied des Bundesvorstandes der D'K'P besetzen (genannt D'K'P-Mügo), der bei der letzten Wahl von den Lehrlingen nicht wieder gewählt worden war, aber nun automatisch nachrückt. Diese offene Schützenhilfe des Kapitals für D'K'P-Mügo wird allerdings wohl kaum dazu beitragen, daß die Lehrlinge ihn jetzt eher als Kommunisten und Vertreter ihrer Interessen akzeptieren. Im Gegenteil, die gesamte Belegschaft auf HDW kann nun sehen, wo die Barrikade verläuft: zwischen Kapital, DGB-Apparat und D'K'P auf der einen Seite, den Arbeitern und den Genossen der Roten Garde und der KPD/ML auf der anderen Seite.

Sofort nach dem Beschluß des Betriebsrats über die Entlassung der zwei Jugendvertreter fand eine Protestversammlung von 60 Lehrlingen statt. Innerhalb von 2 Stunden wurden 80 Unterschriften gegen die Entlassung gesammelt. Für den nächsten Tag beschloß die Versammlung, eine Kundgebung vor der Kantine abzuhalten.
Von diesem Plan muß die Ausbildungsleitung Wind bekommen haben. Vor der Frühstückspause schon bearbeiteten die Ausbilder die Kollegen einzeln: "Wenn ihr heute demonstriert, fliegt ihr raus!" Weil die meisten Lehrlinge in der Lehrwerkstatt noch in der Probezeit sind, gelang es, einen Großteil einzuschüchtern.

Der "Kommunistische" Bund, ein opportunistischer Zirkel in Hamburg, schüchterte die Lehrlinge vollends ein. Vorher hatten sie sich schon darüber aufgeregt, daß mit einer roten Fahne demonstriert werden sollte, jetzt machten sie den Kollegen Angst, indem sie herumjammerten, was ihnen alles durch die Demonstration passieren könne. Sie tragen so mit die Verantwortung dafür, daß keine kämpferische Solidaritätsdemonstration der HDW-Jugend zustandegekommen ist.

Noch am selben Vormittag bekam Wolfgang M. sein Entlassungsschreiben. Ein Auto sollte ihn sofort von der Werft fahren. Es gelang ihm jedoch zu entwischen und die Kollegen zu informieren. Ein Meister und 6 Werkschützler wichen ihm nicht von den Fersen. Die Kollegen waren jedoch zu sehr eingeschüchtert, um sich offen auf die Seite der beiden Jugendvertreter zu stellen. So verließen sie erst einmal die Werft.

Am Abend jedoch erschien Wolfgang M. bereits wieder mit Flugblättern der KPD/ML vor dem Tor. Der Kampf gegen die Entlassung der beiden Jugendvertreter und den Gewerkschaftsausschluß der gesamten Jugendvertretung ist mit Sicherheit nicht zu Ende.

ROTER MORGEN vom 6. April 1974



Der Kampf geht weiter

Gegen Ausschluss-und Entlassungsterror!

Die Ortsverwaltung der IGM will die Jugendvertretung(JV) auf HDW aus der Gewerkschaft ausschliessen. Sie präsentierte 4 Jugendvertretern der HDW letztes Jahr zu Weihnachten ein Schreiben, in dem den Jugendvertretern gewerkschaftsfeindliches Verhalten und die Mitgliedschaft in gewerkschaftsfeindlichen Organisationen vorgeworfen wird. Die Gewerkschaftsbonzen stellen die Jugendvertreter erpresserisch vor die Alternative: Entweder distanzierst "du dich von linksextremistischen Informationen und Aufrufen zu Zusammenkünften" oder du fliegst aus der Gewerkschaft. Muster von Reversen, in denen die 4 Jugendvertreter unterzeichnen sollen, daß sie keine Kommunisten sind, waren den Drohbriefen beigelegt.

Diese Angriffe sind der Höhepunkt einer längeren Kampagne von Gewerkschaftsbonzen, Betriebsratspitze und ihren DKP-Handlangern im Ortsjugendausschuß gegen die JV der HDW. Das Aushängen von Informationen wurde beschnitten, Initiativen abgewürgt, die JV wurde systematisch verhetzt und durch den DKP-Jungfunktionär Mügo bespitzelt.

Was steht hinter diesem Terror? Im Herbst letzten Jahres wurde bei HDW eine fortschrittliche JV gewählt. Die Kollegen erteilten den SPD-Reformisten und DKP-Revisionisten eine klare Absage. Diese JV hat sich konsequent für die Interessen der Kollegen eingesetzt. Sie setzte z.B. die Forderung einheitlich 600,-DM Existenzlohn für alle Lehrlinge durch. Es gelang ihr, immer mehr Lehrlinge in den Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger einzubeziehen.

Daß eine solche Politik nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Gewerkschaftsbonzen ein Dorn im Auge ist, versteht sich von selbst. Ziehen diese doch selbst ihren Profit aus diesem Ausbeutungssystem. Denn sie brauchen keine Dreckarbeit zu machen, fahren oft schwere Wagen, lümmeln sich in den Vorstandssesseln der Konzerne oder sogar auf Ministersesseln herum und betreiben selbst riesige Konzerne, in denen sie die Arbeiter ausbeuten. Gegen diese wahren Gewerkschaftsfeinde hat sich der Kampf der JV gerichtet - deshalb sollen sie gefeuert werden!

Dieser Fall steht nicht für sich allein. Die selbständigen Streiks der Arbeiterklasse im letzten Jahr haben den Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen einen gewaltigen Schrecken eingejagt. Über 600 Jugendvertreter und etliche hundert Arbeiter wurden letztes Jahr entlassen, weil sie sich für ihre Kollegen eingesetzt hatten. Bei diesen Entlassungen arbeiten Bonzen und Kapitalisten Hand in Hand: Gewerkschaftsausschlüsse bereiten den Rausschmiß aus dem Betrieb vor oder umgekehrt.

Jüngstes Beispiel hierfür ist das Vorgehen der IG-Chemie Bonzen gegen oppositionelle Kollegen. Nach dem Ausschlußverfahren gegen 13 Kollegen bei Reichold schmissen sie 3 linke Kollegen aus dem Vertrauenskörper bei Texaco. Prompt folgte darauf die Kündigung eines Ausgeschlossenen durch die Texaco-Kapitalisten.

rote hilfe ★ rote hilfe

KOLLEGEN!

Gegen diese Bonzen muß der Kampf genauso entschieden geführt werden wie gegen die Kapitalisten und ihre ganze Ausbeuterordnung. Die ROTE HILFE unterstützt den Kampf der betroffenen Kollegen gegen ihren Ausschluß. Die ROTE HILFE unterstützt diesen Kampf durch ihre Propaganda und durch die Organisierung der Solidarität mit den Betroffenen. Wir werden die JV der HDW unmittelbar auch dadurch unterstützen, daß wir eine Geldsammlung für sie organisieren. Außerdem werden wir ihnen Rechtshilfe anbieten. Dabei dürfen wir uns keine Illusionen über die bürgerlichen Gerichte machen; denn ihr Recht ist das Recht der Kapitalistenklasse. Trotzdem unterstützen wir die gerichtlichen Klagen der Kollegen. Denn dadurch werden die Gewerkschaftsbonzen gezwungen, einmal konkret zu sagen, was sie unter "Gewerkschaftsfeindlichkeit" verstehen. Und das Gericht steht dabei in dem Widerspruch, entweder sich diesen offen arbeiterfeindlichen Aussagen anzuschließen oder unter dem Druck der Solidarität der Kollegen den Schein seiner Neutralität zu wahren und den Klagen der Betroffenen zu entsprechen. Entscheidend aber ist und bleibt allein, daß der konsequente Kampf in den Betrieben weitergeführt wird und wir uns aktiv gegen jeden politischen Angriff zusammenschließen.

- SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!
- SPENDET FÜR DIE VOM AUSSCHLUß BEDROHTEN KOLLEGEN!
- SCHAFFT ROTE HILFE!

rote hilfe ★ rote hilfe

NSI: Die revolutionäre Linie verwandelt Niederlagen in Siege!

Durch die klassenbewußte und kompromißlose Betriebsarbeit der Genossin und das kämpferische Eingreifen der "Gruppe Hamburger Kommunisten" durch revolutionäre Agitation und Propaganda ist es gelungen, die politische Kündigung von Renate Schacht zu einem Schlag gegen die Bourgeoisie zu machen. Aus der Niederlage der Entlassung, die die Kollegen bei der NSI nicht verhindern konnten, wurde der Sieg des revolutionären Kampfes über die knechtische Unterwerfung unter die Herrschaft des Kapitals. Der Mut der Genossin hat den Kollegen gezeigt, daß sie der Unterdrückung und Ausbeutung kapitalistischer Produktion und Herrschaft nicht wehrlos ausgeliefert sind. In der Solidarität der Klasse liegt unsere Stärke. In der Überwindung der Konkurrenz unter den Arbeitern, die die Formierung der Klasse zur proletarischen Avantgarde aller Schichten des Volkes immer wieder auseinandertreibt.

Renate Schacht hat in vielen Gesprächen den Kollegen die Alternative aufgezeigt, die nicht mehr die verlogene Illusion von der Versöhnung der Klassen erzeugt, die die Sozialpartnerschaft entlarvt als Betrugsmanöver der sozialdemokratischen Arbeiterverräter und die Demagogie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus aufdeckt als Versuch der modernen Revisionisten, das arbeitende Volk nur fester den Interessen des Kapitals zu unterwerfen. Die Genossin hat die revolutionäre Alternative propagiert: die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, den Sturz der kapitalistischen Herrschaft über Rohstoffe, Maschinen und die Arbeitskraft des Volkes und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Gegen die trügerische Hoffnung auf das bürgerliche Parteienkartell des Monopolkapitals hat die Genossin die Propaganda aufgenommen für die Einheit der revolutionären Kämpfer in der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse, die allein unsere Kämpfe anleiten kann von der Linie des unversöhnlichen Klassenkampfes. Allein die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse kann den vernichtenden Schlag führen gegen den gefährlichsten Feind des revolutionären Kampfes, den modernen Revisionismus von der DKP, der die Kommunisten beim Klassenfeind denunziert und den revolutionären Sturz der Bourgeoisie mit allen Mitteln hintertreibt. Allein die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse kann die revolutionäre Theorie mit den Kämpfen der Massen verbinden zum endgültigen Angriff auf die Herrschaft des Kapitals.

IN ALLEN WIDERSPRÜCHEN DEN KLASSENSTANDPUNKT BEZIEHEN

Die Genossin hat die Empörung ihrer Kollegen aufgegriffen über die bedrückenden Wohnverhältnisse, Bodenspekulation und Mietwucher. Sie hat sich an die Spitze der Kämpfe gestellt gegen Arbeitshetze, Lohnraub und abgepreßte Steuern. In diesen Kämpfen hat sie klar den Weg zum Sozialismus gewiesen; sie hat in den Kollegen nicht die Illusion erzeugt, daß wir unsere Lage ändern durch kleine Zugeständnisse, die wir dem Kapital abringen. Stellen wir nicht in allen Widersprüchen der kapitalistischen Produktion und politischen Unterdrückung der Herrschenden die Machtfrage, so unterwerfen wir das Proletariat nur fester den Profitinteressen des Kapitals, die abgesichert werden durch die brutale Unterdrückung des bürgerlichen Staates und die Spalter in den Reihen der Arbeiterklasse - durch die Reformisten und vor allem die modernen Revisionisten, die haßerfüllt den Marxismus-Leninismus bekämpfen.

Renate Schacht hat konsequent alle Widersprüche am Arbeitsplatz und in persönlichen Gesprächen aufgegriffen, um die Sache des Sozialismus zu propagieren. Denn es ist die Pflicht des kommunistischen Agitators, alle Fragen des täglichen Lebens aufzugreifen und vom Klassenstandpunkt, vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital auszugehen und diese Fragen einzuordnen in die Propaganda für die gewaltsame Zerschlagung der Ausbeuterordnung. Gegen die Spaltung unserer Kampffront in deutsche und ausländische Kollegen hat sie die Agitation aufgenommen über die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung der "Dritten Welt", über die Errichtung faschistischer Diktaturen in den Peripherieländern, wie in Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei. Über den entschlossenen Befreiungskampf der Völker, die überall in der Welt dem US- und Sozialimperialismus immer tiefere Niederlagen beibringen.

Am Beispiel der miserablen ärztlichen Versorgung der Bevölkerung in den hochentwickelten Industrienationen hat sie die breite Propaganda für die Errungenschaften des Sozialismus unter der Führung der siegreichen kommunistischen Partei in der VR China und Albanien aufgenommen. Sie hat Interesse erzeugt und Bewußtsein geschaffen über die solidarische Kraft der Massen, über die gewaltigen Siege gegen die imperialistischen Feinde, die Nationalbourgeoisie und die Zerschlagung der Restauration, die immer wieder an der geschlossenen Einheit der Massen zersplittert. Über die Stärke der Roten Armee, der Garant des Weltfriedens, die entschlossen den sozialimperialistischen Angriff auf die Bastionen des Sozialismus zurückschlägt. Über die gewaltigen Siege der chinesischen Völker im Kampf mit der Natur, gegen Hunger, Krankheit und die systematische Unterentwicklung - die Folge kolonialistischer und imperialistischer Ausplünderung.

DIE BESTOCHENE ARBEITERARISTOKRATIE VERACHTET DIE MASSEN

Die Kollegen wissen, daß die Genossin keine revolutionären Phrasen gedroschen hat, sondern daß sie die Wahrheit gesagt und den Ausweg gezeigt hat; sie wissen, dass sie auch in den täglichen Kämpfen fest an der Seite ihrer Kollegen steht. Für den Lohnkampf, den die Funktionäre des imperialistischen DGB-Apparats nur als Scheingefecht vor den Kollegen austragen, hat Renate Schacht in diesem Jahr den unnachgiebigen Kampf gegen die gekauften Handlanger des Kapitals für die lineare Lohnerhöhung von 23o,-- DM für alle geführt. Für diesen Kampf fand sie volle Unterstützung ihrer Abteilung und konnte sie den klassenbewußten Teil des Vertrauenskörpers gewinnen. Ihre öffentliche Agitation für die Einheit im Lohnkampf und die Verteidigung unserer Reallöhne zwang die Arbeiterverräter, sich vor allen Augen als Ordnungshüter des Kapitals zu entlarven. Um die kämpferische Einheit im Lohnkampf zu unterlaufen, stellte Paulsen, der Betriebsratsvorsitzende bei der NSI, das arbeiterfeindliche BVG noch in den Schatten mit seiner Demagogie: Der Kampf um lineare Forderungen gehört nicht auf eine Betriebsversammlung.

Der mutige Angriff der Genossin gegen diese Demagogen in den Reihen der Arbeiterklasse auf der Funktionärsversammlung der IG Chemie und die aggressive Verteidigung der einheitlichen Kampffront im Lohnkampf zwang diese rückgratlosen Marionetten zum offenen demagogischen Angriff auf die Arbeiterklasse: "mit dieser Forderung kann man vielleicht den Beifall der "(dummen) "Masse auf einer Betriebsversammlung einstreichen, aber wen " (von diesen faulen Subjekten) "kriegt ihr denn dafür auf die Straße?" Die bestochene Arbeiteraristokratie verachtet die Massen, die sie selber als "dreckiges Pack" hinter sich gelassen haben, seitdem sie sich in den Sesseln der Aufsichtsräte lümmeln und als Funktionäre des imperialistischen DGB-Apparates selbst das Volk ausbeuten.

SCHLIESST DIE REIHEN GEGEN DEN ANGRIFF AUF DIE REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA !

Die Arbeiterverräter hatten Angst um ihren spalterischen Einfluß in der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten hatten seit Jahresanfang geplant, in einer Abteilung von 100 Frauen 60 Kolleginnen aufs Pflaster zu werfen. Dem entschlossenen Kampf der Genossin gegen die Zerstörung unserer Arbeitsplätze, die Rationalisierungen kapitalistischer Profitwirtschaft, wollten diese Handlanger des Kapitals zuvorkommen. Sie betrieben die Kündigung aus "Rationalisierungsgründen". Die Genossin gab nicht auf: mit einem eigenen Flugblatt und mit schlagkräftiger propagandistischer Unterstützung der Gruppe Hamburger Kommunisten, ging sie voran auf dem Weg der systematischen Entlarvung der Arbeiterverräter: vergeblich wollten Kapitalisten und Betriebsrat Renate Schacht zwingen, für die letzte Woche Urlaub zu nehmen. Diese Woche nutzte die Genossin zur breiten Agitation über den Bankrott kapitalistischer Profitwirtschaft.
Die Antwort des arbeiterfeindlichen imperialistischen DGB-Apparats und der Spalter in den Reihen der Arbeiterklasse war der ohnmächtige Angriff auf den Kampf d[er] Genossin und die revolutionäre Propaganda. Die Gewerkschaftsführung beschließt d[en] Ausschluss. Hauptvorstand der IG Chemie und Betriebsrat der NSI setzen die Gerichte der Herrschenden für ihre Machenschaften ein. Mit einstweiliger Verfügung wird der Genossin und dem presserechtlich Verantwortlichen der Gruppe Hamburger Kommunisten verboten, in revolutionärer Propaganda die Feinde in den Reihen der Arbeiterklasse zu entlarven. Wir werden vor den bürgerlichen Gerichten die revolutionäre Propaganda hoch halten und sie als Tribüne des Klassenkampfs nutzen. Der Kampf geht weiter: der Stein, den sie erhoben, er fällt auf ihre eigenen Füße!

Gruppe Hamburger Kommunisten



Kolleginnen und Kollegen!

Die Gewerkschaftsführung hat zu dieser Schulung in Lütjensee eingeladen. Das Seminar steht unter den Themen: Gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit und Arbeitskampf.

Wir brauchen die breite Diskussion der Kollegen aus den verschiedenen Betrieben, um unseren Kampf gegen Arbeitshetze und Lohnabbau vorzubereiten und zu organisieren.

Aber was ist das für ein Widerspruch: zur gleichen Zeit, wo hier über Arbeitskampf geredet wird, werden 12 Kolleginnen bei der NSI gefeuert. Weitere Entlassungen sollen folgen. Zur gleichen Zeit sitzen im Saal Betriebsräte, die diesen Entlassungen zugestimmt haben.

Am Mittwoch wurden wir von der Geschäftsleitung einzeln aufgefordert, bis Freitag 9.00 Uhr beim Personalchef zu erscheinen. Dort wurde uns mitgeteilt, daß [u]nsere Entlassung beschlossen ist und der Betriebsrat zugestimmt hat. Als [f]adenscheiniger Grund wurde die schlechte Auftragslage angegeben. Kollegen, was ist das für ein verlogenes Spiel? Auf Seminaren große Reden schwingen über Arbeitskampf und gleichzeitig im Betrieb die Kündigung von Kollegen betreiben.

Der Betriebsrat hat mich nicht mit einem Wort über meine Entlassung informiert, obwohl sie seit Wochen geplant ist. Ich werfe dem Betriebsrat vor:

1. daß er verantwortungslos die betroffenen Kollegen und die gesamte Belegschaft im Unklaren läßt und sie der Angst vor der Kündigung aussetzt.
2. daß er in "vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung die Interessen der Kollegen verrät und den Kampf gegen Rationalisierungsmaßnahmen sabotiert.
3. daß er jede Kritik und konsequente Forderungen in Vertrauensleutekörper und Belegschaft unterdrückt und die Kündigungen fortschrittlicher Kollegen betreibt.

Ich habe mich auf der Vertrauensleutesitzung, der Betriebsversammlung und der Funktionärsversammlung eingesetzt für eine lineare Forderung in Mark und Pfennig, für den konsequenten Kampf gegen Lohnabbau und Arbeitshetze. Die Kündigung ist die Antwort.

Kollegen, was hier gespielt wird, geht uns alle an! Die aktive Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen und die Unterdrückung fortschrittlicher Kollegen kann nicht durch kämpferische Phrasen auf den Seminaren übertüncht werden.

[S]etzen wir uns zur Wehr gegen diese Verlogenheit; gegen jede Spaltung und [S]chwächung unserer Kampfkraft.

Solidarisiert Euch mit den entlassenen Kolleginnen der NSI!

Fordert ihre sofortige Wiedereinstellung!

Zwingt durch Eure geschlossene Solidarität den Betriebsrat der NSI, die Kündigung zurückzuweisen.

Renate Schacht

(Mitglied des Vertrauenskörpers der NSI)

GEMEINSAMER KAMPF
DER CHEMIEARBEITER

ENTLASSUNGEN BEI DER NSI !

Kollegen, in der letzten Woche haben die Kapitalisten der NSI 13 Arbeiterinnen gekündigt. Sie begründen den Rausschmiss mit der "schlechten Auftragslage". Weitere Entlassungen sollen nach Ankündigung des Personalchefs Kugler folgen. Was steckt dahinter? Seit Wochen wird das Gerücht im Werk verbreitet, daß vielleicht Kollegen entlassen werden müssen. Geschäftsleitung und Betriebsrat versichern, daß man alles tun werde, um Härten zu vermeiden und notwendige Kündigungen abzuwenden.

Tatsache ist, daß die Kapitalisten aus Profitgier 60% der Produktion in der Bänderabteilung nach Österreich verlagern wollen, um dort billigere Arbeitskräfte auszubeuten. Den Kapitalisten ist es gleichgültig, daß von 100 Kollegen, die in der Bänderabteilung arbeiten, 60 auf die Straße fliegen. Das ist der Plan der Geschäftsleitung. Du machst Dich kaputt, läßt die Knochen im Betrieb, kriegst einen Tritt und fliegst auf die Straße. Das ist die Brutalität kapitalistischer Produktion.

DER BETRIEBSRAT STEHT AUF DER ANDEREN SEITE

Der Betriebsrat hat die Kündigung der 10 Kolleginnen aus der Bänderabteilung voll unterstützt. In "vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung wurden hinter den Kulissen die Namen der Betroffenen ausgehandelt. Der Betriebsrat hintertreibt bewußt jede Information und Aufklärung der Kollegen, selbst der Betroffenen. Er erweist sich in diesem Angriff des Kapitals auf unsere Arbeitsplätze und wirtschaftliche Lage als verläßlicher Partner der Geschäftsleitung. In ihrem Auftrag versucht er, das Problem der Rationalisierung zum Problem jedes einzelnen zu machen. Er setzt alles daran, uns aufzuspalten und gegeneinander auszuspielen. Er schürt in uns die Angst vor der eigenen Kündigung, um ein geschlossenes solidarisches Handeln aller Kollegen zu verhindern. Der Betriebsrat organisiert nicht den Kampf gegen Rationalisierungsmaßnahmen der NSI-Kapitalisten. Im Gegenteil: er wird mit allen Mitteln versuchen, unseren Kampf zu brechen und jeden Protest der fortschrittlichen Kollegen zu unterdrücken. Er will verhindern, daß der Arbeiter seine Kraft erfährt in solidarischen Kämpfen gegen Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze, weil er weiß, daß die Reaktionäre in den Kämpfen beiseite geschoben werden, daß die Kollegen die Denunzianten und Spalter unschädlich machen.

Die mörderische Konkurrenz der Kapitalisten macht unsere Arbeitsplätze kaputt. Es muß mehr produziert werden in kürzerer Zeit. Die Arbeitshetze macht uns fertig, die Rationalisierung wirft uns auf die Straße. Hier wird das Geschwätz von der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit entlarvt. Wir haben keine gemeinsamen Interessen. Schluß mit der verlogenen Klassenharmonie. Nicht Verhandlungen und Verträge, nur die Kraft unserer festen Solidarität kann die bedrohten Kollegen vor den Angriffen des Kapitals und seiner Handlanger schützen. Führen wir den selbstbewußten Kampf unserer Klasse gegen das Kapital.

DIE GESCHÄFTSLEITUNG VERSUCHT DEM KAMPF DIE SPITZE ZU BRECHEN

Die Geschäftsleitung nutzt die "günstige Gelegenheit". Im Zuge der Rationalisierung holt sie aus zum Schlag gegen die fortschrittlichsten Kollegen. 10 Kolleginnen in der Bänderabteilung sind entlassen. Die Entlassung von mindestens drei weiteren Kolleginnen ist beschlossen und wird endgültig am Dienstag in einer Sondersitzung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat ausgehandelt. Betroffen sind Kolleginnen, in deren Abteilung keine Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Betroffen sind Kolleginnen wie die Vertrauensfrau Renate Schacht aus der Blattwarenabteilung, die mutig und konsequent öffentlich die Interessen der Kollegen vertreten haben, am Arbeitsplatz und in der Betriebsversammlung.

Als Grund gab der Personalchef an, daß Kollegin Schacht die Kündigung aus sozialer Rücksicht auf ihre Kolleginnen am ehesten zuzumuten sei, da sie jung und Doppelverdiener sei und keine Kinder habe. Das ist glatter Hohn. Zusammen mit Renate Schacht wird eine Kollegin ihrer Abteilung entlassen, die alleinstehend ist, ein 16 Monate altes Kind und eine kranke Mutter zu versorgen hat. Das sind die sozialen Gesichtspunkte der NSI-Kapitalisten. Solange die Kapitalisten herrschen über Maschinen, Rohstoffe und Arbeitskraft des Volkes, ist der Mensch ein Stück Dreck und soziale Rücksicht die Phrase, die uns über die Brutalität kapitalistischer Herrschaft hinwegtäuschen soll.

GEGEN DEN ANGRIFF DES KAPITALS AUF DIE KONSEQUENTEN VERTRETER UNSERER INTERESSEN

Kollegin Schacht hat den konsequenten Kampf um die Einheit und die geschlossene Solidarität ihrer Kollegen geführt, gegen Lohnabbau, Teuerung und Arbeitshetze, gegen Spaltung und Verrat in den eigenen Reihen. Auf der letzten Vertrauensleutesitzung hat sie sich massiv gegen die spalterische 16%- Forderung des Betriebsrats gestellt. Von sieben Kollegen wurde sie darin unterstützt, daß nur eine einheitliche Forderung in Mark und Pfennig unsere Kampfkraft stärken kann. Gegen das massive Einschreiten von Paulsen und Geschäftsleitung hat sie die lineare Forderung gegen den Abbau unserer Reallöhne noch einmal auf der Betriebsversammlung und auf der Funktionärsversammlung gestellt. Die Aufstellung der Forderung, die Organisierung des Kampfes ist Sache der öffentlichen Diskussion aller Kollegen im Betrieb und kann nicht länger den Arbeiterverrätern und Handlangern des Kapitals überlassen bleiben. Der Lohnkampf muß aufhören, ein Kuhhandel hinter verschlossenen Türen zu sein.

Nach der Funktionärsversammlung schickten Paulsen und Kugler den Vorarbeiter und Vertrauensmann Gerhard Brandt los, um die Kollegen von Renate Schacht abzuspalten und ihr Aufwiegelei nachzuweisen. Als brauchbares Instrument des Kapitals muß die Gewerkschaftsführung alles daran setzen, ihren Einfluß in den Betrieben [illegible]zugewinnen. Sie muß alles unternehmen, um [illegible]ständige Kämpfe unter den Parolen der Klassensolidarität zu verhindern, um ihren Auftrag als Handlanger des Kapitals zu erfüllen: Ruhe und Ordnung in den Betrieben. Deshalb diffamiert sie fortschrittliche Kollegen als Chaoten und Radikale, wie es Thiessen und Koppelmann auf Vertrauensleutesitzungen und Funktionärsversammlung getan haben.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG BETREIBT DAS GESCHÄFT DES KAPITALS

Die Kündigung der Kollegin Schacht ist von langer Hand vorbereitet. Sie wurde von Betriebsrat und Gewerkschaftsführung betrieben und in bewährter Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung beschlossen. Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung ist bewährte Praxis. Jede Kritik wird als gewerkschaftsfeindlich diffamiert, unsere selbständigen Kämpfe werden als Abenteuertum beschimpft. Gegen den organisierten Protest hat sie sich mit dem Radikalenbeschluß das Mittel geschaffen, um unsere Wortführer als "Feinde der Gewerkschaft" auszuschließen. Bei der Reichhold-Albert-Chemie wurden 13 Kollegen aus der Gewerkschaft gefeuert. Immer krasser tritt die Kumpanei zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung zutage: immer häufiger beantragen IG-Chemie und IG-Metall-Betriebs[illegible] bei der Betriebsleitung die Kündigung der fortschritt[illegible]n Kollegen, Streikführer und Wortführer der Arbeiterklasse wegen "Störung des Betriebsfriedens".

Am Wochenende hatte die Gewerkschaftsführung zu einem Seminar eingeladen unter dem Thema: Gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit und Arbeitskampf. Diese Seminare der Gewerkschaftsführung, diese kämpferischen Phrasen sind der Deckmantel für Spaltung der Kampfkraft, aktive Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitshetze und die massive Unterdrückung aller fortschrittlichen Kollegen. Aber diesen Arbeiterverrätern wurde auf dem Seminar in Lütjensee die Maske vom Gesicht gerissen. Als Kollegin Schacht die Kündigungen bei der NSI ansprach, wurde ihr das Wort abgeschnitten. Als sie die Vorgänge bei der NSI in einem Brief an die Teilnehmer aus vier Betrieben darstellte, flog sie raus und erhielt Hausverbot. Die Arbeiterverräter Holst, Paulsen, Thiessen und Koppelmann setzen alles daran, die Diskussion und den Kampf gegen die Rationalisierung bei der NSI zu verhindern. Auf Seminaren von Arbeitskampf und Solidarität schwätzen, und gleichzeitig den Rausschmiss der Kollegen im Betrieb betreiben. Das ist das verlogene Spiel der Spalter und Denunzianten in den eigenen Reihen. Die Gewerkschaftsführung und ihre Handlanger im Betrieb betreiben das Geschäft des Kapitals.

FORMIEREN WIR UNS UNTER DEN PAROLEN DER KLASSENSOLIDARITÄT

Kollegen, die Gewerkschaftsführung hat sich gehörig entlarvt als Instrument der herrschenden Klasse. Die selbständigen Kämpfe des letzten Jahres haben die Richtung gewiesen: Führen wir den Kampf Klasse gegen Klasse - ohne und gegen die Gewerkschaftsführung. Diese Kämpfe haben uns die Kraft des arbeitenden Volkes gezeigt. In der Solidarität des geschlossenen Kampfes gegen Teuerung, Lohnabbau und Mietwucher lag die Stärke. Aber diese Kämpfe bleiben zersplittert und isoliert. Solange unsere Kampfkraft noch nicht zusammengefaßt ist unter der klassenbewußten Führung der Kommunisten, richtet sie sich nur gegen vereinzelte Angriffe des Kapitals. Unser Ziel ist die Befreiung der Arbeit von Unterdrückung und Ausbeutung.

Organisieren wir den Kampf bei der NSI gegen Arbeitshetze, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit.

Organisieren wir unseren Widerstand gegen die Verräter in den eigenen Reihen.

Solidarität mit den entlassenen Kolleginnen.

Wir fordern die sofortige Zurücknahme der Kündigungen.

Wir fordern für alle von der Rationalisierung betroffenen Kolleginnen die Beschaffung einer wirtschaftlich und sozial gleichwertigen Arbeit durch die NSI.

Wir fordern vollen Lohnausgleich und Bezahlung aller entstehenden Belastungen.

Kollegen, wir fordern Euch auf: Nehmt Kontakt auf zu Eurer Kollegin Renate Schacht (Tel. 380 97 03). Es gilt ein geschlossenes Vorgehen gegen die Angriffe der Kapitalisten und die Spaltung durch ihre Handlanger in Betriebsrat und Vertrauenskörper zu planen.

Gruppe Hamburger Kommunisten

Impressum: Dat.: 1.4.74. Verantw.: B. Kehre 2 Hmb. 20, Wendloher Weg 10, Aufl.: 1000
Druck: Eigendruck

Renate Schacht Hamburg, 4. April 1974
2 Hamburg 50
Eggerstedtstr. 24

An den
Betriebsrat der NSI

2 Hamburg - Lurup
Luruper Hauptstraße

Betr.: Widerspruch zur Kündigung vom 2. 4. 1974

Am 29. 3. 1974 erklärte mir Personalchef Kugler, daß meine Kündigung beschlossene Sache sei, mit Zustimmung des BR. Begründung: Rationalisierung unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte. Die offizielle schriftliche Kündigung erhielt ich am 2. 4. 1974. - unterschrieben vom Betriebsratvorsitzenden Paulsen. Der Betriebsrat hielt es nicht für nötig, Grundlagen und Fakten für seine Zustimmung zu benennen. Auf direkte Anfrage an einzelne Betriebsräte erhielt ich nur ausweichende oder falsche Informationen. Die Antwort auf meine schriftliche Kritik auf dem Seminar der Gewerkschaftsführung in Lütjensee war die Anwendung formaler Gewalt: Hausverbot. Desgleichen im Vertrauensleutekörper.
Selbst am Montag, den 1. 4. 1974 wurde im Werk noch die Behauptung vom Betriebsrat verbreitet, daß von Kündigungen überhaupt keine Rede sein kann, obwohl zehn Kolleginnen der Bänderabteilung bereits entlassen, die Kündigungen sechs weiterer Arbeiterinnen beschlossen war.

Der Betriebsrat verletzt ganz klar seine Informationspflicht, hintertreibt und unterdrückt jede Aufklärung und den Kampf gegen Rationalisierung und politische Kündigungen.
Er verläßt seine Pflicht, die ihm sogar noch aus dem reaktionären BVG entsteht: § 75, § 80, § 102.

Der Betriebsrat weicht einer offenen Stellungnahme aus, weil er die gemeinsam mit der Geschäftsleitung ausformulierten Begründungen nicht aufrechterhalten kann. Mit allen Mitteln versucht er zu verschleiern, daß meine Entlassung betrieben worden ist wegen meiner kompromißlosen gewerkschaftlichen Arbeit und meiner politischen Überzeugung.
Es geht hier darum, die Hetze und den Ausschlußterror, den die Gewerkschaftsführung durch die Radikalenbeschlüsse gegen fortschrittliche Kollegen und Kommunisten betreibt, bei der NSI in Kumpanei zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung durchzusetzen.
Der Betriebsrat will verhindern, daß seine Rolle und sein Vorgehen als Organ der Gewerkschaftsführung gegen die Interessen und den Widerspruch der Kollegen in aller Öffentlichkeit entlarvt wird.
Er setzt spalterische Prozentforderungen, die Lohnabbau bedeuten, auf Anweisung der Gewerkschaftsführung gegen die Kollegen durch. Die Diskussion hierüber auf der Betriebsversammlung ist in Übereinstimmung mit der Geschägtsleitung abgewürgt worden - bewußte Verletzung sogar des reaktionären BVG - mit dem Hinweis, daß tarifpolitische Fragen nicht auf die Betriebsversammlung gehörten.

Das gleiche Vorgehen auf der Funktionärsversammlung am 11. 3. 1974: Abwürgen der von mir geforderten Diskussion um die lineare Forderung von DM 1, 30 für alle durch demagogisches Gerede. Durch Aussagen wie "mit dieser Forderung kann man vielleicht auf einer Betriebsversammlung Beifall erhalten" und "dafür kann man niemand auf die Straße kriegen" machte Paulsen als Versammlungsleiter klar, was die Gewerkschaftsführung und ihre Vertreter im Betrieb von der Meinung der Kollegen und vom Arbeitskampf halten. Das entlarvt alles Geschwätz, alle Verschleierungsversuche auf Seminaren und alles radikale Getöse im Betrieb.
Vertrauensleuteobmann Thiessen sagte in der Vertrauensleutesitzung vom 3. 4., daß man sich nach der Funktionärsversammlung überlegt habe, mich wegen der Forderung nach breiter Diskussion aus der Gewerkschaft auszuschließen.
Das steht in einer Linie mit der Unterdrückung der Solidarität mit den Kollegen bei der Reichold - Albert - Chemie.

Die Begründung liefert die Gewerkschaftsführung mit ihrem Radikalenerlaß. "Linksradikale und Chaoten haben hier keinen Nährboden" - gemeint sind fortschrittliche Kollegen und Kommunisten. "Linksradikale bekommen hier kein Bein auf die Erde". Äußerungen von Thiessen, Koppelmann und Paulsen, die klar beweisen, daß meine Kündigung von Gewerkschaftsführung, Betriebsrat und reaktionären Vertrauensleuten aus politischen Gründen betrieben wurde.

Der Betriebsrat glaubte sicher zu sein, durch die Maßnahmen der Geschäftsleitung einen bequemen Weg gefunden zu haben, meine Kritik auszuschalten. Dem Betriebsrat wird es nicht gelingen meinen Kampf für die Interessen der Kollegen und gegen die Machenschaften der Gewerkschaftsführung aufzuhalten. Ebenso bei den Rationalisierungsmaßnahmen hat sich der Betriebsrat auf die Seite der Geschäftsleitung gestellt.
Er hat bewußt falsche Informationen gegeben. Er hat die Kollegen weiter in der Unsicherheit über ihren Arbeitsplatz belassen, um den gemeinsamen Kampf gegen die Entlassungen zu verhindern. Er hat diese Maßnahmen noch geleugnet, als schon Entlassungen ausgesprochen waren.
In demagogischer Weise versucht er alles, den entschlossenen Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen kapitalistischer Produktion zu verhindern, seine Rolle beim Pakt mit der Geschäftsleitung zu verschleiern und seine Position als "Arbeitervertreter" abzusichern. Die Kündigung ist aufgrund meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit und meiner politischen Überzeugung ausgesprochen worden. Nach § 1 Abs. 2 Satz 1 Kündigungsschutzgesetz vom 25. 8. 1969 in Zusammenhang mit § 75 Abs. 1 Satz 1 BVG vom 15. 1. 1972 ist sie sozial ungerechtfertigt.

Die treibende Rolle des Betriebsrates bei meiner Kündigung liegt offen auf der Hand und zerstört alle Illusionen. Die letzten Erfahrungen haben gezeigt, daß der BR immer offener die Positionen der Geschäftsleitung vertritt und fortschrittliche Standpunkte mit allen Mitteln unterdrückt.

Wie das Gesetz es vorschreibt erhebe ich bei diesem arbeiterfeindlichen Betriebsrat Einspruch gegen meine Kündigung , die sozial ungerechtfertigt ist.
Ich verlange vom Betriebsrat eine schriftliche Stellungnahme zu meinem Einspruch gemäß § 3 Satz 3 KSchG.
Mit gleicher Post habe ich Klage auf Feststellung erhoben beim Arbeitsgericht Hamburg-Altona.

PER EINSCHREIBEN | Hamburg, d. 8.4.74

An die
IG Chemie, Papier, Keramik
Verwaltungsstelle Hamburg
Abt. Rechtsschutz
2000 Hamburg 1
Besenbinderhof 56/II

Betr.: Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz gem. § 28 Satzung

Am 29.3.1974 wurde mir vom Personalchef Kugler meine Entlassung angekündigt. Die Kündigung sei erforderlich wegen der schlechten Auftragslage; meine Kündigung insbesondere sei begründet in der Berücksichtigung der sozialen Gesichtspunkte in der gesamten Belegschaft. In vertrauensvoller und bewährter Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat seien die sozialen Gesichtspunkte ausführlich diskutiert und meine Entlassung gemeinschaftlich beschlossen worden.
Auf diese Aussage gestützt, forderte ich von den Betriebsräten der NSI, u.a. von ihrem Vorsitzenden Paulsen, Aufklärung über diese vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Kapitalisten der NSI und dem IG-Chemie-Betriebsrat. Noch am 1. April behaupteten die Betriebsräte einhellig, daß nicht ein einziger Kollege entlassen sei, obwohl 10 Frauen der Bänderabteilung bereits eine Woche vorher gekündigt worden waren. - mit voller Unterstützung des Betriebsrates.

Mein Versuch, die erfolgten und weiter geplanten Kündigungen bei der NSI und die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten auf dem Wochenendseminar 30./31.3.74 zur Diskussion zu stellen und Kampfmaßnahmen massiv zu fordern, wurde vom IG-Chemie-Betriebsrat mit aggressiver und autoritärer Unterstützung der Gewerkschaftsführer Holst, Baumhöver und Tigges verhindert. Letzlich in Ausnutzung ihres Hausrechts: Hausverbot. Wo Argumente fehlen, um den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse dürftig zu verdecken, entlarven sich die Führer der Gewerkschaft und ihre Handlanger im Betrieb durch die offene Anwendung von Gewalt.

Auf Wochenendseminaren große Reden schwingen über Arbeitskampf und Solidarität, und zur gleichen Zeit die Entlassung von mehreren Kollegen betreiben, entlarvt diese Seminare als kämpferische Phrase, die über die systematische Spaltung unserer Kampfkraft und die aktive und planvolle Unterstützung der Interessen des Kapitals bei Rationalisierung und Arbeitshetze hinwegtäuschen sollen. Diese Vorgänge entlarven erneut die Führer der reformistischen Gewerkschaften als Beauftragte des Kapitals.

Ich gehe bei meinem Antrag auf Rechtsschutz durch die IG Chemie davon aus, daß zwischen mir und der Gewerkschaftsführung unversöhnliche Widersprüche bestehen. Diese grundsätzlichen Widersprüche haben ihren Grund in der erzwungenen und stets durch das Kapital neu garantierten Herrschaft der Reformisten über die ökonomische Kampforganisation der Arbeiterklasse. Ihr Auftrag und seit Bestehen des DGB geübte Praxis ist es, die Arbeiterklasse den Interessen des Kapitals zu unterwerfen, die selbständige und selbstbewußte Organisation des arbeitenden Volkes zu unterdrücken und die Führer der spontanen Arbeiterbewegung zu denunzieren und auszuschalten.

In allen entscheidenden Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Herrschaft und Unterdrückung des Kapitals nach 1945 hat sich die Führung der Gewerkschaft als aktiver Spalter, arbeiterfeindlicher Handlanger und getreuer Komplice des Kapitals entlarvt. Konkret in meinem Fall sah sich die Gewerkschaftsführung durch meine aktive und kompromißlose gewerkschaftliche Arbeit am Arbeitsplatz veranlaßt, mich in den Vertrauenskörper der NSI zu berufen - von Vertrauensobmann Thiessen wurde ich aufgefordert, als voll stimmberechtigtes Mitglied an den Sitzungen des VK teilzunehmen. Die Arbeiterverräter sahen sich dazu veranlaßt, um ihren Auftrag zu erfüllen: Ruhe und Ordnung im Betrieb wieder herstellen.

Der Versuch, mich umzudrehen und als reformistischen Spalter gegen die Interessen der Kollegen einzusetzen, mußte kläglich scheitern. Ich habe der spalterischen Prozentforderung und dem geplanten Lohnabbau der Gewerkschaftsführung um weitere 10% die konsequente Forderung von 1.30DM entgegengestellt. Ich habe mich nicht einverstanden erklärt mit dem Kuhhandel hinter verschlossenen Türen und dem Versuch, "Parteidisziplin" im VK zu üben. Paulsen hat es sogar geschafft, das reaktionäre BVG zu übertreffen mit seinem Hinweis, die Diskussion tarifpolitischer Fragen, die Forderung für 1.30DM für alle, gehörte nicht in eine Betriebsversammlung. Sogar die Geschäftsleitung mußte ihn in seinem Übereifer korrigieren.

Ich gehe davon aus, daß spätestens seit der Funktionärsversammlung am 11.3.74 mein Gewerkschaftsausschluß nach dem gewerkschaftsfeindlichen Radikalenbeschluß geplant ist. Vertrauensobmann Thiessen bestätigte dies auf der Sitzung vom 3.4.74. Auf dieser Sitzung wurde versucht, meinen Kontakt zur Gruppe Hamburger Kommunisten als Rädelsführerschaft einer gewerkschaftsfeindlichen und kriminellen Vereinigung zu diffamieren. In der Unterdrückung des Kampfes gegen Rationalisierung kapitalistischer Produktion und gegen die Herrschaft über Rohstoffe, Maschinen und die Arbeitskraft des Volkes ist den Handlangern des Kapitals, den Arbeiterverrätern in den eigenen Reihen, jedes Mittel recht. Wo Argumente fehlen und die Komplicenschaft offenliegt, hilft nur noch antikommunistische Hetze und verlogene Demagogie.

Auf dieser Grundlage des Widerspruchs zwischen Klassenkampf und Klassenversöhnung, Arbeiterverrat und Komplicenschaft mit dem Kapital fordere ich als Mitglied der IG Chemie und aktive Vertrauensfrau gem. der Satzung § 28 volle juristische Unterstützung gegen die sozial ungerechtfertigte Kündigung gem. §§ 1 und 4 Kündigungsschutzgesetz, in Verbindung mit §§ 75, 80 und 102 BVG.

Diesem Schreiben ist die Durchschrift meiner Klageerhebung vom 4.4.74 und das Kündigungsschreiben vom 2.4.74 beigefügt. Laut amtlicher Beglaubigung dieser Durchschrift ist meine Klage am 4.4.74 bei Gericht eingegangen und seitdem unter dem Aktenzeichen 8 CA 198/74 registriert.

Somit erwarte ich die unverzügliche Aufnahme meiner juristischen Verteidigung durch die Rechtsstelle der IG Chemie.

Meine öffentlich dargelegten Standpunkte zum ökonomischen Abwehrkampf und die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung und den Handlangern in Betriebsrat und Vertrauensleutekörper sind wesentlicher Bestandteil meiner politischen und gewerkschaftlichen Überzeugung und aktiven Mitgliedschaft in der IG Chemie. Die Gewerkschaft - das ist die kämpfende Basis in den Betrieben.

Anlagen:

1 Kopie der Feststellungsklage
1 Kündigungsschreiben
1 Mitgliedsbuch Nr.:1719850

....
(Renate Schacht)

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik



IG Chemie-Papier-Keramik, 2 Hamburg 1, Besenbinderhof 57

Verwaltungsstelle Hamburg

2 Hamburg 1
Besenbinderhof 57
Fernruf 24 49 63/64
Postscheckkonto: Hamburg 1285 66-207
Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft AG
Konto-Nr. 1 293022 3

Einschreiben

Frau
Renate Schacht
2 / Hamburg 50
Eggerstedtstraße 24

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Tag
		Ho/St	19. April 1974

Betrifft:

Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen Sie

Sehr geehrte Frau Schacht,

der Vorstand der IG. Chemie-Papier-Keramik, Verwaltungsstelle Hamburg, hat auf seiner Sitzung am Mittwoch, dem 17. April 1974, beschlossen, gegen Sie gemäß § 7, Ziffer 1 a und c der Satzung, beim Hauptvorstand ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

Gemäß § 7, Ziffer 2, der Satzung setzen wir Sie hiermit pflichtgemäß über die Einleitung des Verfahrens in Kenntnis und übermitteln Ihnen nachstehend die Begründung.

Ihnen wird außerdem gemäß § 7, Ziffer 6, der Satzung mitgeteilt, daß vom Zeitpunkt des Eingangs dieser Mitteilung an Sie Ihre Rechte und Pflichten als Mitglied während des gesamten Ausschlußverfahrens ruhen.

Begründung:

Auf einem Seminar der IG. Chemie-Papier-Keramik in Lütjensee am 30./31. März 1974 haben Sie am ersten Lehrgangstag, also am 30. März 1974, im Rahmen des Unterrichts über beabsichtigte Kündigungen bei der Firma Norddeutsche Schleifmittel Industrie vom anwesenden Betriebsratsvorsitzenden Auskunft verlangt. Diese wurde Ihnen in korrekter Weise dahingehend erteilt, daß der Betriebsrat sich in der dem Seminar folgenden Woche mit von der Firma geplanten Entlassungen beschäftigen werde.
Zeugnis: Kollege Rolf Bühler, Kollege Hans Tigges, weitere Seminar Teilnehmer.

Am darauffolgenden Morgen verteilten Sie im Speisesaal des Heimes an die Teilnehmer zweier IG. Chemie Lehrgänge ein Flugblatt, das Angaben enthält, die Sie aufgrund der Diskussion am Vortage wider besseren Wissens machten.

Zugleich erweckten Sie den Eindruck, daß die Gewerkschaft Ihre beabsichtigte Kündigung durch den Arbeitgeber betrieben habe (dritter Absatz: "auf Seminaren große Reden schwingen über Arbeitskampf und gleichzeitig im Betrieb die Kündigungen von Kollegen betreiben").

Sie stellen im ersten Absatz dieses Flugblattes zu recht fest, daß die IG. Chemie zu dem Lehrgang unter dem Thema: "Gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit und Arbeitskampf" eingeladen hatte und aus der Einladung ergab sich klar, daß gewerkschaftliche Referenten die Vorträge halten würden.

Die in Ihrem Flugblatt erhobenen falschen Darstellungen und Anschuldigungen finden sich in einem Flugblatt der Gruppe "Hamburger Kommunisten" wieder, das am Montag, dem 1. April 1974, bei Beginn der Arbeitszeit vor der Firma N.S.I., Werk Lurup, verteilt wurde. Zur Verteilung dieses Flugblattes können aufgrund des zeitlichen Ablaufs nur Sie die Initiative ergriffen haben. Die in Ihrem Flugblatt bekundete gewerkschaftsfeindliche Haltung spiegelt sich in dem Flugblatt der "Kommunistischen Gruppe" in verschärfter Form wieder. Es wird der Gewerkschaft "krasse Kumpanei mit den Kapitalisten" unterstellt. Die Funktionäre Holst, Paulsen, Thiessen und Koppelmann wurden aufbauend auf Ihre verlogenen Darstellungen "Arbeiterverräter" genannt.

Ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung dokumentieren Sie in der gleichen Art und Weise wie in den vorgenannten Flugblättern in Ihrem Schreiben vom 8. April 1974, mit dem Sie "Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz gemäß § 28 der Satzung" stellen. Dieses Schreiben verdeutlicht, daß Sie nicht mehr auf der Grundlage demokratischer, gewerkschaftlicher Prinzipien bereit sind, in unserer Organisation mitzuarbeiten. Sie bekennen sich in dem genannten Schreiben auch ausdrücklich zur "Gruppe Hamburger Kommunisten" und unterstreichen damit zugleich, daß Sie das Flugblatt "Gemeinsamer Kampf der Chemiearbeiter" mittragen und billigen.

Alle durch Sie gefertigten Schriftstücke bzw. auch das durch Sie initiierte Flugblatt der kommunistischen Gruppe werden in das Ausschlußverfahren eingeführt. Außerdem übermitteln wir dem Hauptvorstand eine Darstellung des Betriebsrates über den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse, die Sie, wie wir erkennen müssen, in voller Absicht falsch darstellen.

Nach allem ist ein weiterer Verbleib in unserer Solidargemeinschaft, die Sie permanent schmähen, nicht mehr möglich.

Der Hauptvorstand wird Ihnen die Möglichkeit geben, sich zu den von uns erhobenen Vorwürfen zu äußern.

Hochachtungsvoll
Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

- Holst -

GEMEINSAMER KAMPF DER CHEMIEARBEITER

DIE PAPIERTIGER FAHREN NEUE GESCHÜTZE AUF!

Am 2. April 1974 wurde die Vertrauensfrau Renate Schacht gekündigt, weil sie als Kommunistin den kompromißlosen Kampf gegen Arbeitshetze, Lohnabbau, gegen die Handlanger des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse und für den Sieg des Sozialismus führte. Als ordentliches Mitglied und Vertrauensfrau der IG Chemie forderte Renate Schacht am 8. April 1974 Rechtshilfe gegen ihre politische Kündigung. Die Antwort vom 23. April war der Antrag auf Gewerkschaftsausschluß beim Hauptvorstand der IG Chemie. Diese Antwort war logisch. Die Gewerkschaftsführung hat sich erneut gehörig entlarvt als Handlanger und Büttel des Kapitals. Am 24. April drohte der Staranwalt der IG Chemie und stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Weiland im Auftrag des Betriebsrates der NSI (Norddeutsche Schleifmittel-Industrie) gerichtliche Schritte an, wenn sie noch einmal behauptet, was klar bewiesen ist und alle wissen: daß der Betriebsrat bei der NSI ganz klar auf der anderen Seite steht und sein spalterisches Spiel in den Reihen der Arbeiterklasse betreibt.

Die Papiertiger fahren neue Geschütze auf, um die Wahrheit zu unterdrücken und die Arbeiter von den Wortführern ihres Kampfes zu spalten. Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht: wir haben einen klaren Trennungsstrich gezogen zwischen ihm und uns. Nur diese kämpferische revolutionäre Entschlossenheit kann die Empörung entfachen und den Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals vorantreiben.

DIE PROLETARISCHE REVOLUTION WIRD SIEGEN!

Seit Anfang des Jahres treibt die Profitgier die Kapitalisten der NSI, einen wesentlichen Teil der Produktion nach Österreich auszulagern. Die verschärfte Arbeitshetze bringt nicht genug Profite, die kapitalistische Konkurrenz zwingt sie, billiger zu produzieren. Die Ausbeutung der österreichischen Arbeiter um 20% weniger Lohn als in der BRD, staatliche Subventionen und Steuervorteile für ihre Investitionen im Ausland versprechen den NSI-Kapitalisten erhebliche Gewinne und die trügerische Hoffnung auf den Ausweg aus ihrer bankrotten Herrschaft über Rohstoffe, Maschinen und unsere Arbeitskraft.

Der Bankrott kapitalistischer Produktion ist nicht aufzuhalten durch verschärfte Ausbeutung des ausländischen Proletariats und die militärische Eroberung neuer Märkte. Der Zusammenbruch kapitalistischer Herrschaft ist nicht aufzuhalten durch die verschärfte imperialistische Ausplünderung der unterentwickelten Völker, den Ausbau des politischen Unterdrückungsapparates der herrschenden Klasse und die Errichtung faschistischer Diktaturen. Gerade diese verschärften Angriffe der Monopole und ihrer Herrschaftsinstrumente lassen das arbeitende Volk überall den entschlossenen Kampf aufnehmen gegen die Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals.

Dr. Weiland + Partner
Rechtsanwälte

Dr. Gerd G. Weiland
Alexander Jahr
Dr. Elisabeth Weiland
Wiltrud Amelang
Rolf-Dieter Klooß

2000 Hamburg 11
Katharinenstraße 3
Telefon: 36 43 57
36 43 59 u. 36 53 31
Telex 211 365 weipa

Frau
Renate Schacht

2000 Hamburg 50
Eggerstedtstr. 24

24.4.1974
K/Pe

Betr.: Ihre Äußerung über den Betriebsrat der NSI

Sehr geehrte Frau Schacht,

wir zeigen an, daß wir den Betriebsrat der Norddeutschen Schleifmittelindustrie Christiansen & Co. in folgender Angelegenheit anwaltlich vertreten:

Durch Ihre unwahren und beleidigenden Behauptungen wird das Ansehen des Betriebsrates in ganz erheblichem Umfang herabgesetzt. Der Betriebsrat ist nicht verpflichtet, die Aufstellung und Verbreitung dieser Äußerungen zu dulden, sondern hat einen Anspruch auf Unterlassung dieser Äußerungen. Es besteht die Gefahr, daß Sie diese Äußerungen gegenüber Dritten wiederholen werden. Wir geben Ihnen Gelegenheit, die Wiederholungsgefahr dadurch zu beseitigen, daß Sie die in der Anlage beigefügte strafbewehrte Unterlassungserklärung unterzeichnen und an uns bis zum

6. Mai 1974

zurücksenden.

Am 30. März 1974 verteilten Sie auf einem Schulungsseminar in Lütjensee ein Flugblatt, in dem Sie gegen den Betriebsrat der NSI unzutreffende Vorwürfe erhoben sowie unwahre und beleidigende Äußerungen machten. Diese Behauptungen wiederholten bzw. erweiterten Sie in Ihrem Schreiben vom 4. April 1974 an den Betriebsrat der NSI, indem Sie Ihrer Kündigung widersprachen. Die einzelnen Behauptungen, gegen die sich der Betriebsrat wendet, sind aus der in der Anlage beigefügten Erklärung ersichtlich.

Sollte die beiliegende Unterlassungserklärung nicht fristgerecht bei uns eingehen, sind wir beauftragt, gerichtliche Schritte einzuleiten.

Die durch unsere Inanspruchnahme entstandenen Kosten werden wir Ihnen gesondert aufgeben. Weitere Ansprüche unseres Mandanten auf Widerruf und Schadensersatz bleiben vorbehalten.

Hochachtungsvoll

(Rechtsanwalt)

Anlage

UNTERLASSUNGSERKLÄRUNG

Ich, die unterzeichnende Renate S c h a c h t , 2 Hamburg 50, Eggerstedtstr. 24, verpflichte mich, es bei Meidung einer für jeden Fall der Zuwiderhandlung vom Arbeitsgericht Hamburg festzusetzenden Vertragsstrafe in unbeschränkter Höhe zu unterlassen,

folgende Behauptungen und Äußerungen gegenüber Dritten aufzustellen und/oder zu verbreiten:

1. Der Betriebsrat der NSI lasse verantwortungslos die betroffenen Kollegen und die gesamte Belegschaft im Unklaren und setze sie der Angst vor der Kündigung aus.
2. Der Betriebsrat der NSI verrate in "vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung die Interessen der Kollegen und sabotiere den Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen.
3. Der Betriebsrat der NSI unterdrücke jede Kritik und konsequente Forderungen in Vertrauensleutekörper und Belegschaft und betreibe die Kündigungen fortschrittlicher Kollegen.
4. Die Kündigung von Frau Schacht sei am 29.3.1974 eine beschlossene Sache gewesen und die Zustimmung des Betriebsrates der NSI habe zu diesem Zeitpunkt vorgelegen.
5. Der Betriebsrat der NSI habe Frau Schacht auf ihre Fragen falsche und ausweichende Informationen gegeben.
6. Der Betriebsrat der NSI habe noch am 1.4.1974 die Behauptung verbreitet, von Kündigungen könne überhaupt keine Rede sein, obwohl 10 Kolleginnen der Bänderabteilung bereits entlassen, die Kündigungen 6 weiterer Arbeiterinnen beschlossen gewesen seien.
7. Der Betriebsrat der NSI habe gemeinsam mit der Geschäftsführung die Begründungen von Kündigungen formuliert.
8. Der Betriebsrat habe anläßlich einer Betriebsversammlung die Behandlung tarifpolitischer Fragen abgewürgt.
9. Die Kündigung von Frau Schacht sei aus politischen Gründen betrieben worden.
10. Der Betriebsrat habe eine treibende Rolle bei der Kündigung von Frau Schacht gehabt.
11. Der Betriebsrat versuche in demagogischer Weise alles, den entschlossenen Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen kapitalistischer Produktion zu verhindern, seine Rolle beim Pakt mit der Geschäftsleitung zu verschleiern und seine Position als "Arbeitervertreter" abzusichern.
12. Der Betriebsrat setze spalterische Prozentforderungen auf Anweisung der Gewerkschaftsführung gegen die Kollegen durch.
13. Der Betriebsrat sei arbeiterfeindlich.

Hamburg, den

....
(Unterschrift)

Mit gleicher Post ging an den Verantwortlichen der Gruppe Hamburger Kommunisten, der dieses und das letzte Flugblatt bei der NSI unterzeichnete, ein ähnliches Schreiben von Weiland ab. Die Gewerkschaftsbonzen verschärften ihre hilflose und lächerliche Drohung mit einem Beschluß des Landgerichts, der die Wahrheit unterdrücken soll mit der Androhung einer Geldstrafe in unbegrenzter Höhe und einer Haftstrafe von 6 Monaten. Nichts entlarvt sie deutlicher als Feinde der Arbeiterklasse als ihr Säbelgerassel, ihre Erpressungsversuche und Spaltungsmanöver. Sie werden getrieben von der Angst vor der erstarkenden Arbeiterklasse, weil sie wissen, daß sie als Feinde des arbeitenden Volkes hinweggefegt werden in der sozialistischen Revolution des Proletariats.

Dieser Angriff ist ein weiteres Paradebeispiel für den aussichtslosen Versuch des Kapitals, unsere Kämpfe zu zerschlagen und das Klassenbewußtsein des Proletariats zu brechen. Die faschistische Niederknüppelung unserer Streiks durch die Polizei, Bundeswehrmanöver, die den bewaffneten Überfall auf streikende Arbeiter proben, Abbau der Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit schärfen das Bewußtsein für den Entscheidungskampf der Klassen um die Herrschaft. Für den Kampf Klasse gegen Klasse, der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, der mit dem bewaffneten Sturz der Bourgeoisie endet und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Bis dahin werden die Herrschenden weitere Mittel ersinnen und eine Brutalität durch die andere überbieten, um unter allen Umständen die revolutionäre Propaganda in den Massen des arbeitenden Volkes, die klassenbewußten Kämpfe und die revolutionären Organisationen in der Arbeiterklasse zu unterdrücken und zu zerschlagen. Keinen anderen Weg geht der DGB, der 1949 gegründet wurde, um unsere Klasseninteressen dem Kapital zu unterwerfen. Der DGB mit seinem arbeiterfeindlichen Apparat unter der Herrschaft der Gewerkschaftsführung, dieser gekauften Erfüllungsgehilfen des Kapitals. Keinen anderen Weg geht die DKP, die als treuer Diener des westdeutschen Kapitals keine Gelegenheit ungenutzt läßt, unsere Kämpfe zu spalten. Mit ihrer Demagogie von der Zurückdrängung der Monopole, mit ihrer Demagogie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus propagieren sie die Versöhnung der Klassen und sichern die Herrschaft des Kapitals über Rohstoffe, Fabriken und unsere Arbeitskraft.

WENN DER FEIND UNS BEKÄMPFT, IST DAS GUT UND NICHT SCHLECHT!

Keine Lockungen, Erpressungen und Drohungen können uns hindern, die revolutionäre Propaganda in die Massen zu tragen und den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren. Die Fronten sind verschärft, und an diesen Fronten des Klassenkampfes entzündet und entwickelt sich das Bewußtsein des Proletariats die Formierung zur selbstbewußten Klasse. Das Kapital, seine Handlanger und die bürgerlichen Gerichte werden vergebens darauf warten, daß wir die Sache des unversöhnlichen Klassenkampfes verraten. Wir werden die Verräter in den Reihen der Arbeiterklasse nicht freisprechen von dem Vorwurf, daß sie ihr Gewissen bei der Geschäftsleitung abgegeben haben, daß sie Funktionäre der Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes sind.

Keine Hoffnung auf die bürgerlichen Gerichte, diese Herrschaftsinstrumente des Kapitals, ihre Aufgabe ist die Kriminalisierung der fortschrittlichsten Kräfte, die Ausschaltung der Kommunisten, die an der Spitze unseres Kampfes stehen. Wir werden vor Gericht treten, um den Marxismus hochzuhalten, die revolutionäre Propaganda zu verteidigen und zahlreiche Beweise zu bringen für den Verrat an den revolutionären Zielen der Arbeiterklasse. Wir werden die bürgerlichen Gerichte nutzen als Tribüne der öffentlichen Anklage. Nur der massenhafte Protest aus den Betrieben, die geschlossene Solidarität des Proletariats kann die Gerichte zwingen, gegen ihren kapitalistischen Auftrag die Wortführer unseres Kampfes freizusprechen.

Kollegen, Ende dieses Monats veröffentlichen wir gemeinsam mit der Roten Hilfe und der KPD/ML eine Broschüre über politische Entlassungen in Hamburg unter dem Titel: "Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht." Wir werden diese Broschüre vor den Betrieben verkaufen. Wir laden Euch zu einer Protestveranstaltung gegen politische Entlassungen und den Ausschlussterror der Gewerkschaftsführung am 2[illegible] Mai 1974 in der Gaststätte "Jarrestadt", Jarrestr. 2[illegible] Barmbek ein.

DIE GESCHLOSSENE SOLIDARITÄT GEGEN KRIMINALISIERUNG UND AUSSCHALTUNG DER STREIKFÜHRER UND WORTFÜHRER DER ARBEITERKLASSE

-- KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN UND DEM AUSSCHLUSSTERROR DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG

-- KAMPF DEM ARBEITERFEINDLICHEN DGB - ORGANISIEREN WIR UNSERE KRAFT IM AUFBAU DER RGO

-- VORAN MIT DER REVOLUTIONÄREN PROPAGANDA IN DER ARBEITERKLASSE UND ALLEN SCHICHTEN DES VOLKES

-- KAMPF DER KAPITALISTISCHEN HERRSCHAFT ÜBER FABRIKEN, ROHSTOFFE UND DIE ARBEITSKRAFT DES VOLKES - FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS

Gruppe Hamburger Kommunisten

Imp.: Burkhard Kehren, 2 Hmb. 20, Wendloher Weg 1[illegible]
Dat.: 13.5.74, Aufl.: 1500, Druck: Eigendruck



Hamburg, 7. Mai 1974
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude

74 O. 225/74

--

Landgericht Hamburg

Beschluß

In der Sache

der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik,

vertreten durch den Hauptvorstand,

dieser vertreten durch die Herren K. Hauenschildt

und W. Witt,

3 Hannover, Königsworther Platz 6,

- Antragstellerin -

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr.G.G. Weiland, A. Jahr,
Dr.E. Weiland, W. Amelang, H.-D. Klooß,
2 Hamburg 11, Katharinenstr. 3,

g e g e n

Herrn B. K e h r e n ,

2 Hamburg 20, Wendloher Weg 10,

- Antragsgegner -

beschließt das Landgericht Hamburg, Zivilkammer 24,

durch folgende Richter :

1. Vorsitzender Richter am Landgericht Engelschal

unter Mitwirkung von

2. Richter am Landgericht Krause,

3. Richter Asmus:

I. Im Wege einer einstweiligen Verfügung - der Dringlichkeit wegen ohne mündliche Verhandlung - wird dem Antragsgegner bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten

v e r b o t e n ,

folgende Behauptungen und Äußerungen gegenüber Dritten aufzustellen und/oder zu verbreiten:

1. Die Kündigung der Frau Schacht sei von Betriebsrat und Gewerkschaftsführung betrieben und in bewährter Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung beschlossen worden. Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung sei bewährte Praxis.

2. Jede Kritik werde als gewerkschaftsfeindlich diffamiert.

3. Die Gewerkschaftsführung habe sich mit dem "Radikalenbeschluß" das Mittel geschaffen, um die Wortführer der "Gruppe Hamburger Kommunisten" als "Feinde der Gewerkschaft" auszuschließen.

4. Es bestehe eine Kumpanei zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung, die immer krasser zutage trete, indem immer häufiger IG Chemie-Betriebsräte bei der Betriebsleitung die Kündigung der fortschrittlichen Kollegen, Streikführer und Wortführer der Arbeiterklasse wegen "Störung des Betriebsfriedens" beantragten.

5. Die Seminare der Gewerkschaftsführung, wie das Wochenendseminar in Lütjensee unter dem Thema: "Gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit und Arbeitskampf", sowie diese kämpferischen Phrasen seien der Deckmantel für Spaltung der Kampfkraft, aktive Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitshetze und die massive Unterdrückung aller fortschrittlichen Kollegen.

6. Bei den Gewerkschaftsführern handele es sich um Arbeiterverräter.

7. Die Arbeiterverräter Holst, Paulsen, Thießen und Koppelmann setzten alles daran, die Diskussion und den Kampf gegen die Rationalisierung bei der NSI zu verhindern.

8. Diese schwätzten auf Seminaren von Arbeitskampf und Solidarität und betrieben gleichzeitig den Rausschmiß der Kollegen im Betrieb. Das sei das verlogene Spiel der Spalter und Denunzianten in den eigenen Reihen. Die Gewerkschaftsführung und ihre Handlanger betrieben das Geschäft des Kapitals.

II. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Antragsgegner nach einem Streitwert von DM 20.000,-- zur Last.

Der Vorsitzende

Engelschall

Vorsitzender Richter am Landgericht.

Ausgefertigt:

(L.S.) Kettner, Justizhauptsekretär,

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME DER KOLLEGIN RENATE SCHACHT ZUM AUSSCHLUSSANTRAG DER VERWALTUNGSSTELLE HAMBURG BEIM HAUPTVORSTAND DER IG-CHEMIE-PAPIER-KERAMIK

Gewerkschaftsführung und Kapital arbeiten Hand in Hand

Am 8.4.1974 stellte ich bei Euch als ordentliches Mitglied und Vertrauensfrau der IG-Chemie den Antrag auf Rechtsschutz gegen die politische Kündigung der NSI-Kapitalisten. Eure Antwort war der Ausschlußantrag beim Hauptvorstand der IG-Chemie. Deutlicher konntet Ihr nicht klarmachen, auf welcher Seite Ihr steht. Ihr habt der ganzen Beweiskette für Euren Arbeiterverrat nur ein weiteres Indiz hinzugefügt. Ihr liefert die besten Beweise für Eure Komplicenschaft mit dem Kapital. Nach bewährter Manier schließt Ihr Euch mit dem Klassenfeind zusammen, um die mutigsten Kollegen auszuschalten. Die Kollegen, die Eure diktatorischen Spielregeln durchbrechen, [w]erft Ihr auf die Straße "wegen Störung des Betriebsfriedens" oder Ihr feuert [si]e aus der Gewerkschaft. Ihr müßt diese Kollegen ausschalten, weil Ihr wißt, daß sie Euch gefährlich werden. Weil Ihr wißt, daß das kämpfende Proletariat Euch als Handlanger des Kapitals hinwegfegt in seinen selbstbewußten Kämpfen. Denn die klassenbewußten Kollegen, an ihrer Spitze die Kommunisten, machen im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung nicht halt vor den gekauften Spaltern in den Reihen der Arbeiterklasse.

Die Feinde der Gewerkschaft seid Ihr, Ihr Denunzianten, Ihr seid Funktionäre der Ausbeutung und Unterdrückung. Als Bonzen des Imperialistischen DGB-Apparates, der selbst einer der größten Kapitalisten in der Bundesrepublik ist, beutet Ihr selbst das arbeitende Volk aus. Wie könnt Ihr unsere Interessen vertreten, die Ihr selbst zur herrschenden Klasse gehört? Ihr baut Euch auf als Ordnungshüter der Monopolherren. Und Ihr seid es auch! Denn der DGB wurde 1949 von den alliierten Militärmächten errichtet, um den Widerstand zu brechen gegen die Restauration kapitalistischer Herrschaft und zur Absicherung der Profitinteressen des Kapitals. Was für eine Ordnung hütet Ihr, wenn Ihr unseren Kampf gegen Notstandsgesetze und arbeiterfeindliches Betriebsverfassungsgesetz unterlauft? Wenn Ihr mit dem Kapital den Abbau unserer Löhne hinter verschlossenen Türen aushandelt? Was für eine Ordnung schützt Ihr, wenn Ihr aktiv unterstützt, daß unsere selbständigen Streiks von Knüppeln der Polizei zerschlagen werden, wenn Ihr wohlwollend billigt, daß Militär und Bundesgrenzschutz den bewaffneten Überfall auf bestreikte Fabriken proben? Wenn Ihr die Wortführer und Streikführer unserer Kämpfe ausschaltet?

[Ih]r seid die Verteidiger einer Ordnung, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht. Kapitalistische Herrschaft - das bedeutet politische Unterdrückung des arbeitenden Volkes mit Parlament, Polizei, Militär und den Gerichten der herrschenden Klasse. Kapitalistische Herrschaft - das heißt elende Lohnsklaverei, Arbeitshetze, Akkordschinderei, Mietwucher und abgepreßte Steuern, Zerstörung von Wohnraum, Verseuchung unserer Flüsse und Verschleuderung unserer Gelder in der Rüstung für neue Kriege. Kapitalistische Herrschaft der imperialistischen Monopole - das heißt Ausplünderung der unterentwickelten Völker, Errichtung faschistischer Diktaturen und der Hungertod für 100 000 Menschen jeden Tag. Kapitalistische Herrschaft bedeutet das Anzetteln neuer Kriege in Indochina, Palästina, Afrika und Lateinamerika, das bedeutet Völkermord für Riesenprofite. Diese Ordnung

hütet Ihr, nicht aus Unwissenheit, nein, man hat Euch das Maul gestopft mit ein paar fetten Brocken der Ausbeutung: mit Posten im Aufsichtsrat und steiler Karriere mit dem Parteibuch der Sozialdemokratie in der Tasche. Und heute haut Ihr selber kräftig dazwischen, wo sich Widerspruch an der Basis regt.

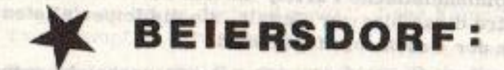
Unsere Antwort ist die revolutionäre Propaganda für den Sturz der bürgerlichen Herrschaft über Rohstoffe, Fabriken und die Arbeitskraft des Volkes. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Denn der Arbeiter schafft mit seinen Händen allen gesellschaftlichen Reichtum. Ihr Führer der Gewerkschaft sagt, wir Kommunisten sind die Feinde der Gewerkschaft. Ihr sagt, wir wollen die Gewerkschaften zerschlagen. Wer will die Gewerkschaften zerschlagen? Ihr habt unsere Gewerkschaften dem Kapital ausgeliefert: auf dem Programm steht die Unterdrückung des Klassenkampfes, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Militärbaronen und Monopolherren. Die Gewerkschaften wollen wir nicht zerschlagen, aber den arbeiterfeindlichen imperialistischen DGB-Apparat, den wollen wir zerschlagen. Die Gewerkschaften wollen wir aufbauen, ohne Euch, revolutionäre Gewerkschaften, die unseren Kampf nicht orientieren auf kleine Zugeständnisse, die wir dem Kapital abringen, sondern auf den unversöhnlichen Kampf Klasse gegen Klasse.

Euch feigen Knechten der Monopolherren fehlen die Argumente: antikommunistische Hetze, Rausschmiß "wegen Störung des Betriebsfriedens" und Ausschlußterror, Denunziantentum und Spalterei sind Eure ehrenwerten Mittel. Eure letzte Rettung: die Gerichte der Herrschenden, die uns verbieten, die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit, daß Ihr Arbeiterverräter seid und Funktionäre der Ausbeutung und Unterdrückung.

Ich werde weiterkämpfen, denn an Euren Machenschaften und Euren ohnmächtigen Schlägen gegen klassenbewußte und kommunistische Kollegen wird die Einheit der revolutionären Gewerkschafter nicht zerbrechen.









Sofortige Wiedereinstellung der kommunistischen Kollegin Inge Humburg!

Beiersdorf. Ein 4000-Mann Chemiebetrieb in Hamburg. Beiersdorf war bisher nicht einer der kampfstärksten Betriebe. Doch auch hier wächst deutlich der Widerstand der Kollegen gegen die zunehmende Arbeitshetze, gegen kapitalistische Rationalisierung und die zunehmende politische Unterdrückung. Auf Betriebs- und Jugendversammlungen, in der Gewerkschaft usw. stehen die Kollegen auf, verurteilen die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden, prangern die politische Unterdrückung klassenkämpferischer und vor allem kommunistischer Kollegen an und entlarven die Betrugsmanöver der reaktionären Betriebsräte und Gewerkschaftsbonzen und den Verrat der modernen Revisionisten von D"K"P/"S"DAJ.

Seit mehr als anderthalb Jahren erscheint die Betriebszeitung der KPD/ML, der Rote Beiersdorfer, prangert Ausbeutung und Unterdrückung an, ruft die Kollegen zum Kampf und zeigt ihnen den einzigen Ausweg aus Lohnraub, Teuerung, Krise und Krieg: die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Die Ideen des Kommunismus, die Politik der KPD/ML finden bei den Kollegen immer mehr Sympathie und Unterstützung.

Am Dienstag, 23.4.74, wurde unsere Genossin Inge Humburg, seit dem 1.2.74 Chemielaborantenlehrling bei Beiersdorf, zum Betriebsrat gerufen. Der hatte einen Antrag der Beiersdorf-Geschäftsleitung auf Inges fristlose Entlassung vorliegen. Begründung: offiziell keine. Die Geschäftsleitung berief sich auf ihr vom kapitalistischen Staat garantierte "Recht", Lehrlinge während der dreimonatigen Probezeit fristlos und ohne Angabe von Gründen zu entlassen (§ 15 BBiG).
Doch auch wenn die Beiersdorfkapitalisten sich weigerten, die Gründe für Inges Entlassung zu nennen, war es sonnenklar:
Inge sollte entlassen werden, weil sie Kommunistin ist, weil sie unter den Kollegen im Betrieb und in der Gewerkschaft den unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat, die sozialistische Revolution unter der Führung der KPD/ML propagierte.

Die Kapitalisten wissen sehr gut, wer ihre wahren Feinde sind: Während die modernen Revisionisten der D"K"P/"S"DAJ als "Hüter des Grundgesetzes", "zuverlässige Betriebsräte" und "gute Gewerkschafter" bei den Kapitalisten und ihrem Staat angesehen sind und ihre Rolle als "linker" Zutreiber für den imperialistischen Gewerkschaftsapparat spielen, ja, revisionistische Jugendvertreter vor dem Betrieb namentlich unterzeichnete Wahlaufrufe für die D"K"P verteilen, werden die Genossen der KPD/ML und ihrer Jugendorganisation, der Roten Garde, aus den Betrieben geworfen, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, von Justiz und Polizei verfolgt, sogar bereits für Jahre ins Gefängnis gesteckt. Die Imperialistischen wissen: Ergreift die

Idee des Sozialismus, der bewaffneten Revolution, die Massen, und gibt es eine Partei, die Kommunistische Partei, die den revolutionären Kampf organisiert und führt, dann wird diese Idee zur Gewalt, die die Imperialisten und ihre Handlanger von der Bühne der Geschichte fegen wird.

Deshalb richtet sich der besondere Haß der Bourgeoisie gegen die KPD/ML, die Partei der Arbeiterklasse in der DBR. Die Kapitalisten wissen: die KPD/ML, das ist der führende Kern, der den Massen den einzigen Weg zu ihrer Befreiung weist, den Weg der gewaltsamen Zerschlagung des Kapitalistenstaates und die Errichtung der proletarischen Diktatur über die Ausbeuter. Deshalb versuchen die Kapitalisten, außer ihrem Unterdrückungsapparat Polizei, Armee, bürgerliche Klassenjustiz usw., noch eine besondere Waffe einzusetzen, um die sozialistische Revolution zu verhindern: Die D"K"P - als Agentur in der Arbeiterklasse. Diese Verräter am Kommunismus haben die Aufgabe, unter dem Deckmantel des Kommunismus reformistische Ideologie zu verbreiten, die Arbeiterklasse dadurch vom revolutionären Kampf abzubringen und sie damit an den Kapitalismus zu ketten.

Die Schläge der Bourgeoisie richten sich besonders gegen die KPD/ML. Eben deshalb gibt es für die Kommunisten und ihre Partei, die KPD/ML keinerlei Zurückweichen vor den Anschlägen des Klassenfeindes. Die Aufgabe der kommunistischen Partei und an der Front des Kampfes gegen politische Unterdrückung auch der ROTEN HILFE ist es, dafür zu sorgen, daß der Stein, den die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse erhebt, auf ihre eigenen Füße zurückfällt. Das heißt: Entlarvung und Anprangerung jeder Form der politischen Unterdrückung, einen klaren Trennungsstrich ziehen zwischen Freund und Feind, die kämpferische Solidarität der Kollegen mobilisieren und organisieren. Vor allem aber ist es die Aufgabe der KPD/ML anhand jeder Frage des täglichen Kampfes, wie W. I. Lenin sagte, die Unvermeidlichkeit und den Nutzen der sozialistischen Revolution nachzuweisen.

So führten auch die KPD/ML und die ROTE GARDE den Kampf gegen die politische Entlassung unserer Genossin Inge Humburg.

Sofort, nachdem Inge von ihrer geplanten Entlassung informiert war, ging sie zurück in ihre Abteilung, rief die Kollegen zusammen und berichtete über die Gründe für ihre Entlassung. Die Empörung der Kollegen war groß. Einige wollten sofort Unterschriften sammeln. Sogar Inges Ausbilder, dem die Beiersdorf-Kapitalisten die geplante Entlassung verschwiegen hatten, protestierte bei der Geschäftsleitung gegen diese politische Entlassung: "Das sind ja Verhältnisse wie bei Hitler", erklärte er offen vor den anderen Lehrlingen.

Für die Betriebszellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE hieß es: Sofort den Kampf aufnehmen gegen die politische Entlassung der Genossin Inge. Am nächsten Morgen bereits standen die Verteiler mit einer Sonderausgabe des ROTEN BEIERSDORFER vor dem Tor. "Sofortige Wiedereinstellung der kommunistischen Kollegin Inge Humburg!" "Kampf der politischen Unterdrückung!" "Kämpft mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" - Das waren die Hauptparolen, die die Partei ausgab.

Weit über tausend Kollegen informiert, bei einem Großteil von ihnen Empörung geweckt: das war der erste Schritt und zugleich der erste Erfolg. Doch es blieb nicht dabei, die Kollegen nur zu informieren, sondern die Partei gab konkrete Losungen aus, wie der Kampf zu führen ist. Unterschriften unter eine Solidaritätsresolution, Anrufen beim Betriebsrat, Aufsuchen von Inge in ihrer Abteilung und Besuch einer Protestversammlung

der KPD/ML am folgenden Tag. Die Partei propagierte den Streik für die Wiedereinstellung Inges als wichtigstes Kampfmittel. Denn wenn auch die Kollegen noch zögerten, diesen Schritt zu tun, so ist es doch notwendig, diese Kampfform als ganz wichtige Waffe im Tageskampf zu propagieren.

Inge war weiterhin im Betrieb, denn der Betriebsrat hatte über die Kündigung noch nicht beschlossen. Sie und die anderen Genossen im Betrieb merkten, daß zwar manche rückständige Kollegen jetzt aus Furcht vor Repressalien vor offener Solidarität mit einer Kommunistin zurückschreckten. Die meisten aber waren beeindruckt von dem schnellen und entschiedenen Kampf der Partei. "Die tun wenigstens was gegen die Rausschmisse!" - "Gut, wenn man so eine Organisation im Rücken hat!" - "Schnell sind die ja!" Das sagten viele Kollegen und sie zeigten uns damit: Sympathie und Anerkennung für die KPD/ML sind wieder etwas tiefer geworden, hat wieder ein paar Kollegen mehr ergriffen. Und wieder haben ein paar mehr Kollegen erkannt: Dieser Staat, diese Gesellschaft, das ist Demokratie für die Kapitalisten, aber eine Diktatur über die Arbeiterklasse.

[illegible] Donnerstag, zwei Tage nachdem die Absicht der Geschäftsleitung bekannt geworden war, die Genossin Inge hinauszuwerfen, beriet der Betriebsrat über die Kündigung. Mit 13 : 8 lehnte er die Entlassung ab. Der Grund war nicht etwa der, daß der Betriebsrat politische Solidarität mit einer Kommunistin oder auch nur mit irgendeiner gefeuerten Kollegin geübt hätte. Nein, aber bei einer so offenen politischen Entlassung mochten wohl manche Betriebsräte nicht zustimmen, damit der Betriebsrat sein durch den Kampf der Kollegen und die Entlarvung durch die Partei ohnehin schon sehr angeschlagenes Ansehen nicht ganz verlor. Es war für diese Herren ja sowieso einerlei. Sie meinten, ihre Ablehnung spiele bei einer Kündigung während der Probezeit keine Rolle.

Für die Partei war es klar, daß es unmöglich war, sich in irgendeiner Weise im Kampf gegen die politische Entlassung auf den reaktionären Betriebsrat zu stützen. Die einzige Waffe, die die Arbeiterklasse in diesem Kampf hat, ist die bewußte, organisierte Solidarität.

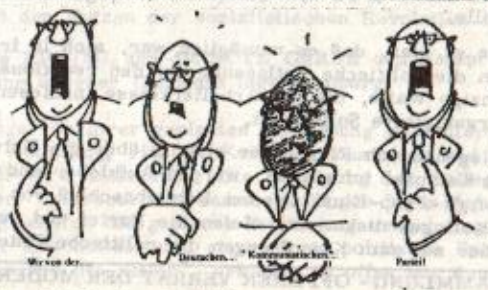
So wurden die Kollegen durch Flugblätter ständig über die Entwicklung und die Ergebnisse des Kampfes informiert, wurden Aufkleber und Plakate geklebt. In größeren Agit-Prop-Einsätzen bei Betriebsschluß vor den Toren wurde mit vielen Kollegen diskutiert, riefen die Partei und auch die entlassene Genossin selber auf zum Kampf gegen die politische Unterdrückung.

DIE JUGENDVERSAMMLUNG - OFFENER VERRAT DER MODERNEN REVISIONISTEN!

Ein wichtiger Punkt hierbei war die betriebliche Jugendversammlung, die am 2. Mai, eine Woche nach der Entlassung stattfand. Organisiert war die Jugendversammlung von der Jugendvertretung, die mehrheitlich aus Vertretern der Arbeiterverräterpartei D"K"P/"S"DAJ besteht. Diese Partei, die sich unverschämterweise "kommunistisch"nennt und mit ausdrücklicher Genehmigung des bürgerlichen Staates ihr Handwerk betreibt, diese Partei hat in allen Kämpfen der Kollegen die Aufgabe, die Kämpfe der Kollegen unter "kommunistischer" Maske vom Wege des unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampfes abzubringen und in die Bahnen des Pazifismus und des Legalismus (im Sinne der bürgerlichen Gesetze), des "Mitbestimmungs"schwindels und des "friedlichen Übergangs" zum Sozialismus zu lenken. Diese Partei hat eben die Aufgabe, die weder SPD noch DGB-Apparat erfüllen können, den Kapitalismus vor dem Ansturm der revolutionären Massen zu retten. Darum ist diese Partei des modernen Revisionismus der Hauptfeind der Arbeiterklasse in ihren eigenen Rei-

hen. Darum kann die Arbeiterklasse, ohne diese Verräter und ihren Einfluß aus ihren Reihen zu verjagen, weder im Kampf für ihre wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen noch im Kampf für den Sozialismus erfolgreich sein. Eben darum ist es die Aufgabe der KPD/ML und aller fortschrittlichen und revolutionären Kämpfer, gegen die politische Unterdrückung dieser Partei des Arbeiterverrats, diesen schlimmsten Feinden in der Arbeiterbewegung unversöhnlich und offensiv entgegenzutreten.

Auf der Jugendversammlung nun ließen diese Herren ihre Maske offen fallen. Hatten sie das Thema "Politische Entlassung von Inge Humburg" erst gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem sie die ganze Woche vorher natürlich auch keinen Finger gegen Inges Entlassung gerührt hatten, so wandten sie sich mit Händen und Füßen gegen den Antrag eines Kollegen, diesen Punkt an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen. Als der Punkt nach mehr als zwei Stunden unter "Verschiedenes" endlich auf den Tisch kam, mußten sie offen ihre kommunistische und fortschrittliche Maske ablegen, vor den Augen aller Kollegen ein offenes Zusammenspiel mit der Geschäftsleitung zeigen: Kaum, daß das Thema angesprochen war, sprang ein Vertreter der Geschäftsleitung auf und schrie: "Das Thema gehört nicht hier her. Inge Humburg ist über 18 Jahre. Das Betriebsverfassungsgesetz verbietet es, daß solche Angelegenheiten auf einer Jugendversammlung besprochen werden." Man sah den beiden revisionistischen Jugendvertretern ihre Erleichterung offen an, daß die Geschäftsleitung ihnen den Weg zeigte, wie die Besprechung dieses Themas, das zu ihrer völligen Entlarvung geführt hätte, verhindert werden konnte. So griff Revisionistenhäuptling Georg Brix (Mitglied des VLK-Vorstandes bei Beiersdorf, Mitglied des Orts-, Kreis- und Bezirksjugendausschusses und stellvertretendes Mitglied des Bundesjugendausschusses der IG Chemie) sofort nach diesem Strohhalm der Geschäfts-



leitung: "Ja, so ist es! Nach dem Betriebsverfassungsgesetz können wir das hier nicht besprechen. Über das BVG können wir uns doch nicht hinwegsetzen."

Sehr viele Kollegen waren empört über diesen offenen Verrat, dieses offene Zusammenspiel der revisionistischen Jugendvertreter mit der Geschäftsleitung. Manch einer erkannte besser, welche schändliche Rolle die modernen Revisionisten im Auftrag der Kapitalistenklasse spielen. Auch wenn es trotz weiterer Versuche nicht mehr gelang, dieses Thema auf der Jugendversammlung anzusprechen, war sie ein Erfolg für die Partei, ein Erfolg im Kampf um die Wiedereinstellung der Genossin Inge, ein Erfolg im Kampf um die Entlarvung und Isolierung der revisionistischen Verräter in der Jugendvertretung. Und noch etwas war den Kollegen deutlich vor Augen geführt worden, das Betriebsverfassungsgesetz, von der D"K"P immer als "Fortschritt" und "Erfolg für die Arbeiterklasse" hingestellt, ist nichts anderes als jedes andere Gesetz in diesem Staat auch - ein Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Sich

wie die modernen Revisionisten auf diese Gesetze berufen, heißt nichts anderes, als an der Seite der Kapitalisten und ihres Staates die Arbeiterklasse unterdrücken. Aber die Arbeiterklasse muß und wird den Weg des revolutionären Kampfes gehen, den Weg, alle Gesetze der Bourgeoisie, die sich ihrem gerechten Kampf entgegenstellen, rücksichtslos zu brechen, wie sie auch unter Führung ihrer Partei, der KPD/ML alle ihre Feinde entschlossen niederringen wird, um ihre Freiheit, ihre Herrschaft zu erkämpfen, die Diktatur des Proletariats.

Für Kommunisten gilt: alle Möglichkeiten im Kampf gegen den verhaßten Kapitalismus auszunutzen. In diesem Fall mußte der Kampf geführt werden um Rechtsschutz durch die IG Chemie, gleichzeitig aber auch gegen einen drohenden Gewerkschaftsausschluß der Genossin Inge. Zum andern galt es, den Kampf an der juristischen Front, vor dem Arbeitsgericht gegen diese politische Entlassung zu führen.

NIEDER MIT DEM ARBEITERFEINDLICHEN, IMPERIALISTISCHEN DGB - APPARAT!

Sofort nach ihrer Entlassung ging Inge, Mitglied der IG Chemie, ins Gewerkschaftshaus, um Rechtsschutz gegen die Entlassung zu beantragen. Auch hier war klar, daß darum der offensive Kampf geführt werden mußte. Denn auch die reaktionären, arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführer sehen ihren Hauptfeind in den Kommunisten, der KPD/ML und der ROTEN GARDE.

Warum? Der heutige DGB-Apparat ist nicht aus den Kämpfen der Arbeiterklasse gewachsen. Ganz im Gegenteil: Um die Herrschaft des deutschen Imperialismus gegen die nach dem II. imperialistischen Weltkrieg gegen den Faschismus anstürmenden Volksmassen zu retten, gründeten die Adenauer und Co. in Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten und mit aktiver Beteiligung des amerikanischen Geheimdienstes CIA den DGB, während gleichzeitig spontan entstandene revolutionäre und sozialistische Gewerkschaftsorganisationen wie die SFG in Hamburg, verboten und zerschlagen wurden. Der DGB-Apparat wurde gegründet als antikommunistischer Stoßtrupp und Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse. Diese Aufgabe erfüllt er heute durch seine Lohnabschlüsse, durch Sabotage und Verhinderung von Streiks, durch organisiertes Streikbrechertum, durch Ausschluß klassenkämpferischer und vor allem kommunistischer Kollegen. Denn die KPD/ML ist es, die den spontanen Unmut der Kollegen gegen den Gewerkschaftsapparat lenkt, das Wesen des DGB als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten entlarvt, den Widerstand organisiert, den Aufbau einer starken Revolutionären Gewerkschaftsopposition anpackt. Die arbeiterfeindliche Gewerkschaftsführung weiß, daß eben dieser Weg der KPD/ML der einzige Weg ist, die Arbeitermassen im revolutionären Kampf in der RGO gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat zusammenzuschließen. Daher stehen die Gewerkschaftsbonzen überall an vorderster Front im Kampf gegen die KPD/ML, versuchen sie alle Kommunisten und klassenkämpferischen Kollegen aus der Gewerkschaft herauszusäubern (Unvereinbarkeitsbeschlüsse).

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

So war es auch bei Beiersdorf der Partei von vornherein klar, daß die IG Chemie schnellstens versuchen würde, Inge aus der Gewerkschaft auszuschließen. Nur der offensive Kampf dagegen konnte dies verhindern. So wurde gleich im allerersten Flugblatt der Partei aufgedeckt, welche Pläne die reaktionären Gewerkschaftsführer gegen die Genossin Inge schmiedeten. "Verhindert den Gewerkschaftsausschluß!" - mit dieser Parole wurde klar Front gemacht gegen die Gewerkschaftsführer. Gleichzeitig wurde der

Kampf aufgenommen gegen den Gewerkschaftsausschluß einer anderen Kollegin (s. Dokumentation), die auf der letzten Betriebsversammlung mutig den imperialistischen Charakter des Gewerkschaftsapparates angeprangert hatte.

Durch diesen offensiven Kampf wurde erreicht, daß die IG Chemie, vertreten durch den Vositzenden der Verwaltungsstelle Walter Holst, "vorläufig" Inges Antrag auf Rechtsschutz zustimmen mußte. "Vorläufig" hieß es ausdrücklich, nachdem Holst vergeblich versucht hatte, Inge dazu zu bringen, sich vom ROTEN BEIERSDORFER und der KPD/ML zu distanzieren. Es ist klar - mit dieser "vorläufigen" Zustimmung zum Rechtsschutzantrag ist nichts gesichert. Der Kampf gegen die Gewerkschaftsbonzen, ihre Entlarvung als Vertreter eines kapitalistischen Unterdrückungsapparats und der Kampf gegen den drohenden Gewerkschaftsausschluß müssen weiter vorangetrieben werden.



KAMPF DER KLASSENJUSTIZ!

Auch an der juristischen Front wurde der Kampf aufgenommen. Bürgerliche Gesetze und Gerichte sind Teil des staatlichen Unterdrückungsapparats. Deswegen muß die Arbeiterklasse gegen die Klassenjustiz angehen, die Möglichkeiten und wenigen erkämpften Rechte, die noch nicht vollständig abgebaut sind, ausnutzen, ohne aber in einer Minute des Kampfes in irgendeiner Weise der bürgerlichen Klassenjustiz zu trauen oder diese Kampffront für die entscheidende zu halten.



Mithilfe eines Rechtsanwalts der ROTEN HILFE beantragte die Genossin Inge beim Arbeitsgericht eine Einstweilige Verfügung gegen ihre Entlassung. Das Klassengericht entschied binnen weniger Stunden. Dabei zeigte es offen, in wessen Auftrag es seine Entscheidungen trifft. Es begründete seine Ablehnung damit, wenn Inge in den Betrieb zurückkäme, dann würde die "Rechtsstellung" der "Arbeitnehmer " in der Probezeit verbessert werden. Und das will das Gericht natürlich nicht. Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde eingelegt.

VEREINIGEN WIR UNS IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

Von Anfang an wurde der Kampf der Partei gegen die politische Entlassung der Genossin Inge Humburg von der ROTEN HILFE entschieden durch Geldsammlungen, juristische Hilfe usw. unterstützt. Diesen Weg des engsten Zusammenschlußes der Revolutionäre um die KPD/ML im Kampf gegen die politische Unterdrückung, für die sozialistische Revolution müssen wir fortsetzen, diese Einheit muß im gemeinsamen Klassenkampf weiter ausgebaut und noch enger geschmiedet werden. Der Platz der ROTEN HILFE als revolutionärer proletarischer Kampforganisation gegen politische Unterdrückung ist fest an der Seite der Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML. Dann sind wir unbesiegbar.

In der Zeit, wo dieser Bericht geschrieben wird, ist der Kampf um die Wiedereinstellung der Genossin Inge Humburg noch in vollem Gange. Über die eingereichte Beschwerde ist noch nicht entschieden.

Eines jedoch ist heute schon sicher: Egal, wie der Kampf um die Wiedereinstellung Inges ausgeht, ob es der Partei gelingt, ihre Wiedereinstellung zu erkämpfen - der Stein, den die Beiersdorf-Kapitalisten erhoben haben, ist bereits auf ihre eigenen Füße gefallen. Tausende Beiersdorf-Kollegen haben die Fratze kapitalistischer Unterdrückung gesehen. Sie haben erkannt, wie Gewerkschaftsapparat und Klassenjustiz in einer Front stehen mit den Kapitalisten. Sie haben erlebt, wie die modernen Revisionisten der D"K"P/"S"DAJ unter der Maske des Kommunismus den Kampf hemmungslos und entschieden verraten, wie sie sich offen auf die Seite unserer Unterdrücker stellen. Und sie haben auch gesehen, mit welcher Angst und Schwäche die Kapitalisten, alle Reaktionäre den Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Vorhut führen.

Vor allem aber haben sie gesehen: Die KPD/ML ist die revolutionäre Kraft ihrer Klasse, die frei von Zurückweichen und Schwankungen, im alleinigen Vertrauen auf die Kraft ihrer Klasse, entschieden und kompromißlos gegen jegliche Art kapitalistischer Unterdrückung, gegen jeden Angriff auf ihre Rechte und Interessen aufsteht. Eine Partei der besten und entschlossensten Kämpfer der Arbeiterklasse.

Und die Kollegen werden beim Lesen unserer Zeitung oder wenn unsere Genossen im Betrieb auftreten, aufmerksamer sein. Sie werden aufhorchen und mehr und mehr die Wahrheit spüren, wenn die Partei sagt: Endgültig und für immer Schluß zu machen mit Ausbeutung und Unterdrückung, mit Erniedrigung und imperialistischem Krieg - für immer mit diesen Geißeln der Menschheit Schluß zu machen, heißt in der sozialistischen Revolution mit dem Gewehr in der Hand das Kapital und seinen Staatsapparat zu zerschlagen, die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Die Kampfbrüderschaft zwischen der KPD/ML und der ROTEN HILFE hat sich in diesem Kampf bewährt und gefestigt. Es ist genau so, wie es der Vertreter der ROTEN HILFE auf der Parteiveranstaltung gegen Inges Entlassung sagte:

Im Kampf gegen die politische Unterdrückung ist "der Weg zum Erfolg ... der Weg des revolutionären Zusammenschlußes der Kollegen, der Schmiedung einer einigen Front der Solidarität. Aber dadurch können wir nur Teilerfolge gegen die politische Unterdrückung erzielen; denn unsere Feinde, die Kapitalisten, verfügen über einen organisierten Gewaltapparat, Polizei, Justiz, Werkschutz, Spitzeldienste und das Militär, den sie sich nicht zum Vergnügen angeschafft haben und zu dessen Finanzierung sie aus uns jährlich mehr Steuergelder herauspressen. Sie haben diesen Apparat, um uns zu unterdrücken. Je wackliger ihre Herrschaft wird, um so brutaler schlagen sie um sich. Deshalb müssen wir ihren Gewaltapparat in der sozialistischen Revolution zerschlagen!"

Dieses gemeinsame große Ziel, Ausbeutung und Unterdrückung ein für allemal abzuschaffen in der sozialistischen Revolution, unser gemeinsamer Kampf für eine lichte und freie Zukunft ist es, das unsere Reihen im Kampf immer enger zusammenschmiedet. Und diese Kraft - die vereinte Kraft der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter der Führung ihrer Partei, der KPD/ML, ist unbesiegbar!

KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!
SCHAFFT ROTE HILFE!
KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Betriebszelle Beiersdorf der KPD/ML



ROTER MORGEN
Nr. 19 vom 11. Mai 1974

politische Entlassung bei Beiersdorf:

Sofortige Wiedereinstellung von Inge Humburg!

Am 26. April erhielt die Kollegin Inge Humburg, Chemielaborantin im 1. Lehrjahr bei Beiersdorf Hamburg, ihre fristlose Entlassung. Der Grund: die Kollegin ist Sympathisantin der KPD/ML und aktives Mitglied der ROTEN HILFE. Natürlich wagten es die Beiersdorf-Kapitalisten nicht, den wahren Grund für die Entlassung offen zuzugeben. Unter Berufung auf die "Probezeit" weigerten sie sich überhaupt, einen Grund zu nennen. Die Empörung der Kollegen über diese politische Entlassung war so groß, daß sich ihr Ausbilder bei der Geschäftsleitung beschwerte und ein Kollege erklärte: "Das ist ja wie bei Hitler!"

Noch einen Tag bevor der Betriebsrat über die Kündigung endgültig beschließen sollte, nahmen Partei und ROTE GARDE den Kampf gegen die politische Entlassung auf.

ERSTE ERFOLGE

Wir riefen die Kollegen dazu auf, Inge durch Unterschriftensammlungen, Proteste beim Betriebsrat und Teilnahme an einer Protestveranstaltung kämpferisch zu unterstützen. Der offensive Kampf von Partei und ROTER GARDE zeigte einen ersten Erfolg: der Betriebsrat lehnte unter dem Druck der Solidarität Inges Entlassung mit 8:11 Stimmen ab. Trotzdem war Inge entlassen: denn die "Probezeit" in der kapitalistischen Ausbildung ist nur ein besseres Wort für völlige Rechtlosigkeit der Lehrlinge.

Obwohl reaktionäre Gewerkschaftsbonzen aus dem Vertrauensleutekörper-Vorstand Inge ins Gesicht gesagt hatten, sie würden keinen Finger rühren gegen ihre Entlassung, kämpften Inge und die Partei für Rechtsschutz durch die Gewerkschaft. "Vorläufig" mußte IG-Chemie-Bonze Walter Holst Inges Antrag auf Rechtsschutz zustimmen, weil seine eigenen Juristen erklärt hatten, eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. "Vorläufig", denn sie werden versuchen, Inge aus der IG-Chemie auszuschließen: Bonze Holst forderte Inge auf, sich von dem ROTEN BEIERSDORFER, der Betriebszeitung der Beiersdorf-Zelle der KPD/ML zu distanzieren, da sonst das "Vertrauensverhältnis" gestört sei.

D"K"P UND "K"B – BRÜDER IM VERRAT

Volle Unterstützung findet die konterrevolutionäre Revers-Politik bei den Revisionisten: D"K"P-Jugendvertreter Brix forderte den Ausschluß der "gewerkschaftsfeindlichen, antidemokratischen Kräfte", die im ROTEN BEIERSDORFER die Geschäftsleitung und die Gewerkschaft ständig provozieren würden. Ins selbe Horn bläst der "K"B, ein revisionistischer Zirkel. Er rührt keinen Finger zum Kampf gegen die politische Entlassung. Persönlich von Inge zur Solidarität aufgerufen, verstieg sich einer ihrer Vertreter sogar zu der unverschämten Behauptung, die Entlassung Inges sei keine Provokation der Beiersdorf-Bosse, sondern eine Provokation von Inge und der KPD/ML. Diese Leute sind dieselben "Kommunisten", die als gewerkschaftliche Vertrauensleute getarnt gemeinsam mit der D"K"P und reaktionären Betriebsratsfürsten von Beiersdorf den reaktionären Maiaufruf des DGB verteilen und für die gewerkschaftliche Mitbestimmung die Trommel rühren.

DER KAMPF GEHT WEITER!

Kleber im Betrieb, Parolen an den Wänden, Protestveranstaltungen – die Partei kämpft. Inge hat mit Unterstützung eines Anwalts der ROTEN HILFE eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht beantragt. Der Prozeß wird keine Sache für juristische Spitzfindigkeiten sein, zu dem ihn die DGB-Anwälte machen wollen, sondern er wird ein Forum des Kampfes gegen politische Unterdrückung sein. Um und vor dem Betrieb werden Partei, ROTE GARDE und ROTE HILFE Anklage gegen unsere Unterdrücker führen und die kämpferische Solidarität weiter festigen.

„K"B Wasserträger des modernen Revisionismus

Das spalterische Vorgehen des opportunistischen Zirkels "Kommunistischer" Bund (KB) im Kampf gegen politische Entlassungen und Ausschlussterror der Gewerkschaftsführung liefert einen weiteren Beweis, wie tief diese Gruppe im Sumpf des Klassenverrats versunken ist. Die verlogene Tarnung als "aktive Gewerkschafter", der hinterhältige Angriff auf die revolutionäre Linie des Klassenkampfs und die systematische Hetze gegen die Marxisten-Leninisten, besonders gegen die KPD/ML, ist die Linie ihrer revisionistischen Politik. Durch elende demagogische Manöver versuchen sie ihren Verrat am revolutionären Kampf gegen politische Entlassungen und Ausschlussterror zu begründen: "die erdrückende Macht des Kapitals, die geringe Entfaltung der Kämpfe zwingen uns, in der Masse unerkannt unterzutauchen." Wer den konsequenten revolutionären politischen und ökonomischen Kampf gegen die Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals und seiner Handlanger führt, wird von diesen Denunzianten als Provokateur und Feind der Arbeiterklasse diffamiert.

Die konkrete Solidarität mit den revolutionären Kämpfern verweigern sie mit ihren verlogenen Behauptungen, dass die Politik der Marxisten-Leninisten, insbe-

sondere der KPD/ML, darauf abzielt, "Kollegen zu verheizen und die Arbeiterklasse für ihre revolutionsromantischen Abenteuer zu benutzen." Als Beleg verbreiten diese feigen Opportunisten nachfolgendes Hetzblatt, das von den Funktionären des arbeiterfeindlichen imperialistischen DGB-Apparats begrüsst wurde mit freundschaftlichem Schulterklopfen und öffentlicher Belobigung für ihren Klassenverrat: "Dieses Blatt müsste jeder Kollege in die Hand bekommen!" Der KB hat sich erneut entlarvt als kriecherischer Spalter, der sein Heil in Stillhalteabkommen mit dem Klassenfeind sucht. Der KB ist der Wasserträger des modernen Revisionismus. Die unter revolutionären Parolen kämpfende Arbeiterklasse wird diese aktiven Spalter beiseiteschieben. Die Hauptgefahr des revolutionären Klassenkampfes ist die DKP.

Diese Stellungnahme wurde vom "K"B auf der Vertrauensleutesitzung am 14. 5. 1974 verteilt:

ZUR POLITIK DER KPD/ML

Seit Jahren bemühen sich fortschrittliche und kommunistische Arbeiter und Angestellte bei Beiersdorf um eine aktive Interessenvertretung ihrer Kollegen. Dabei kam es z.B. in Fragen der Leistungsbewertung, der Stellenbeschreibung oder auch der Jugendarbeit immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Gegenseite, zu der leider auch eine Reihe von Mitgliedern der SPD-Betriebsgruppe, häufig (in der Jugendpolitik) auch der DKP-Betriebsgruppe gehören....

Die KPD/ML pöbelt in unglaublicher Weise alle diejenigen Kollegen an, die innerhalb der Gewerkschaften für mehr Demokratie kämpfen und preist stattdessen ihre "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" an, die allerdings nur in den Köpfen dieser Leute existiert. .

Sehr bezeichnend für die großkotzige und wirklichkeitsfremde Politik der "KPD/ML" ist z.B. auch eine "Karikatur" auf einem ihrer Flugblätter, wo ein riesiger Arbeiter eine große Keule schwingend vorwärtsstürmt und ein paar kleine Kapitalisten an seinem Rockschoß hängen und vergeblich versuchen, ihn festzuhalten. Wenn wir die Situation bei Beiersdorf sehen, wo ein großer Teil der Kollegen noch nicht einmal gewerkschaftlich organisiert ist und auch sonst relativ passiv ist (wegen starker Disziplinierung, Arbeitshetze usw.), und wenn wir weiter sehen, wie schwer es oft ist, den Kollegen Mut zu machen, sich gegen Maßnahmen der Geschäftsleitung zu wehren, dann wird diese Hurrapolitik der "KPD/ML" lächerlich und abstoßend....

Vor kurzem wurde bei Beiersdorf der Lehrling Inge Humburg während der Probezeit gekündigt. Inge Humburg machte von Anfang an in ihrem Umkreis deutlich, daß sie zur "KPD/ML" gehört. Ihr Verhalten läßt eigentlich nur zwei Schlußfolgerungen zu: entweder weiß sie nicht, in welchem Gesellschaftssystem wir leben und daß Kommunisten und andere Linke nicht gerade Lieblinge der Geschäftsleitung sind. Oder - und das scheint uns wahrscheinlicher - sie und ihre "Partei" haben es auf eine Kündigung geradezu angelegt. Für die "KPD/ML" ist das eine billige Art, neues "Material" für ihre ruhmsüchtig betriebene Parteipropaganda vor dem Tor zu erhalten und zudem linke und fortschrittliche Kollegen in eine Solidarität mit dieser "KPD/ML" hineinzuzwingen, um sie später nach dem Modell Inge Humburg ebenfalls zu verheizen. Märtyrer nutzen der Arbeiterschaft jedoch nichts.

Wir verurteilen:
- Das Verhalten der Geschäftsleitung, die ohne Angabe von Gründen ihr unangenehme Leute kündigt. Wir verurteilen diese politische Kündigung, ohne uns allerdings vor den Karren der "KPD/ML" spannen zu lassen. ...

GEMEINSAMER KAMPF
DER CHEMIEARBEITER

KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN BEI BEIERSDORF!

Die Kapitalisten und ihre Handlanger im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper holen erneut zum Schlag gegen klassenbewußte Kollegen bei BEIERSDORF aus. Zuerst Klaus Hirsch, dann Inge Humburg und jetzt Renate Bäthies. Der Schlag gegen die Wortführer unseres Kampfes richtet sich tatsächlich gegen die Kommunisten, die die revolutionäre Agitation und Propaganda in die Betriebe tragen. Denn die Kommunisten, die Marxisten-Leninisten, stärken das Selbstbewußtsein des Proletariats, das Vertrauen in die eigene Kraft und die Solidarität seiner Klasse, weil sie den Ausweg zeigen aus der elenden Lohnsklaverei der kapitalistischen Produktion.

Die Kommunisten verstecken sich nicht in der Masse, sie laufen nicht mit ängstlichen Blicken durchs Werk und kriechen nicht zu Kreuze, wenn sie mit politischer Kündigung, Gewerkschaftsausschluß und antikommunistischer Hetze fertiggemacht werden sollen. Der Kommunist steht offen zu seiner Sache, er sucht die offene Konfrontation mit den Verrätern in den Reihen der Arbeiterklasse. Denn wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht, weil wir einen klaren Trennungsstrich gezogen haben zwischen ihm und uns. Denn die Kollegen wissen, wer auf der einen Seite ihre Sache vertritt, und wer auf der anderen Seite tagtäglich ihren Kampf den Interessen des Kapitals unterwirft - wie die revisionistische DKP und ihr verlängerter Arm: der "Kommunistische" Bund (KB) mit seinem "Chemiearbeiter" und "Arbeiterkampf".

Am 8. Mai 1974 erhielt die Kommunistin Renate Bäthies (Arbeiterin in der Arzneimittelabteilung) vom Vorstand der IG-Chemie Hamburg die Nachricht, daß sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird. Der Grund: "Wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens" auf der Betriebsversammlung, wegen ihrer mutigen Entlarvung der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsführung und ihrer vermuteten Mitgliedschaft in der KPD/ML. Der Antrag auf Gewerkschaftsausschluß wurde von Arbeiterverrätern wie Max Ganschow, Herbert Sinnen und Manfred Klausch gestellt. DKP-Christens weigerte sich, von der Kollegin den Gewerkschaftsbeitrag zu kassieren. Die Spalter vom "Kommunistischen" Bund widersprachen im Vertrauensleutekörper nicht. Sie begründeten ihren Verrat mit der demagogischen Behauptung, die Genossin Renate Bäthies sei total isoliert.

Gleichzeitig führen sie eine breite Hetzkampagne gegen die KPD/ML, mit begeisterter Unterstützung der Gewerkschaftsbonzen. Gerade diese feigen Opportunisten sind es, die die Kollegin isolieren wollen. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Sie mußten feststellen, daß sich die Kollegen am Arbeitsplatz solidarisch hinter Renate Bäthies stellten. Dieses spalterische Vorgehen entlarvt ihren wahren Charakter. Diese feigen Opportunisten brechen den Kampf, ihr Haß gilt den Marxisten - Leninisten, die die revolutionäre Propaganda in die Betriebe tragen.
"Das Gerede über die Revolution verwirrt die Kollegen. Die Propaganda vom bewaffneten Sturz der Bourgeoisie verängstigt die Kollegen. Der unversöhnliche Angriff auf die Funktionäre der Gewerkschaft spaltet unseren Kampf."
Das sind ihre kleinbürgerlichen Argumente, die nur die eigene Schwäche und ihre Angst darstellen, in der Hoffnung, ein Stillhalteabkommen mit dem Klassenfeind zu schliessen.

DER AUSWEG IST DER GEWALTSAME STURZ DER HERRSCHENDEN KLASSE

Gerade die modernen Revisionisten von der DKP, die demagogisch die rote Fahne des Kommunismus schwingen, sind die gefährlichsten Feinde der revolutionären Propaganda und des revolutionären Kampfes. Der "Kommunistische" Bund ist ihre rechte Hand. Diese Arbeiterverräter der DKP sind auf die bewußtesten Kräfte des arbeitenden Volkes angesetzt. Sie sollen als Funktionäre der Ausbeutung dem Proletariat die revolutionäre Spitze brechen und das arbeitende Volk nur fester dem Kapital unterwerfen. Mit ihrer Demagogie von der Zurückdrängung der Monopole, mit ihrer Demagogie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus propagieten diese Verräter von der DKP die Versöhnung der Klassen.

Nein, Kollegen, Arbeit und Kapital haben keine gemeinsamen Interessen. Renate Bäthies hat den unversöhnlichen Kampf aufgenommen gegen die Herrschaft und Unterdrückung des Kapitals. Sie hat die Agitation aufgenommen auf der Grundlage des unversöhnlichen Klassenkampfes, auf der Grundlage der revolutionären Propaganda, die den Kollegen offen und ehrlich den einzigen Ausweg zeigt: das ist der bewaffnete Sturz der bürgerlichen Herrschaft. Die Kapitalisten werden nicht freiwillig ihre Macht abtreten. Sie haben schon einmal eine faschistische Diktatur in Deutschland errichtet. Sie werden es wieder tun und neue Kriege

anzetteln, wenn der Arbeiter ihnen nicht mit dem Gewehr in der Hand zuvorkommt. Diese Wahrheit den Kollegen nicht sagen, ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, denn das heißt reformistische Illusionen und Hoffnungen wecken und das Proletariat ins offene Messer laufen lassen.

Renate Bäthies hat an den ökonomischen Tagesfragen den konsequenten, unversöhnlichen Kampf geführt gegen Arbeitshetze, Akkordschinderei, Rationalisierungen am Arbeitsplatz, Lohnraub und Preistreiberei der Kapitalisten. Für bezahlte Verteilerzeiten, Springer, verbesserten Arbeitsschutz und die lineare Forderung von 230 Mark für alle. Sie hat den Verrätern in den Reihen der Arbeiterklasse die Maske vom Gesicht gerissen und die Führer der Gewerkschaft entlarvt als Handlanger und Büttel des Kapitals. Sie hat sie entlarvt als Feinde der Arbeiterklasse, die unseren Kampf unterlaufen seit Bestehen des DGB, der nach Zerschlagung revolutionärer Gewerkschaftsansätze 1949 gegründet wurde zur Absicherung und Festigung der kapitalistischen Herrschaft.

Für diesen Kampf, den sie öffentlich auf der Betriebsversammlung fortsetzte, wird sie aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Was hat sie gesagt?

"Kollegen, wir müssen gegen den Abbau unserer Reallöhne einen geschlossenen und konsequenten Kampf führen. Wir brauchen im Lohnkampf eine Forderung, die die Lohnschere zwischen den einzelnen Lohngruppen nicht weiter auseinandertreibt, wir brauchen eine einheitliche Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich. Um den weiteren Lohnabbau zu verhindern, brauchen wir mindestens 230 Mark. Wir wissen, wie die Preise gestiegen sind: 10% Steigerung der Lebenshaltungskosten im vergangenen Jahr, dazu kommen 3% Lohnabbau vom letzten Tarifabschluß und 3% Steuerprogression. Diese Verluste, berechnet auf den durchschnittlichen Effektivlohn in der Chemie von 8 Mark bedeuten, daß wir einen Ausgleich von 1,30 Mark mehr pro Stunde brauchen, auf den Monat umgerechnet bedeutet das 230 Mark für alle.
Das Täuschungsmanöver der Gewerkschaftsführung ist in vollem Gange. Die Tarifkommission hat ihre Forderung aufgestellt. Mit den 16% oder 190 Mark mindestens will man uns einreden, es ginge um eine lineare Forderung von 190 Mark. Man will uns einreden, daß dieses Mal der Kuhhandel hinter verschlossenen Türen zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmern nicht stattfindet. Große Worte wie:"Ein grosser Schluck aus der Buddel" - dabei geht es nur darum, die in den Lohnleitlinien festgelegten Abschlüsse durchzusetzen. Die Erfahrungen in Metall und ÖTV zeigen, wie durch Zersplitterung der Kämpfe durch Schlichtungsmanöver die geplanten 11-12% durchgesetzt und als "Erfolg gegen die Unternehmer" verkauft werden. Die Abschlüsse in Metall und ÖTV sollen die Orientierung für die Chemie sein. Kollegen, Kapitalisten und Regierung sprechen von Gefährdung der Wirtschaft und von gemeinsamen Interessen von "Unternehmern und Arbeitern". Lassen wir uns nicht verwirren! Die Stabilitätspolitik bedeutet: Profite dem Kapital, Lohnabbau dem Arbeiter.

Lernen wir aus den Erfahrungen im letzten Sommer! In vielen Betrieben in Chemie und Metall haben die Kollegen gegen die Kapitalisten den geschlossenen Kampf gegen Teuerung und Arbeitshetze geführt. Die Gewerkschaftsführung hat diese Kämpfe als Abenteurertum und illegale Machenschaften beschimpft. Doch die Kollegen haben erkannt: in der Einheit liegt unsere Stärke. Führen wir den Lohnkampf heute gegen den Reallohnabbau. Organisieren wir den selbständigen Kampf für 230 Mark für alle."

Das vertrauensvolle Zusammenspiel zwischen Gewerkschaftsführung und Kapital tritt immer offener zutage. We[illegible]rt zuerst: Gewerkschaftsführung oder Geschäftsleitung? [illegible]nate Bäthies ist die nächste, weil sie die Feinde in den Reihen der Arbeiterklasse kompromißlos entlarvt und sich nicht gegen die Marxisten-Leninisten von der KPD/ML ausspielen läßt. Das Kesseltreiben gegen Kommunisten läuft auf vollen Touren. Schwarze Listen kursieren. Jede Woche hat der Personalchef ein persönliches Gespräch mit der Kripo. Der 70 Mann starke Werkschutz bei BEIERSDORF ist schwer bewaffnet. Polizei zerschlägt unsere selbständigen Streiks. Militär probt den bewaffneten Überfall auf bestreikte Fabriken.

DAS KAPITAL WILL UNSEREM KAMPF DIE SPITZE BRECHEN

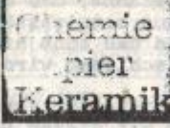
Wir wissen, daß wir diesen verschärften Angriffen des Kapitals nur die geschlossene Solidarität unserer Klasse entgegenstellen können. Der beschlossene Rausschmiß aus der Gewerkschaft ist nur der Anfang. Seid wachsam! Die Kapitalisten und ihre Handlanger werden Schliche, Verleumdungen und Unterstellungen anwenden, um einen "unpolitischen" Grund für den Rausschmiß zu finden. Lassen wir uns nicht täuschen! Renate Bäthies droht, wie ihre Kolleginnen wissen, die politische Entlassung. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern. Am 28. Mai 1974 veranstaltet die GRUPPE HAMBURGER KOMMUNISTEN zusammen mit der ROTEN HILFE Hamburg und der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLA[illegible] MARXISTEN-LENINISTEN eine Protestveranstaltung [illegible]gen politische Entlassungen und den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung in der Gaststätte Jarrestadt in Barmbek, Jarrestraße 27, abends um 18.30 Uhr. Nur die geschlossene Solidarität kann Renate Bäthies vor den Angriffen des Kapitals schützen. Das beste Mittel ist der Streik.

- VERHINDERT DIE POLITISCHE ENTLASSUNG VON RENATE BÄTHIES
- FÜR DIE SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG DER KOMMUNISTIN INGE HUMBURG
- KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN BEI BEIERSDORF, HDW, NSL, HSW

Gruppe Hamburger Kommunisten

Verantw.: Burkhard Kehren, 2 Hmb. 20, Wendloher Weg 10.
Druck: Eigendruck, Auflage: 2500, Datum: 21.5.1974

Industriegewerkschaft





IG Chemie-Papier-Keramik, 2 Hamburg 1, Besenbinderhof 57

PER EINSCHREIBEN

Frau
Renate Bäthies
2000 Hamburg 50
Allee 258

Verwaltungsstelle Hamburg

2 Hamburg 1
Besenbinderhof 57
Fernruf 24 49 03/04

Postscheckkonto:
Hamburg 1285 06-207
Bankkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Konto-Nr. 1290022 3

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unsere Zeichen Ho/A | Tag 8. Mai 1974

Betrifft: **Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen Sie**

Sehr geehrte Frau Bäthies!

Der Vorstand der IG. Chemie, Verwaltungsstelle Hamburg, hat aufgrund eines Antrages des Vertrauensleutevorstandes der IG. Chemie bei Beiersdorf beschlossen, gegen Sie gemäß § 7, Ziffer 1 a) ein Ausschlußverfahren einzuleiten.

Gemäß § 7, Ziffer 2 der Satzung unterrichten wir Sie hiermit pflichtgemäß über die Antragstellung beim Hauptvorstand und teilen Ihnen die Begründung mit.

Während des Ausschlußverfahrens, d. h. vom Zeitpunkt des Einganges unseres Briefes bei Ihnen bis zum Abschluß des Verfahrens, ruhen Ihre Rechte und Pflichten als Mitglied.

Begründung:

Sie haben auf der Betriebsversammlung der Firma Beiersdorf AG am 9. April 1974 durch einen Diskussionsbeitrag im Beisein der Firmenvertreter und vieler Unorganisierter die Gewerkschaft und die Interessen der Mitglieder gröblich geschädigt, in dem Sie erklärten:

" Das Täuschungsmanöver der Gewerkschaftsführung zur Tarifrunde hat begonnen. Mit den 16 % - DM 190,-- mindestens, will man uns einreden, es ginge um eine lineare Forderung von DM 190,--. Man will uns einreden, daß dieses Mal der Handel hinter verschlossenen Türen zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmer nicht stattfindet."

Diese gewerkschaftsschädigenden Ausführungen machten Sie obwohl Sie wußten, daß in einem demokratischen Meinungsbildungsprozeß die Vertrauensleute Ihres Betriebes mit großer Mehrheit eine Forderung in Höhe von 16 % mindestens jedoch 190,-- DM beschlossen hatten.

Ihnen war auch bekannt, daß die Tarifkommission sich fast ausschließlich aus betriebstätigen Gewerkschaftsfunktionären zusammensetzt und daß auch hier über einen Tarifabschluß demokratisch entschieden wird.

Darüberhinaus besteht der Verdacht, daß Sie Mitglied der KPD/Ml sind oder mit dieser Partei sympatisieren. In einem Flugblatt "Roter Beiersdorfer"- Betriebszeitung der KPD/ML vom April 1974 wird ausgeführt:

"ebenso bereiten die Beiersdorf-Kapitalisten und ihre Verbündeten, die IG. Chemie-Bonzen und die Verräter im Vertrauensleutekörper-Vorstand gemeinsam die Entlassung der Kollegin Renate Bäthies vor. Die Kollegin war auf der letzten Betriebsversammlung aufgestanden und hatte kämpferisch den Charakter des DGB-Apparates als Unterdrückungsinstrument gegen die kämpfende Arbeiterklasse angeprangert. Die "Herren" vom Vertrauensleutekörper-Vorstand einschließlich D"K"P-Christens hatten nichts eiligeres zu tun, als zu beweisen, daß die Kollegin völlig recht hat:"

"Eins ist klar: Der Gewerkschaftsausschluß der Kollegin Bäthies wird nur der erste Schritt sein, in dem Versuch, sie aus dem Betrieb zu werfen."

Wieder an anderer Stelle heißt es:

"Aber die Entlassungsdrohung gegen Inge Humburg und der Gewerkschaftsausschluß gegen Renate Bäthies richtet sich nicht gegen irgendeinen Kollegen, sondern gegen diejenigen, die den wahren Charakter des kapitalistischen Ausbeuterstaates aufzeigen und den Kollegen den einzigen Ausweg, den Sozialismus, für die Politik der KPD/ML eintreten. Denn vor nichts haben die Kapitalisten und ihre Handlanger in Staat, DGB-Apparat und DKP mehr Angst, als davor, daß die Ideen des Kommunismus, der sozialistischen Revolution sich verbreiten. Denn sie wissen genau, daß dann ihre letzte Stunde geschlagen hat."

Wenn Sie Sich von diesen zitierten Ausführungen nicht nachdrücklich distanzieren, beantragen wir ebenfalls beim Hauptvorstand Ihren Ausschluß auch zu vollziehen, aufgrund des § 7, Ziffer 1 c), in Verbindung mit dem Anhang 3 unserer Satzung.

Der Hauptvorstand wird Ihnen Gelegenheit geben, sich zu den von uns erhobenen Beschuldigungen zu äußern.

Hochachtungsvoll

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

Verwaltungsstelle Hamburg

- Walter Holst -

OFFENER BRIEF DER KOLLEGIN RENATE BÄTHIES ZUM AUSSCHLUSS-VERFAHREN DER IG-CHEMIE-PAPIER-KERAMIK

Die Führung der Gewerkschaft verschärft ihre arbeiterfeindliche Politik: Ausschlußterror gegen klassenbewußte Kollegen

Ihr Herren sagt, ich sei ein Feind der Gewerkschaft. Ich frage Euch, wer sind die wirklichen Feinde der Gewerkschaft? Wer sind die Spalter in den Reihen der Arbeiterklasse, die Denunzianten, die gekauften Handlanger des Kapitals?

Sind die Kollegen, die konsequent die geschlossene Einheit im Lohnkampf verteidigen, die Feinde der Gewerkschaft? Die Kollegen, die die lineare Forderung gegen die Spaltung unseres Kampfes in Männer und Frauen, in Deutsche und Ausländer setzen? Sind die Kollegen, die mutig und offen gegen die Angriffe des Kapitals unsere Reallöhne verteidigen, die Feinde der Gewerkschaft? Die an der Spitze der entschlossenen Kämpfe gegen Arbeitshetze, [illegible]istreiberei und Mietwucher stehen? Sind die Kollegen, die rücksichtslos [illegible] Verräter in den Reihen der Arbeiterklasse entlarven, die Feinde der Gewerkschaft? Die Kollegen, die nicht die Illusion verbreiten, daß kleine Zugeständnisse, die wir dem Kapital abringen, unsere Lage als ausgebeutete Arbeiter verändern? Sind die Kollegen, die den Ausweg zeigen aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, die Feinde der Gewerkschaft? Die Kollegen, die nicht länger das Joch kapitalistischer Herrschaft tragen und diese Ausbeuterordnung zerschlagen wollen?

Meine Herren, wer sind die Feinde der Gewerkschaft? Sind es nicht die, die mit ihrer Prozentforderung unsere Kampffront spalten in Arbeitskulis und qualifizierte Facharbeiter? Sind die Feinde der Gewerkschaft nicht die, die jedes Jahr ihr verlogenes Spiel mit der Kampfkraft der Kollegen treiben? Die mit dem Klassenfeind hinter verschlossenen Türen den Abbau unserer Löhne aushandeln? Die mit allen Mitteln das Lohndiktat des Kapitals in den Betrieben durchsetzen? Sind die Feinde der Gewerkschaft nicht die, die unsere selbständigen Kämpfe als Aufwiegelei beschimpfen? Die die Wortführer und Streikführer unserer Kämpfe wegen "Störung des Betriebsfriedens" auf die Straße werfen? Sind die Feinde der Gewerkschaft nicht die, die mit ihren Betrugsmanövern von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung das Proletariat von seinen Klassenzielen ablenken? Die uns ablenken vom Sturz der bürgerlichen Herrschaft und uns fest den Interessen des Kapitals unterwerfen?

Wer sind die wirklichen Feinde der Gewerkschaft? Meine Herren, ich sage Euch: Ihr seid die wirklichen Feinde der Arbeiterklasse. Ihr seid die bestochene Arbeiteraristokratie, die die Massen verachtet. Ihr seid die gekauften Handlanger, die überall als verläßliche Partner des Kapitals in den Aufsichts[illegible]n sitzen. Ihr seid die Arbeiterverräter, die überall in den Betriebsräten und Vertrauensleutekörpern ihre Spalter gegen den revolutionären ökonomischen und politischen Kampf ausspielen. Ihr seid es, die als Funktionäre des imperialistischen DGB-Apparates mit Coop, PRO, NEUE HEIMAT und BfG selbst das arbeitende Volk ausbeuten. Meine Herren, Ihr steht fest in der Tradition des Arbeiterverrats. Ihr seid die getreuen Nachfolger der Verräter, die nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus die revolutionären Kämpfe des Proletariats gegen die Wiedererrichtung der kapitalistischen Herrschaft gebrochen haben. Ihr seid dieselben Marionetten des Kapitals, die 1949 die revolutionären Gewerkschaften zerschlagen und den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat aufgebaut haben. Ihr seid die Funktionäre der Spaltung unserer Kämpfe und der Absicherung kapitalistischer Herrschaft.

Ihr sauberen Herren verlangt von mir, daß ich mich von den Marxisten-Leninisten der KPD/ML distanziere. Aber Ihr müßt wissen, wir Kommunisten stehen zusammen.

Keine Lockungen, Erpressungen und Drohungen können uns gegeneinander ausspielen. Im Kampf gegen den Klassenfeind und die Verräter in den Reihen der Arbeiterklasse stehen wir fest Seite an Seite. Ich werde Euch nicht den Gefallen tun, die Sache des revolutionären Kampfes, die Ziele unserer Klasse und die revolutionäre Propaganda zu verraten. Eure Kumpanei mit dem Kapital richtet sich im Wesentlichen gegen die Kommunisten. Mit Eurem gewerkschaftsfeindlichem Radikalenbeschluß habt Ihr Euch ein weiteres Mittel geschaffen, jeden klassenkämpferischen Widerspruch im Keim zu ersticken - Es wird Euch nicht gelingen! Eure wütende antikommunistische Hetze, Eure Unterdrückung der Klassenkämpfe erzeugen nur neues Bewußtsein. Eure ohnmächtigen Angriffe auf die Führer unserer Klasse lassen uns nur entschlossener den Kampf führen und Eure verräterische Rolle in der Arbeiterklasse entlarven.

Ihr nutzt jetzt Eure Macht, mich aus der Gewerkschaft auszuschließen, aber Ihr Arbeiterverräter werdet Eure Suppe nicht alleine kochen, wie Max Ganschow vor Kollegen frohlockte. Wir Kommunisten liefern unsere Kollegen nicht dem Verrat der Provokateure, dem Verrat der gekauften Handlanger aus. Wir kämpfen in der Gewerkschaft um unsere Kollegen, die den systematischen Verrat der Gewerkschaftsbonzen noch nicht erkannt haben. Ich werde weiter kämpfen als konsequenter Gewerkschafter mit den klassenbewußten Kollegen in der Gewerkschaft und den revolutionären Vertretern unserer Interessen, die Ihr als "Feinde der Gewerkschaft" ausgeschlossen habt.

Ihr sagt, meine Rechte und Pflichten ruhen bis zum endgültigen Ausschluß aus der IG-Chemie. Meine Herren, meine Rechten und Pflichten als Gewerkschafter und Kommunist ruhen nie. Mein Recht, das ist die Freiheit zu agitieren für die Einheit der Klasse in den politischen und ökonomischen Kämpfen. Mein Recht ist, die Befreiung der Arbeit zu fordern, den Sturz der bürgerlichen Herrschaft. Meine Pflicht ist, Euch die Maske vom Gesicht zu reißen und Euch vor aller Augen zu entlarven als rückgratlose Marionetten des Kapitals. Meine Pflicht ist der Kampf um revolutionäre Gewerkschaften und die Zerschlagung des imperialistischen DGB-Apparats.

Ich weiß, Ihr scheut die Öffentlichkeit, weil Ihr wißt, daß Ihr die Macht habt in der Gewerkschaft, aber nicht das Vertrauen der Kollegen. Ihr scheut die Öffentlichkeit, weil Ihr wißt, daß die Kollegen Euren Verrat mehr und mehr durchschauen und sich organisieren ohne und gegen die arbeiterfeindliche Führung der Gewerkschaft. Weil Ihr die öffentliche Anklage Eurer spalterischen Rolle in der Arbeiterklasse fürchtet, startet Ihr Eure Angriffe auf unsere Wortführer vom Schreibtisch aus. Doch der Kampf um die Gewerkschaften findet nicht hinter verschlossenen Türen statt. Wir Kommunisten entlarven Euch Funktionäre des Kapitals auf allen Ebenen. Aber entschieden wird der Kampf in den Betrieben und auf der Straße. Ihr könnt nicht immer der Konfrontation ausweichen wie Manfred Kiausch und die anderen Arbeiterverräter, die meinen Ausschluß gefordert haben. Auf der letzten Vertrauensleutesitzung am 14. Mai haben sie feige den Kopf in den Sand gesteckt, weil ihnen die Argumente fehlen. Eure Manipulationen mit der Tagesordnung nützen Euch nichts. Die kämpfende Arbeiterklasse wird die Abrechnung mit Eurem Verrat auf die Tagesordnung setzen.

Hamburg, den 21.5.74

Renate Bäthies
....
(Renate Bäthies)

RHEINSTAHL:

Die modernen Revisionisten - die gefährlichste Waffe der Bourgeoisie gegen den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse

Die politische Entlassung des Kollegen Burkhard Kehren bei Rheinstahl-Eggers-Kehrhahn ist ein Beispiel für die verräterische Rolle der revisionistischen DKP, die als verläßlicher Handlanger der westdeutschen Monopolbourgeoisie ihr spalterisches Werk in den Reihen des Proletariats und den anderen Schichten des arbeitenden Volkes treibt. Burkhard Kehren wurde entlassen, weil er die revolutionäre Agitation im Betrieb aufnahm und sich in den [spon]tanen Kämpfen an die Spitze der Kollegen stellte. Der Genosse von der Gruppe Hamburger Kommunisten ist in vielen Gesprächen mit den bewußtesten Kollegen für die Sache des Kommunismus eingetreten, für den Sturz der bürgerlichen Herrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Nur die revolutionäre Propaganda stärkt das Selbstbewußtsein des Arbeiters, das Vertrauen in seine Kraft und die Solidarität seiner Klasse. Diese Propaganda sprengt den engen Horizont der ökonomischen Tagesfragen; sie allein ist der richtige Kampf gegen den Ökonomismus, der das Proletariat dazu erzieht, dem Kapital kleine Zugeständnisse abzuringen, die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse zu vergessen und zu verleugnen und sich damit der Ideologie des Kapitals zu unterwerfen.

Der Genosse hat im Wesentlichen die revolutionäre Linie verteidigt gegen die Revisionisten von der DKP, die mit ihrer Demagogie von der Zurückdrängung der Monopole, mit ihrer Demagogie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus die Versöhnung der Klassen propagieren. Diese Arbeiterverräter versuchen im Auftrag ihrer monopolkapitalistischen Herren die Arbeiterklasse zu demoralisieren und in die Resignation zu treiben. Diese Herren versuchen immer wieder, uns ideologisch und politisch zu entwaffnen und als willige Lohnsklaven der kapitalistischen Ausbeutung zu unterwerfen. Die Politik der modernen Revisionisten ist die Absicherung kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, die Zersetzung der revolutionären Propaganda, die Abspaltung der Massen von den Marxisten-Leninisten, die als einzige dem arbeitenden Volk den Weg zur endgültigen Befreiung vom Joch kapitalistischer Herrschaft, zum gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie zeigen.

KLASSENKAMPF ODER KLASSENVERSÖHNUNG - SO STEHT DIE FRAGE

An den ökonomischen Tagesfragen hat der Genosse gekämpft für die geschlossene Einheit im Lohnkampf, gegen die Spaltung in "qualifizierte und unqualifizierte" Arbeiter, für die lineare Erhöhung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Unter den Parolen "Gemeinsame Arbeit - gemeinsamer Kampf", "Deutsche und Ausländer - eine Arbeiterklasse" hat er den Kampf für die Einheit der solidarischen Kampffront geführt: Solidarität sprengt die Grenze der Nationalitäten und Völker. Den Kampf um die geschlossene Einheit des ausländischen

und deutschen Proletariats in der BRD hat der Genosse in seiner Agitation auf den Boden der revolutionären Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse gestellt. Überall in der Welt bestürmt das arbeitende Volk unter Führung des Proletariats die Festungen des Hauptfeinds. Den rivalisierenden Supermächten, US- und Sozialimperialismus, werden immer schwerere Niederlagen beigebracht. Die Völker setzen sich zur Wehr gegen die brutale Herrschaft der imperialistischen Mächte, die immer neue Kriege anzetteln, den Frieden mit einem neuen Weltkrieg bedrohen, faschistische Diktaturen errichten, die Reichtümer der Länder ausplündern und die Arbeitskraft der Völker der bankrotten Profitwirtschaft der kapitalistischen Produktion unterwerfen.

Die bestochene Arbeiteraristokratie der Metropolen versucht immer wieder, den Klassenkampf zu unterlaufen und zurückzuwerfen. In mutigen Reden auf Betriebsversammlungen, im Vertrauensleutekörper und auf Funktionärsversammlungen der IGM hat der Genosse den Arbeiterverrätern die Maske vom Gesicht gerissen und sie als Handlanger und Büttel des Kapitals entlarvt. Er hat durch seinen Kampf gegen den arbeiterfeindlichen DGB, gegen Lohnraub, Teuerung und Arbeitshetze die Handlanger der Gewerkschaftsführung in Betriebsrat und Vertrauenskörper gezwungen, offenzulegen, auf welcher Seite sie stehen. Sie haben Farbe bekannt. Um die revolutionäre Propaganda und die Agitation für selbständige klassenbewußte Kämpfe aufzuhalten, war jedes Mittel recht: offene Gewalt und feige antikommunistische Hetze.

Es hat diesen Herren nichts genutzt, dem Genossen das Mikrophon abzustellen, ihm Rede- und Hausverbot für die Betriebsversammlung zu erteilen. Es ist ihnen nicht gelungen, ihn aus dem VK zu schmeißen, ihn "wegen Störung des Betriebsfriedens" (§ 104 BVG) auf die Straße zu werfen. Die Solidarität der Kollegen war fester als alle Verleumdungen und Drohungen. Diese ohnmächtigen Manöver der reformistischen Betriebsräte haben die Widersprüche nur verschärft und das Bewußtsein entwickelt: Klassenkampf oder Klassenversöhnung - so steht die Frage. Sturz der bürgerlichen Herrschaft oder Kumpanei mit dem Klassenfeind.

Die gekauften Handlanger in den Reihen der Arbeiterklasse werden ihrem Auftrag gerecht in dem Versuch, die Wahrheit um jeden Preis zu unterdrükken, die Wortführer und Streikführer der Arbeiterklasse auszuschalten und einen Keil zwischen die Kommunisten und die Masse zu treiben. Und in diesem aussichtslosen Versuch, der nur neues Bewußtsein erzeugt, zeigt sich die Schwäche der Arbeiterverräter, die die kommunistische Propaganda von den Massen fernhalten müssen, weil sie wissen, daß die selbstbewußt kämpfende Klasse sie als Handlanger des Kapitals hinwegfegt im gewaltsamen Sturz der bürgerlichen Herrschaft und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

KAMPF DEM ARBEITERFEINDLICHEN IMPERIALISTISCHEN DGB - APPARAT

1949 wurde von den alliierten Militärmächten der DGB als reformistische Agentur des westdeutschen Monopolkapitals errichtet. Als imperialistisches Monopol beuten die Gewerkschaften selbst die Arbeiter aus. Als politisches Herrschaftsinstrument hat der DGB die Aufgabe, die Formierung des Proletariats zur selbstbewußten Klasse zu verhindern. Jedoch der revolutionären Propaganda, der Ideologie des Kommunismus haben die reformistischen Funktionäre des imperialistischen DGB-Apparates nichts entgegenzusetzen. Für den massiven Angriff auf die revolutionäre Propaganda, die den Massen den Ausweg aus der kapitalistischen Lohnsklaverei zeigt, hat sich das westdeutsche Kapital in der revisionistischen D"K"P, die 1968 mit wohlwollender Billigung der Monopolherren gegründet wurde, eine Waffe besonderer Gefährlichkeit geschaffen. Diese Arbeiterverräter sind es, die unter dem Deckmantel des Kommunismus auf die bewußtesten Kräfte des arbeitenden Volkes angesetzt sind, auf die Kräfte, die mit dem Reformismus gebrochen haben. Ihre Aufgabe ist es als Funktionäre der Ausbeutung dem Proletariat die revolutionäre Spitze zu brechen und das arbeitende Volk nur fester dem Kapital zu unterwerfen.

DIE GESCHLOSSENE SOLIDARITÄT GEGEN DIE REVISIONISTISCHEN DEMAGOGEN

Diese Feinde der Arbeiterklasse waren es, die bei Rheinstahl alles daransetzten, den Genossen mit antikommunistischer Hetze von seinen Kollegen abzuspalten. "Das ist ein Maoist, ein Linksfaschist!" "Das ist ein Linksradikaler, der uns alles kaputtschlagen will!" "Das ist ein Krimineller, der wird von der Polizei gesucht!" Diese Hetztiraden und Lügengeschichten haben den Verrätern unseres Kampfes nichts genutzt: die Angriffe und Diffamierungen fielen auf sie selbst zurück: "Wenn der ein Maoist ist, dann bin ich morgen auch einer," sagten einige fortschrittliche Kollegen. Diese Angriffe schmiedeten die Solidarität fester zusammen. Ganze Abteilungen ließen am Tag nach der Betriebsversammlung für kurze Zeit die Arbeit liegen und diskutierten über den mutigen Angriff des Genossen auf die arbeiterfeindliche Gewerkschaftsführung und ihre Handlanger im Betriebsrat. Reformistische SPD-Spalter und revisionistische D"K"P-Denunzianten - diese ungleichen arbeiterverräterischen Zwillingsbrüder - verlangten die Unterschrift unter einen Revers, der den Arbeiterverrätern öffentlich bescheinigen sollte, daß sie die ehrlichsten und konsequentesten Interessenvertreter der Kollegen sind. Die Drohung mit dem Rausschmiß wegen "Störung des Betriebsfriedens" sollte den Genossen in die Knie zwingen. Ein Kommunist steht aber zu seiner Sache: Lockungen, Erpressungen und Drohungen können ihn nicht zwingen, seinen Standpunkt aufzugeben und die Sache der Revolution zu verraten. Seine Antwort war die Spaltung des Betriebsrates in Arbeiterverräter und aufrichtige Kräfte des spontanen Kampfes. Er nahm den offenen Angriff gegen die Verräter noch entschlossener auf, so daß diese Komplicen des Kapitals sich in vielen Abteilungen des Werkes nicht mehr blikken lassen konnten. Feige wichen diese rückgratlosen Marionetten zurück, den beschlossenen Gewerkschaftsausschluß durchzuführen. Sie fürchteten die von dem Genossen angekündigte gewerkschaftliche Mitgliederversammlung. Unsere Stärke liegt nicht in Stillhalteabkommen und vertraulichen Gesprächen mit dem Klassenfeind und seinen Komplicen. Tiefer hinein in die Massen mit der revolutionären Linie des Klassenkampfes - darin liegt unsere Stärke. Weichen wir zurück aus Zweifel an der eigenen Kraft gegen den scheinbar übermächtigen Klassenfeind, dann schwindet das Vertrauen der Kollegen in die Führer ihrer Klasse.

ENTLARVT DIE GEKAUFTEN PROVOKATEURE DER DKP

Im Juli letzten Jahres organisierte der Genosse mit einigen klassenbewußten Kollegen den Streik gegen Preistreiberei und Mietwucher der Kapitalisten. In jeder Abteilung warteten die Streikführer auf das Signal, die Klamotten hinzuschmeißen. Die Revisionisten ließen die Kollegen ins Messer laufen: 1/2 Stunde vor dem geplanten Streikbeginn zogen sie vertrauliche Gespräche mit der Geschäftsleitung dem Kampf der Kollegen vor. Die Kollegen waren verwirrt und ängstlich. Im Beisein von Abteilungsleitern, Meistern und Werksspitzeln mußte der Genosse den geplanten Streik stoppen, weil zwei wichtige Abteilungen ausgefallen waren. Das ist das verlogene Spiel gekaufter Provokateure, die unsere Streikführer dem Kapital offen ausliefern.

Am nächsten Tag stand der Streik - der Anfang einer Streikwelle im gesamten Rheinstahl-Konzern. Die gedungenen Spalter wurden beiseitegeschoben. D"K"P und SPD-Betriebsräte sahen sich gezwungen, verlogen und scheinheilig den Streik zu unterstützen. Hinter den Kulissen forderten sie den Rausschmiß des Genossen wegen Aufwiegelei. Aber die Kapitalisten konnten es jetzt nicht wagen, weil die Kollegen sich solidarisch vor den Genossen stellten. Jedoch der Rausschmiß war beschlossen.

Vier Wochen später kam die Gelegenheit: Der Genosse hatte einen Arbeitsunfall. Das nutzten die Kapitalisten und ihre Marionetten aus: Kündigung aus "sachlichen und persönlichen" Gründen mit Zustimmung des Betriebsrates, und kurz darauf Werksverbot.

Im Werk wurde das Gerücht verbreitet, der Genosse habe gekündigt und neue Arbeit angenommen. Vorläufig hatten die Demagogen diese Schlacht gewonnen: die Wahrheit aber hat sie endgültig entlarvt als Funktionäre der Unterdrücker und Ausbeuter. Als klassenbewußtes Mitglied der IGM verlangte der Genosse Rechtsschutz gegen die politische Kündigung. Die Antwort war der Ausschluß aus der IGM.

NUR DIE REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA STÄRKT DAS SELBSTBEWUSSTSEIN DES ARBEITERS, DAS VERTRAUEN IN SEINE KRAFT UND UND DIE SOLIDARITÄT SEINER KLASSE

DER EINZIGE WEG ZUR ENDGÜLTIGEN BEFREIUNG VOM JOCH KAPITALISTISCHER AUSBEUTUNG UND HERRSCHAFT IST DER GEWALTSAME STURZ DER BOURGEOISIE

DIE AUFGABE DER MODERNEN REVISIONISTEN IST ES, ALS FUNKTIONÄRE DER AUSBEUTUNG DEM PROLETARIAT DIE REVOLUTIONÄRE SPITZE ZU BRECHEN UND DAS ARBEITENDE VOLK NUR FESTER DEM KAPITAL ZU UNTERWERFEN

FÜR DIE EINHEIT DER REVOLUTIONÄREN KÄMPFER IN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI DER ARBEITERKLASSE, DIE ALLEIN UNSERE KÄMPFE ANLEITEN KANN VON DER LINIE DES UNVERSÖHNLICHEN KLASSENKAMPFES



Gruppe Hamburger Kommunisten

Burkhard Kehren
2000 Hamburg 55
Schenefelder Landstr. 55

EINSCHREIBEN

Industriegewerkschaft Metall
- Verwaltungsstelle Hamburg -
z.Hd. v. J. Müllner

2000 Hamburg 1
Besenbinderhof

2. Dezember 1973

Betr.: Verfahren nach § 30 der Satzung

Zurückweisung des Ausschlußantrages

Am 25. September 1973 stellte ich den Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz gem. § 20 der Satzung gegen die ungerechtfertigte Kündigung der REK-Kapitalisten.

Am 7. November 1973 stellte die Führung der IGM die verlogene Behauptung auf, daß ich mit 14 Monaten im Beitragsrückstand sei. Gegen besseres Wissen.

Das war der Versuch, mich durch Manipulation mit den Beitragsgeldern aus der Gewerkschaft auszuschließen. Der lästige Gewerkschaftsausschluß sollte umgangen, die weitere Entlarvung der IGM-Führung verhindert werden.

Am 19. November 1973 hat die Ortsverwaltung beschlossen, ein Verfahren wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens gem. § 30 gegen mich einzuleiten. Ich habe Rechtsschutz beantragt: Gewerkschaftsausschluß ist die Antwort.

Der Beschluß der Ortsverwaltung vom 19. November 1973 ist ein weiterer Beweis für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kapital und Gewerkschaftsführung.

Zu den Vorwürfen, die mir gemacht werden, zitiere ich aus meinem "Antrag auf Gewährung von Rechtsschutz" vom 25. September 1973, in dem ich unmißverständlich meinen Standpunkt zur Führung der Gewerkschaft klargemacht habe:

"Darüberhinaus gehe ich bei meinem Antrag auf Rechtsschutz durch die IGM davon aus, daß zwischen mir und der Bezirksleitung erhebliche Widersprüche bestehen. ...... (Meine) Kritik hat zu wiederholten und andauernden Versuchen geführt, mich aus Vertrauensleutekörper auszuschließen, auf der Grundlage der IGM-Satzung bzw. des Radikalenbeschlusses, der vom Bundesvorstand der IGM erlassen wurde, um den Kampf der gewerkschaftlichen Basis als Aufwiegelei und Abenteurertum zu beschimpfen und jede fortschrittliche Kritik im Keim zu ersticken.

Die Haltung und das Vorgehen der Gewerkschaftsführung, die in den letzten Monaten erneut dem massenhaften Protest der gewerkschaftlichen Basis gegen Teuerung, Akkordhetze Arbeitsbedingungen und die brutale Unterdrückung der ausländischen Kollegen in den Rücken gefallen ist, hat diesen Widerspruch und meine Kritik weiter verschärft. ...
Diese Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung habe ich nicht hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich und konsequent geführt. Sie ist wesentlicher Bestandteil meiner gewerkschaftlichen Überzeugung und aktiven Mitgliedschaft in der IGM."

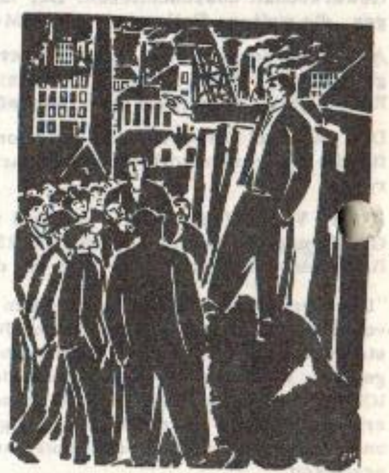
Ich stehe zu meinen Aussagen, meiner Kritik und dem entschlossenen Kampf gegen die Führung der Gewerkschaft. Ich habe nie die Gewerkschaft angegriffen, sondern den kompromißlosen Kampf geführt gegen die Feinde in den eigenen Reihen. Die Führung der Gewerkschaft vertritt nicht die Interessen der arbeiten- Bevölkerung: sie steht auf der anderen Seite.

Der selbständige Kampf der Kollegen in den spontanen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung hat einen weiteren Beweis für die Spaltung der Gewerkschaftsführung und die Kraft der Basis geliefert.

Ich verlange die sofortige Einstellung des Ausschlußverfahrens. Ich werde umfassender beweisen, daß ich als konsequenter Gewerkschafter die Interessen der Kollegen vertreten habe. Und daß die Führung der tatsächliche Feind der Gewerkschaft ist und als Handlanger an der Seite des Kapitals steht.

Wesentliche Aussage der "Zurückweisung der Untersuchungskommission":

"Die Gewerkschaftsführung benennt den Vorsitzenden der Untersuchungskommission und zwei Beisitzer. Die Gewerkschaftsführung ist unter sich. Mir bleiben zwei Stimmen. Die Hetze gegen die Linken hat begonnen. Auf diesem Wege kann die Gewerkschaftsführung jeden Kritiker, Führer des Kampfes und Kommunisten ausschließen. Doch der Kampf um die Gewerkschaft findet nicht hinter verschlossenen Türen in Untersuchungskommissionen statt. Wir entlarven die Gewerkschaftsführung auf allen Ebenen, aber entschieden wird der Kampf in den Betrieben und auf der Straße.



Ich bin nicht bereit, zwei weitere Kollegen, die die Interessen der Basis vertreten, durch die Ernennung zu Beisitzern der Hetze der Gewerkschaftsführung auszuliefern."

Programmatischer Aufruf der ROTEN HILFE!

HINEIN IN DIE ROTE HILFE!
Die ROTE HILFE ist eine proletarische Massenorganisation im Kampf gegen die politische Unterdrückung.
"Sie organisiert den Kampf der Millionenmassen gegen das System des Blutterrors der weißen Henker. Sie trägt die Schreie der Gefolterten aus den Zuchthäusern der kapitalistischen "Zivilisation" in die Ohren der werktätigen Massen. Sie alarmiert das Gewissen der proletarischen Öffentlichkeit und täglich aufs Neue erschließt sie gewaltige Energien zur moralischen und materiellen Hilfeleistung. So ist die ROTE HILFE die Verwirklichung der praktischen brüderlichen Solidarität der Werktätigen. Die ROTE HILFE ist mehr denn je eine unentbehrliche Waffe für den Befreiungskampf der Werktätigen!" so steht es in einer Broschüre der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS von 1931. Eine solche ROTE HILFE brauchen auch heute das Proletariat und alle Werktätigen, um sich gegen die zunehmende politische Unterdrückung in Westdeutschland und Westberlin zur Wehr zu setzen, und an dieser Front des Klassenkampfes die Kräfte für die sozialistische Revolution zu stärken.
Eine ROTE HILFE, die die ruhmreiche Tradition der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS der zwanziger und dreißiger Jahre wieder aufnimmt, die Hunderttausende in ihren Reihen organisierte und einen machtvollen Kampf gegen die politische Unterdrückung in der Weimarer Republik führte.

Heute nimmt die politische Unterdrückung in Westdeutschland und Westberlin wieder sprunghaft zu. Reaktionäre Notstands-, Ausländer- und Betriebsverfassungsgesetze, verstärkte Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz zu Bürgerkriegseinheiten, Demonstrationsverbote, Einsatz von Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfern gegen Demonstranten. Streiks werden zusammengeprügelt. Es gibt immer mehr politische Entlassungen, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse. Genossen der RAF werden brutal verfolgt. Die Bourgeoisie betreibt eine wüste Hetze gegen Revolutionäre, besonders gegen Kommunisten und verhängt Terrorurteile in politischen Prozessen. Politische Gefangene werden mit "modernen" Methoden in den Gefängnissen gefoltert. Warum das alles? Ist das ein Zeichen der Stärke der imperialistischen Unterdrücker und ihres Staates? Nein, beileibe nicht!

Sie haben Angst, sie fürchten den anwachsenden Klassenkampf. Sie fürchten unseren Kampf, den Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, den Kampf auch der ROTEN HILFE gegen das Unrecht und die Ausbeuterei des kapitalistischen Systems, unseren Kampf für einen Staat, in dem nicht Ausbeuter und Unterdrücker, sondern die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Macht in der Hand halten und in dem alle Versuche, das alte System wieder herzustellen mit eiserner proletarischer Hand niedergehalten werden. Solche Staaten sind heute die Volksrepubliken China und Albanien. Solch einen Staat wollen auch wir, die ROTE HILFE, hiermit erkämpfen; denn erst wenn die Unterdrücker auch hier beseitigt sind, wird die politische Unterdrückung beseitigt sein.

Die Sowjetunion und die DDR bezeichnen sich als sozialistisch. Sie werden uns als "Vorbilder des Sozialismus" hingestellt. Aber wer 1968 die CSSR überfiel, das war kein sozialistischer Staat, das war ein imperialistischer Staat, der faschistische Unterdrückermethoden gegen die Völker und das eigene Volk anwendet. In der DDR und in der Sowjetunion sind heute Regime an der Macht, die das Volk nach Art der Nazis unterdrücken.
Gerade seit 1966/67 hat sich, wie auch in der ganzen Welt, in Westdeutschland und Westberlin der Klassenkampf sehr verschärft. Zahlreiche Streiks, immer mehr

auch gegen den Willen der imperialistischen arbeiterfeindlichen DGB-Führung, bis hin zu Auseinandersetzungen mit den Polizeimorden, den Kettenhunden des Kapitals - so bei Ford in Köln, Hella-Lippstadt, Pierburg-Neuß. Bomben detonierten im Hauptquartier der amerikanischen Besatzerstreitkräfte in Frankfurt und Heidelberg. Erbitterte Kämpfe der Bevölkerung von Nordhorn und Clausheide gegen den Nato-Bombenabwurfplatz. Erfolgreiche Straßenschlachten im Frankfurter Häuserkampf. Demonstrationen von Bauern, von Studenten. Solidaritätsaktionen mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt gegen die imperialistischen Mächte USA und Sowjetunion. Massendemonstrationen gegen den Breschnew-Besuch trotz Polizeiterror und Demonstrationsverbot in Dortmund. Alle diese Kämpfe sind Zeichen des unerbittlichen Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf unserem Boden. Und schon jetzt zeigt sich, daß das Proletariat die Bourgeoisie auf der ganzen Welt besiegen und ihre Herrschaft vernichten wird. Haupttendenz ist die Revolution und der Vormarsch des Sozialismus.

Auf dem Hintergrund dieser für die Völker so ausgezeichneten Situation müssen wir die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie sehen, ihren Untergang mit Blut und Terror hinauszuzögern. Wie schon 1933 durch Hitler, wie erst vor kurzem in Chile, so wollen die Herrschenden auch heute wieder die politische Unterdrückung gegen das Volk verschärfen, so treiben sie die Faschisierung voran und wollen eine faschistische "moderne Notstandsdiktatur" einführen, um ihre Macht zu erhalten.

Dem weißen Terror der herrschenden Klasse, die mit aller Gewalt ihre Herrschaft behaupten will, setzt die ROTE HILFE die Waffe der proletarischen Klassensolidarität entgegen. Die Waffe der Einheit von Tausenden und Millionen Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung vom kapitalistsichen Joch durch die bewaffnete Revolution.

Die ROTE HILFE ist eine revolutionäre Massenorganisation der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen politische Unterdrückung leistet sie ihren Beitrag zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und zur Errichtung der Arbeitermacht, des Sozialismus.

Es wurden in den letzten Jahren zahlreiche Terrorprozesse gegen Kommunisten und gegen andere Revolutionäre, insbesondere gegen Genossen der RAF, inszeniert. Genosse Mahler wurde zu 12, Genosse Hoppe zu 10 Jahren Haft verurteilt. Zahlreiche Genossen, die bei der Demonstration am Roten Antikriegstag 1972 in München festgenommen wurden, will die bürgerliche Klassenjustiz bis zu 18 Monate ohne Bewährung hinter Gitter sperren. Gegen Hunderte von Genossen laufen Verfahren wegen Unterzeichnung und Verteilung revolutionärer Flugblätter, in denen der Unterdrückungs- und Ausbeutungscharakter des westdeutschen Imperialistenstaates aufgezeigt und die Notwendigkeit seines gewaltsamen Sturzes und der Errichtung der Arbeitermacht über die alten Ausbeuter propagiert wurde. Gegen Presseverantwortliche der KPD/ML und anderer revolutionärer Organisationen werden serienweise Prozesse wegen "Beleidigung" und "Verunglimpfung" des Staates geführt, weil sie über dieses System die Wahrheit schrieben.

Durch maßlosen Prozeßterror versucht die Bourgoisie eine Entwicklung aufzuhalten, die nicht aufzuhalten ist: Das Platzgreifen revolutionärer Anschauungen und Ziele unter den Werktätigen Massen Westdeutschlands und Westberlins. Gegen all diese Angriffe nimmt die ROTE HILFE den Kampf auf unter der Losung: FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE AGITATION UND PROPAGANDA!

Mit wachsendem Terror begegnet die Bourgeoise revolutionären Organisationen. Sie hat sich schon vor Jahrzehnten Mittel geschaffen, durch deren Anwendung sie jeden organisierten, revolutionären Kampf, insbesondere den Kampf der Kommunistischen Partei zerschlagen will: Das KPD-Verbot und den Terrorparagraphen (§129) "Kriminelle Vereinigung", der ausschließlich als Mittel gegen revolutionäre

und fortschrittliche Organisationen eingesetzt wird, auch gegen die ROTE HILFE. Die Unterdrücker wenden immer wütender ihren faschistischen Terror an, je mehr der Kampf fortschreitet und je organisierter und klarer das Ziel der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, die Befreiung vom Joch der kapitalistischen Herrschaft, durch die gewaltsame Revolution in unserem Land verfochten wird.

Gegen diese Versuche der Bourgeoisie, das Rad der Geschichte aufzuhalten und ihre Herrschaft durch Verfolgung und Terror noch ein Weilchen zu retten, kämpft die ROTE HILFE unter den Hauptparolen:

WEG MIT DEM KPD-VERBOT!

WEG MIT DEM FASCHISTISCHEN TERRORPARAGRAPHEN 129!

HÄNDE WEG VON DEN REVOLUTIONÄREN UND FORTSCHRITTLICHEN ORGANISATIONEN!

Besonderen Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen sind die Soldaten der Bundeswehr ausgesetzt. Die Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln, die fortschreitende Zersetzung ihrer Streitkräfte, auf die sie letzten Endes allein ihre Macht baut, zu verhindern. Die Auflehnung der Soldaten gegen unmenschliche Behandlung, Kadavergehorsam und hirnlosen Drill, gegen Militarismus und Krieg, wächst mächtig an. Mit Verfolgung und Terror gegen revolutionäre und fortschrittliche Soldaten will die Bourgeoisie den Kampf der Soldaten brechen. Die ROTE HILFE gibt allen, die wegen ihrer politischen Arbeit in der Bundeswehr verfolgt und terrorisiert werden, solidarische Hilfe und steht fest an ihrer Seite. Sie kämpft für die freie politische Betätigung in den Kasernen.

In den Gefängnissen der Deutschen Bundesrepublik gibt es von Tag zu Tag mehr politische Gefangene. Mit verbrecherischen Foltermethoden, die, wie die Isolationshaft, völlige physische und psychische Vernichtung der Gefangenen bewirken soll, will der Klassenfeind die revolutionäre Gesinnung dieser Menschen brechen und die Massen in ihrem Kampfwillen einschüchtern.

Die ROTE HILFE kämpft energisch gegen diese verbrecherischen Methoden des Klassenfeindes. Sie unterstützt die eingekerkerten Genossen und verbindet sie nach Kräften über Kerkermauern hinweg mit der Massensolidarität des kämpfenden Volkes. So gibt die ROTE HILFE diesen Genossen die Kraft, auch unter schwierigsten Bedingungen im Kerker des Klassenfeindes den Klassenkampf fortzuführen. Die ROTE HILFE kämpft für die Verbesserung der Kampfbedingungen der eingekerkerten Genossen, aber ihr Ziel ist nicht die Verbesserung, sondern die Aufhebung der Haft. Unter der Parole

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

kämpft sie für die sofortige Freilassung aller politschen Gefangenen. Unter dieser Hauptparole kämpft die ROTE HILFE in besonderem Maß auch gegen die barbarische Isolationsfolter. Ebenso kämpft sie gegen die brutale Ausbeutung und oft unmenschliche Behandlung aller Gefangenen.

Besonderen Terror entfaltet die Bourgeoisie gegen unsere ausländischen Kollegen und Genossen. Durch das neue reaktionäre Ausländergesetz hat sie sich eine Handhabe gegen alle fortschrittlichen Ausländer zurechtgelegt, die an den Rassismus des Dritten Reiches erinnert. In Nacht-und-Nebel-aktionen werden ausländische Arbeiter und Studenten verhaftet, in Abschiebehaft genommen und ihren faschistischen Henkern im Iran, der Türkei, Griechenland und anderswo ausgeliefert. So soll zum Beispiel der deutsche Kommunist Sascha Haschemi, der einen persischen Vater hat, den Henkern des Schah ausgeliefert werden. Abgeschoben werden soll auch Baha Targyn, ein türkischer Revolutionär und Streikführer beim Ford-Streik in Köln, und viele andere.

KAMPF DEM ABSCHIEBUNGSTERROR GEGEN FORTSCHRITTLICHE AUSLÄNDER!
SOFORTIGES ASYLRECHT FÜR VERFOLGTE AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN UND

GENOSSEN!
HÄNDE WEG VON DEN FORTSCHRITTLICHEN UND REVOLUTIONÄREN AUSLÄNDISCHEN ORGANISATIONEN!
WEG MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Ein weiterer Ausdruck der verschärften Reaktion der Bourgeoisie auf das Anwachsen des revolutionären Klassenkampfes sind die zahlreichen politischen Entlassungen der letzten Zeit. Oppositionelle Betriebsräte wie Rudi Wischnewski bei Opel Bochum, wie bei Bänninger in Gießen und an anderen Orten, zahlreiche Kollegen, die sich beim Streik hervorgetan haben oder als Revolutionäre bekannt sind, Jugendvertreter, die sich eingesetzt haben, Genossen revolutionärer Organisationen: immer wieder werden Kollegen und Genossen von den Kapitalisten in Zusammenarbeit mit den reaktionären Gewerkschaftsführern gefeuert, weil sich die Bourgeoisie nur noch durch diesen Terror gegen die immer stärkere revolutionäre Unruhe in den Betrieben zu helfen weiß.
Die ROTE HILFE ist keine Caritas, die Almosen gibt und Heftpflaster auf die vom Klassenfeind geschlagenen Wunden klebt. Sie ist vielmehr eine Kampforganisation gegen die politische Unterdrückung. Sie bettelt nicht um "Gerechtigkeit" beim Klassenfeind, die es sowieso nicht gibt, sondern ruft auf zur Rebellion gegen das blutige Unrecht des kapitalistischen Unterdrückersystems.

Sie beschränkt sich nicht auf die Verteidigung gewisser demokratischer, dem Klassenfeind abgetrotzter Rechte, sondern unterstützt offen alle Bestrebungen, die zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat führen. Die ROTE HILFE verläßt sich in ihrem Kampf nicht in erster Linie auf juristische und andere Spezialisten, sondern auf die gewaltige Kraft der proletarischen Massensolidarität. Die ROTE HILFE bekämpft die Lüge von der "Gerechtigkeit" bürgerlicher Gerichte, von der neutralen Haltung des Staates gegen den Klassenkampf, von der Möglichkeit der Versöhnung mit den Todfeinden, die die D"K"P-Führer verbreiten. Sie bekämpft solche Illusionen, denn sie dienen dazu, die Unterdrückerherrschaft zu verewigen und das Volk weiter unter die Knute der Imperialisten zu pressen.
Die D"K"P-Führer betreiben die Politik der Versöhnung mit dem Klassenfeind, folgerichtig arbeiten sie mit ihm zusammen. Solche Leute haben in unseren Reihen nichts zu suchen.

Jeder Arbeiter aber, jede Hausfrau, jeder Werktätige, jeder fortschrittliche Mensch, der den Kampf gegen politische Unterdrückung tatkräftig führen will, der sich aktiv in die breite Front der Klassensolidarität einreihen will, gehört unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit in die ROTE HILFE.

Mitglied ist, wer das Programm der ROTEN HILFE anerkennt und regelmäßig Beitrag zahlt. Auf regelmäßigen Mitgliederversammlungen werden die verantwortlichen Leitungen gewählt und die Politik der ROTEN HILFE im Rahmen ihres Programms festgelegt.

Wir kämpfen darum, daß die vielen ROTE HILFE Gruppen, die es heute noch in Westdeutschland und in Westberlin gibt, sich in einer einheitlichen ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS zusammenschließen. Nur eine solche fest zusammengeschlossene, zentralisierte, gegliederte Organisation vermag die vielfältigen und großen Kampfaufgaben auf die Dauer zu bewältigen, die vor uns stehen, vermag das Ziel zu verwirklichen, das wir uns gesteckt haben, eine ROTE HILFE, in der sich Tausende und Zehntausende von Werktätigen zusammenschließen zum Kampf gegen die politsche Unterdrückung.

VORWÄRTS ZUR ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

INHALTSVERZEICHNIS

Verantwortlich: I. Domschat, 2 Hamburg 20, Christian-Förster-Str. 8 a
PSchKto Hamburg 382470-208, I. Domschat, Eigendruck im Selbstverlag
Preis der Broschüre: 1 DM